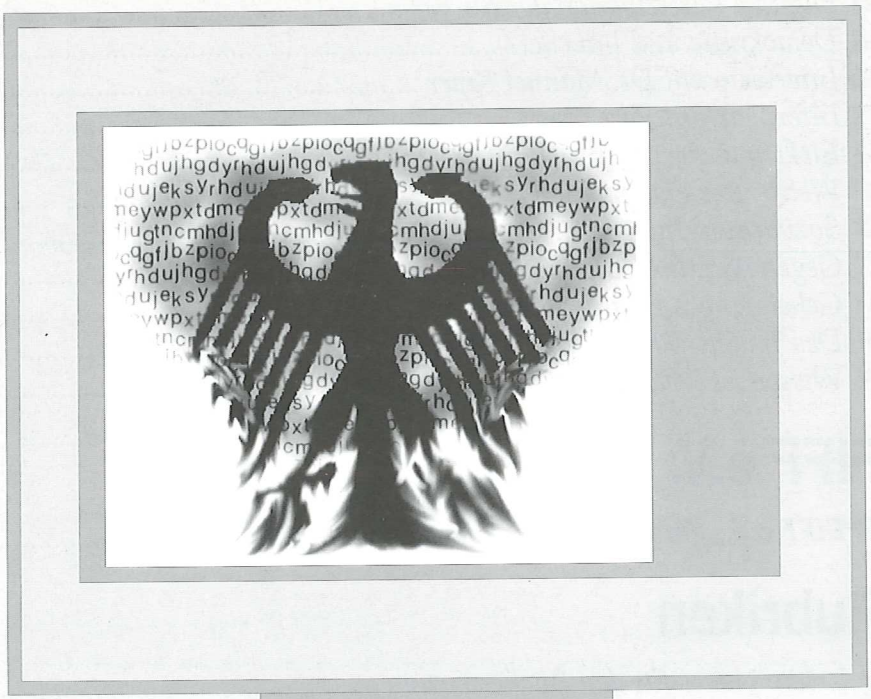
E.f.F.Kommunikation
Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. 13. Jahrgang 1996 • Einzelpreis: 6 DM

4/96
Dezember 1996

Z 7625 F

Computer und Demokratie



ISSN 0938-3476

Inhalt

Editorial

- *„Computer, Medien und Demokratie"* 3

Aktuell

- *Totale Supervision – Videoüberwachung in England* 4
- *Deus Meus – Macht Information?* 7
- *Bundeswehr gegen Minentod* 8
- *Computerexperten fordern soziale Standards für die Informationsgesellschaft* 8
- *Tagungsband zur FIfF-Jahrestagung 1996* 9

Schwerpunkt »Computer & Demokratie«

- *Über die Autorinnen und Autoren* 10
- *Digitale Partizipation der Bürger* 10
- *Demokratie und Internet?* 18
- *Interview mit Dr. Manuel Kiper* 18
- *Interview mit Jörg Tauss* 20
- *Elektronische Öffentlichkeiten* 23
- *Weltweiter Datenhighway* 26
- *Sozialraum Internet* 29
- *Gegenöffentlichkeiten im Internet* 33
- *Gehsteignetz an der Datenbahn* 36
- *Des Teufels Information Highway* 40
- *Wissen ist Macht und wird es bleiben* 43

FIFF e.V.

- *FIFF e.V., Vorstand und Regionales* 48

Rubriken

- *Lesen: Neues für den Bücherwurm* 47
- *Termine* 48
- *Vielzweck-Schnipsel* 49
- *Impressum* 50
- *Adressen* 51

„Computer, Medien und Demokratie“

„Es ist aber zu befürchten, daß sich als Folge dieser ‚Effizienzsteigerung‘ des politischen Systems die [...] Trends verstärken, nämlich die Perfektionierung der Bürokratie, die Aushöhlung der Partizipationschancen und der Ausbau der staatlichen Überwachung. Es wäre dies eine technische Parallele zum absolutistischen Programm Friedrichs II.: ‚Alles für das Volk, nichts durch das Volk‘.“[1]

Ob Informations- und Kommunikationstechnologie demokratische Prozesse wie den öffentlichen Diskurs oder die Willensbildung unterstützen und revitalisieren kann oder diesem schadet, ist ein seit Beginn des Computereinsatzes geführter Streit. Nach anfänglicher Euphorie Anfang der 70er Jahre setzte zu Beginn der 80er Jahre Ernüchterung und Skepsis ein, wie die einführende Bewertung belegt. Heute schlägt das Pendel wieder in Richtung Optimismus.

Schon früh wurde Informations- und Kommunikationstechnik als Chance begriffen, die direkte Beteiligung der BürgerInnen wiederzubeleben[2]. Allerdings beschränkte sich der Einsatz und die Entwicklung verschiedener informationstechnologischer Systeme zunächst auf eine bürgerfreundliche Verwaltung und die Unterstützung von ParlamentarierInnen im Bundestag sowie auf EU-Ebene. Darüberhinaus gab es als Entwicklung für Ministerien und Gerichtsbarkeit den Aufbau von Datenbanken und Simulationsmodellen.

Mit der Verbreitung unterschiedlicher Netze, besonders des Internets, lebt die Idee von einer Reform der Demokratie wieder auf. Mit der weltweiten Vernetzung kam die Hoffnung auf, dieses technologische Potential – in Form von digitalen Städten und Bürgernetzen – für die demokratische Teilhabe „von unten“ nutzen zu können. BürgerInnen selbst werden zu aktiven Nutzern dieser Technik und fordern per Informationstechnik Information über, Transparenz von und Partizipation an demokratischen Prozessen ein. Der Fokus dieses Schwerpunktheftes soll daher auf die Möglichkeiten weltweiter Datennetze und ihrer demokratischen Potentiale gerichtet sein.

Peter Mambrey liefert einen Überblick über die Chancen einer elektronischen Beteiligung des Bürgers. Was Mambrey an Potentialen aufzeigt, versucht Frank Helten in einem Rundblick durch die Webserver von Regierungen zu verifizieren und stellt Fragen zum Zusammenhang von Internet und Demokratie.

Die realen Chancen zu demokratischen Strukturen stehen und fallen mit zwei Punkten, die besonders eng mit Informationstechnologie zu tun haben: freie Information und freie öffentliche Diskussion und Bildung von Meinungen. Beides ist besonders betroffen von der Entwicklung des Datenhighways, daher kreisen die Beiträge von Bernhard Debatin, Eva Jelden, Michael Paetau und Dagmar Boedicker um dieses Thema.

Denn hier zeigt sich einmal mehr der Januskopf der Technik: Vielen scheint die Internet- und World Wide Web-Kommunikation endlich einmal reale Möglichkeit zur allseitigen Information, zur Unterminierung staatlicher Zensur und zur Gegenöffentlichkeit. Schnell aber wird auch die Kehrseite deutlich: Die unbekannte, unüberprüfbare Herkunft von Informationen öffnet der Manipulation, der ideologischen Hetze, Beleidigung und Verleumdung Tür und Tor. Brauchen wir Zensur und Pressegesetz für das Web? Und um der neuen Informationsfülle Herr und Frau zu werden, müssen wir uns der Auswahl von Browsern und Netzagenten anvertrauen. Können ihre Suchkriterien und Wertungen für uns durchschaubar bleiben?

Ebensolches gilt für die Meinungsbildung: Die im Web (technisch-wirtschaftliche Zugangsmöglichkeiten einmal vorausgesetzt) noch mögliche freie Meinungsäußerung scheint mit der jetzt möglichen Fülle, Ortsungebundenheit und Vielfältigkeit das, was Anliegen demokratischer Öffentlichkeit ist, gleichzeitig zu gefährden, nämlich die gemeinsame (nicht in zahllosen Foren zersplitterte) Debatte unter allen Betroffenen eines Anliegens, eines Gemeinwesens, einer Region. Gerade diese Zentrierung der Debatten scheint aber nur durch lokale, vom Web abgeschirmte Mailboxen oder durch künstliche Abschirmung bei öffentlichen Zugängen herzustellen zu sein – also mit dem globalen Zusammenwachsen des Netzes und freiem bezahlbaren Zugang für alle eher gefährdet.

Probleme, Kritik und Bedenken also zuhauf – aber haben wir auch Konstruktives zu bieten, positive Vorstellungen, wie auf der Basis der „Zukunftstechnologien“ eine demokratische Einmischung auf regionaler wie auch auf der zunehmend geforderten globalen Ebene zu unterstützen und die autonome Wissensaneignung und Meinungsbildung eines jeden Menschen zu erleichtern ist? Nur dann ist eine wirksame Einmischung in die Prozesse, die jetzt die Weichen stellen für die Informationsgesellschaft der Zukunft, möglich.

Einmischung wird von den Regierungen der G7-Staaten nicht erwünscht. Sie scheint am ehesten auf kommunaler Ebene möglich. Über einen Feldversuch mit lokalen Online-Diensten berichtet Roland Alton-Scheidl aus den digitalen Stadtteilen Wiens. Was andererseits eine durch und durch kommerzialisierte Zukunft des Netzes für demokratische Hoffnungen bedeuten kann, stellt Jeff Johnson dar. Zukunftsabschätzungen sind mit Ungewißheiten behaftet, dennoch sind realistische Gegenentwürfe dringend geboten. Orientierung an deutlich gemachten Ansprüchen, Lernen aus der Vergangenheit und die Formulierung konkreter Ziele und Forderungen sind Wegmarken für eine Bewertung, die Ute Bernhardt und Ingo Ruhmann diskutieren.

Informationszugang ist und bleibt ein politisches, kein technisches Problem. Es ist für das Thema „Demokratie und Computer“ nicht das einzige. Elektronische Wahlen und die Auswirkungen auf Grundrechte und den Rechtsstaat, der Einfluß zunehmender Datenerhebung auf das Sozialstaatsprinzip, die vermehrte Überwachung und Kontrolle in allen Lebensbereichen[3], sie alle wären Gegenstände notwendiger Analyse. Die wissenschaftliche Debatte liefert hierzu nur wenig. Ein Schwerpunkt „Computer, Medien und Demokratie“ ist daher in Bezug zu vergangenen und zukünftigen Schwerpunktheften zu sehen.

Ute Bernhardt, Eva Jelden, Ingo Ruhmann

1. J. Reese; H. Kubicek; B.-P. Lange; B. Lutterbeck; U. Reese: Gefahren der informationstechnologischen Entwicklung, Frankfurt, 1979, S. 71
2. H. Krauch: Die Computer-Demokratie, München, 1972, S. 13
3. vgl. den Beitrag von Hanne Tügel zu CCTV im Heft

Aktuell

Hanne Tügel

Totale Supervision – Videoüberwachung in England

Orwell würde sich wundern. 47 Jahre nach der ersten Auflage von „1984", seiner Vision vom gläsernen Menschen, ist die Hochburg der Video-Überwachung keine totalitäre Diktatur, sondern sein liberales Heimatland England. „Bitte lächeln, Sie sind im Dauer-Kamera-Visier" („Smile, you're on 24 Hour CCTV"), so warnen die Ämter mit britisch-schwarzem Humor ihre immer intensiver überwachte Bevölkerung. Die erträgt es mit Gleichmut. Alle – von den Initiatoren veröffentlichten – Umfragen zeugen von einem wahren Enthusiasmus für technische Überwachungssysteme im öffentlichen Raum: In Glasgow äußerten sich 95 Prozent aller Befragten pro CCTV, im Geschäftszentrum von London 99 Prozent.[1]

CCTV oder „Closed Circuit TV" ist der Fachbegriff für das Fernsehen, das nicht für die Öffentlichkeit, sondern für einen geschlossenen Zirkel bestimmt ist. Auf Flughäfen und Bahnhöfen, in Industrieanlagen, Banken, Kaufhäusern, U-Bahn-Schächten, Tunneln, Parkhäusern und an großen Straßenkreuzungen, gehören Kamera-Silhouetten weltweit zum Alltag. Die englischen CCTV-Systeme gehen weit darüber hinaus. Sehr viel großräumigere Regionen werden zu Gefahrenzonen umdefiniert und rund um die Uhr ins Blickfeld genommen: ganze Stadtzentren, öffentliche Parks oder Bezirke, in denen sich Pubs und damit Schlägereien häufen. Alle in dieser Zone existierenden kommerziellen und behördlichen Kameras werden dabei in ein Netz zusammengeschaltet und von einer Zentrale aus gesteuert.

Je nach Modell ist diese Zentrale bei der Polizei oder bei privaten Sicherheitsdiensten angesiedelt. In einem Raum voller Monitore konzentriert sich das Bedienungspersonal auf verdächtige Handlungen und Personen. Per Funk sind Polizei, Feuerwehr, Kaufhausdetektive und Verkehrsunternehmen angeschlossen und können bei Bedarf Daten ihrer Bildschirme in die Zentrale überspielen.

Die Befürworter umfassender Supervision argumentieren mit dem Disziplinierungsfaktor und erleichterten Sanktionsmöglichkeiten. Wer sich bei all seinen Aktivitäten beobachtet weiß, wird aller Voraussicht nach seltener gegen Recht und Gesetz verstoßen – zumindestens in der überwachten Zone. Unverbesserlichen droht Strafe, die sich einfacher als bisher durchsetzen läßt. Denn nun steht ein unbestechlicher Augenzeuge mit gerichtlich verwertbarem Beweismaterial zur Verfügung: die Kamera.

Aus dieser Logik ergibt sich ein für die Hersteller begrüßenswerter Dominoeffekt. Der „rational" arbeitende Handtaschenräuber, Einbrecher, Autoknacker wird Gegenden meiden, in denen CCTV installiert ist, und auf Nachbargemeinden ausweichen. Also müssen auch sie sich durch High Tech schützen. Finanziert wird das System durch Gemeindegelder, erhöhte Parkhausgebühren und staatliche Beihilfen. Damit bis 1998 weitere 10000 Kameras in Großbritannien installiert werden können, wie es das Innenministerium wünscht, subventioniert der Staat die CCTV-Aktivitäten mit Millionenbeträgen.

Die Gemeinden, die in hochkarätige Kamerasysteme investieren, hoffen auf Wettbewerbsvorteile: Einkäufer bewegen sich am liebsten dort, wo ihre Autos im Parkhaus vor Diebstahl besser geschützt sind und sie sich selbst subjektiv sicher fühlen. Im englischen Fachmagazin „CCTV today" wirbt die Firma Fujinon für ihre Objektive: „Heutzutage scheint eine Menschenmenge alle möglichen unwillkommenen Gäste anzuziehen. Man braucht fast Augen auf dem Hinterkopf, wenn man nur die Hauptstraße heruntergehen will. Das ist der Grund, warum so viele Leute ihre täglichen Geschäfte gern unter den wachsamen Augen elektronischer Überwachung erledigen. Da entsteht das warme Gefühl, daß jemand auf dich aufpaßt."[2]

Eins der neuesten und technisch ausgereiftesten Systeme zur Supervision der Innenstadt leistet sich die Gemeinde Bromley.[3] Der Ort am südlichen Stadtrand von London ist wohlhabend. Es gibt viele Golfplätze, eher wenig Kriminalität. Warum dann die Überwachung mit 115 Farbkameras? Chris Jenner, der Leiter der Steuerzentrale, nennt sie den „Feel-Good-Factor". Den Begriff „Spionage-Kamera" lehnt er ab: „Es ist das adäquate Sicherheitssystem des 20. Jahrhunderts." Peter Sibley von der „Metropolitan Police" in Bromley fügt hinzu: „Wir wollen das Lebensgefühl der Menschen verbessern. Seit es CCTV gibt, trauen sich die Leute wieder in die Innenstädte, in die öffentlichen Anlagen, die sie ja schließlich finanzieren." Auch in Bromley hat sich das Council mit überwältigender Mehrheit für die Einführung ausgesprochen. „Wir haben nichts zu verbergen." Oder: „Es ist doch gut, wenn die Kriminalität sinkt", heißen die häufigsten Argumente von Bewohnern.

In der Zentrale in Bromley sitzen zwei junge Männer und betrachten Stunde um Stunde auf zehn übergroßen Bildschirmen zehn Perspektiven des Alltags, den sie draußen gerade versäumen. Die Bilder aller 115 Kameras im Auge zu behalten, würde die Wachmannschaft überfordern. Stundenlang mehrere Monitore im Blick zu haben, ohne „videoblind" zu werden, ist schwierig genug – denn in der Regel ist das Programm ereignis- und reizlos: In der Fußgängerzone flaniert die Kundschaft, mit oder ohne Plastiktüte. Am Bahnhof

1. Zahlen für Glasgow: Aus Home Office Police Research Group: Closed Circuit Television. London, o.J.,S. 9, Zahlen für London aus CCTV today 6/95, S. 28
2. CCTV today, 1/96, S.57
3. Die Informationen aus Bromley stammen von einem Besuch im Sommer 1996

begrüßt eine Tochter ihren Vater mit einem Kuß. Auf dem Parkplatz nähert sich ein Mann mit Jeans und Lederjacke einem roten Auto. Kurzer Zoom. Nein, nicht verdächtig; er hat einen Schlüssel und fährt davon.

Ein bißchen schade. Sonst hätte es den Thrill gegeben, der die Arbeit hier manchmal doch spannend macht: Großaufnahme der Autonummer und des Gesichts. Optische Verfolgungsjagd, bei der eine Kamera den Focus an die nächste übergibt, sobald das Zielobjekt aus dem Blickfeld gerät. Zusammenschaltung der Monitore mit der Polizei. Funkkontakt. Und am Ende der befriedigende Moment, wenn die Polizisten den Autodieb an einer Kreuzung abfangen und Handschellen zuschnappen.

Der Focus: Kleinkriminalität

Vorbild aller CCTV-Fans ist Newcastle.[4] Dort wurde am 4. Dezember 1992 ein 16-Kamera-System mit Mikrowellenübertragung eingerichtet, das einen Bereich von drei Quadratkilometern ins Visier nahm. Danach gab es einen deutlichen Rückgang bei Verbrechen wie Ladendiebstahl, Handtaschenraub, Autoaufbruch und Körperverletzung. Die Kriminalitätsstatistik, die 1991 noch 13500 Taten im Zentrum ausgewiesen hatte, meldete zwei Jahre später nur noch 9000. CCTV gilt als ein Hauptfaktor des Rückgangs, der allerdings in ein umfassendes Konzept zur Verbrechens-Vorbeugung eingebettet war.

Die CCTV-Studie des britischen Innenministeriums zum Thema warnt deshalb vor übertriebenen Erwartungen und vor voreiligen Investitionen. CCTV solle nicht zu einer „Kur werden, die nach einer Krankheit sucht." Als Beispiel nennt die Studie einen Bezirk, in dem immer wieder Beschädigungen an Fahrzeugen gemeldet wurden. Der Verdacht auf Vandalismus lag nah – bis sich herausstellte, daß die Beschädigungen immer in einem kleinräumigen Gebiet an Markttagen vorkamen. Schuldig waren die Händler, die im frühen Morgen allzu sorglos ihre Marktstände aufstellten. Das Beispiel schließt: „Innenstadt-CCTV wäre in diesem Fall eine teure Nicht-Lösung gewesen."

Der für CCTV in Bromley zuständige Polizist Peter Sibley gibt zu, daß die noch nicht veröffentlichten Zahlen über den Rückgang der Kriminalität für sein Revier weit weniger imposant sind als in Newcastle. Die bisher „spektakulärsten" Fälle sind in einem Lehr-Video festgehalten: Ein Jugendlicher zerschmeißt Schaufensterscheiben. Eine ertappte Ladendiebin steuert zielstrebig auf den Bus zu und wird über mehrere Stationen auf ihrem Fluchtweg verfolgt. Vater und Sohn versuchen einen gestohlenen Karton mit Bratpfannen in Sicherheit zu bringen. Sie steigen ins Auto. Als der Vater merkt, daß er verfolgt wird, fährt er in Panik auf die Detektivin zu, die sich nur mit einem Sprung in Sicherheit bringen kann.

Der Film ist spannend wie „XY ungelöst" – aber rechtfertigt die Festnahme von ein paar zusätzlichen Ladendieben eine Million Pfund, die das System die Gemeinde gekostet hat? „Es ist nicht die große Kriminalität, aber es ist das, was die Leute beunruhigt", interpretiert Chris Jenner die Bilder und verweist auf nützliche Einsätze jenseits der Kriminalität: beim Wasserrohrbruch; bei Verkehrsunfällen.

Der Film illustriert das Dilemma bei der Einrichtung von Video-Überwachungssystemen. Der Focus richtet sich auf offensichtliche Verbrechen, auf Kleinkriminalität und/oder Kleine-Leute-Kriminalität. Bis zum Beweis des Gegenteils gilt für die Sicherheitskräfte jeder als potentieller Verbrecher. Der Autoknacker ist das Sinnbild der Bedrohung; also gerät jeder, der den Parkplatz oder das Parkhaus betritt, mit ins Visier. Stadträte dürften Skrupel haben, dieses Prinzip des präventiven Grundmißtrauens auf Weißkragen-Kriminalität auszudehnen – wenn es darum ginge, Kameraobjektive in Fünf-Sterne-Restaurants oder Büros von Verwaltungsbeamten zu richten, um Korruptionsfälle zu unterbinden.

Die verletzliche Gesellschaft arrangiert sich mit dem Gefühl, daß „jemand auf sie aufpaßt"

Brisantes Material könnten allerdings auch die alltäglichen CCTV-Aktivitäten zutage fördern. Was passiert, wenn das System mit den von allen Betreibern gerühmten „kristallklaren Bildern" den Bürgermeister beim Turteln mit einem Geliebtem im Park aufnimmt? Wenn das Personal am Monitor den Pastor beim Betreten einer Rotlichtbar oder den Bankchef bei Verhandlungen mit einer Prostituierten beobachtet? Nur Bürgerrechtler und Experten diskutieren bisher darüber, daß die neuen „Augen der Polizei" einen Berufszweig darstellen, für den es bisher kein Vorbild gibt und dessen Vertreter brisante Einblicke in das Privatleben ihrer Mitmenschen erhalten. „Das ist nicht wie 'Fernsehen zu Hause'", schreibt John Ansell von der Thames Valley Polizei, „diese Leute überwachen das Leben von anderen. Sie können jede Bewegung tausender Individuen 24 Stunden am Tag beobachten."[5] Polizisten würden in ihrer langen Ausbildung zumindest Kenntnisse über Rechtsgrundsätze und den Schutz der Privatsphäre erwerben, in Sicherheitsdiensten seien dagegen oft angelernte Kräfte tätig, die außer einem Bedienungshandbuch keine Ausbildung erhalten.

Chris Jenner in der Steuerzentrale in Bromley verweist auf einen 21seitigen „Code of practice", der die Prinzipien regelt. „Wir zoomen nie auf Einzelne, es sei denn, sie sind *Targets*", heißt eine Grundregel. Der Begriff der Zielpersonen ist allerdings weit gefaßt. Als *Targets* gelten auch Jugendliche, die in der Einkaufsmeile herumlungern und mit „anti-sozialem Verhalten" den „Einkaufsspaß" stören. Und welche Perspektiven die Bedienungsmannschaften in den langen und langweiligen Nachtstunden bevorzugen, entzieht sich der Kenntnis der Vorgesetzten.

Die Bänder werden vier Wochen lang aufbewahrt und dann gelöscht. Sie sind für normale Abspielgeräte nicht geeignet, weil sie mehrere Kameraperspektiven übereinander speichern. Mit technischen Zusatzgeräten, sogenannten Multiplexern, sind die Aufnahmen jedoch wieder zu trennen. „Caught in the act" hieß ein Zusammenschnitt aus diversen heißen CCTV-Szenen, der in England im Winter 1995 als Video für umgerechnet 22,50 DM kursierte: Drogenhändler, Räuber und ihre Opfer waren auf frischer Tat zu beobachten, zu den Ertappten gehörte aber auch ein Liebespaar im Lift. Kommerzielle Video-Anbieter sind scharf auf das neuartige Reality-TV. Und einige Stadtverwaltungen waren bereit, ihre High-Lights zu vermarkten.

4. Die folgenden Informationen stammen aus der Broschüre der Home Office Police Research Group: Closed Circuit Television. London, o.J.

5. John Ansell: The Human Touch. In CCTV today, 6/95, S. 9-11

Der Schritt führte zu herben Diskussionen innerhalb der CCTV-Szene. Der Sicherheitsmanager in Stockton-on-Tees schrieb empört in einem Leserbrief an CCTV today: „Wenn die Leute Angst vor Verbrechen haben, sind sie bereit, gewisse Einschränkungen in der persönlichen Freiheit gegen ein Gefühl der Sicherheit einzutauschen. .... Aber die Öffentlichkeit wird diesen sensiblen Kompromiß nicht mehr akzeptieren, sobald sie einen Mangel an Integrität vermutet."[6]

Die Verbreiter der Videos schützen sich vor Klagen, indem sie die handelnden Personen leicht verzerren. Trotzdem wurde die Verbreitung des ersten Zusammenschnitts nach zwei Tagen verboten. Aber der nächste ("Really caught in the act") folgte kurze Zeit später. Bürgerrechtler der Gruppe „Liberty" stehen auf verlorenem Posten. Die verletzliche Gesellschaft, die von Bombenlegern und Terroristen bedroht wird, arrangiert sich mit dem „warmem Gefühl, daß jemand auf sie aufpaßt." *Die Logik des Mißtrauens* übernimmt die Macht: *Wer nichts zu verbergen hat, ist für Überwachung. Wer nicht dafür ist, hat etwas zu verbergen.* „Kriminelle und Unruhestifter sind die einzigen, die das System nicht mögen", resümiert der Polizist Peter Sibley seine Erfahrungen in Bromley.

Endziel: freiwillige Dauerüberwachung im bit-gesteuerten Morgen-Land

Die technische Aufrüstung geht weiter. Ein Höhepunkt ist mit dem „Camera Watch"-System im Geschäftszentrum von London erreicht, in dem nur 6000 Menschen wohnen, in das an Werktagen aber 350000 Pendler zur Arbeit strömen. Zwei Bombenexplosionen im April 1992 und 1993 gaben den letzten Anstoß, das Viertel zur „Inner City Security Zone" aufzurüsten. 373 einzelne Systeme mit insgesamt 1200 Kameras sind dafür auf den neuesten Stand gebracht und zusammengeschaltet worden. Es gibt nur noch acht Zufahrtsstraßen. Jedes Auto, das eine davon passiert, wird so gefilmt, daß Fahrer und Nummernschild zu erkennen sind; die Aufnahmen bleiben 56 Tage gespeichert. Geplant ist die „proaktive Nummernschilderkennung" – in Zukunft will man „verdächtige" Wagen schon erkennen und verfolgen, wenn sie in der Sicherheitszone auftauchen.[7] Ein Fernziel der Polizei ist der Einsatz von CFR ("Computerized face recognition"), bei der das Kamerasystem Gesichter von Verdächtigen durch Abgleich mit Datenbanken in einer Menschenmenge erkennt.

Die extensive Videoüberwachung findet in England im gesetzlichen Niemandsland statt. Ratsbeschlüsse und Repräsentativbefragungen reichen, um ausgefeilte High-Tech-Systeme zu installieren. Die Kriminalität verschwindet dadurch nicht; sie verlagert sich. Die naheliegende Konsequenz für die Technik-Enthusiasten besteht darin, den Radius auf intimere Umgebungen auszudehnen. Erste Gemeinden planen den Einsatz in Wohnbezirken sozialer Brennpunkte. In Glasgow sind 600000 Pfund für 64 Kameras in den von den Sozialämtern betriebenen Obdachlosen-Unterkünften bewilligt.[8] In Hull wird ein CCTV-System in zwei Krankenstationen mit Neugeborenen installiert, um Kindesentführungen und Materialdiebstahl zu verhindern.[9]

Nach der Doktrin der perfekten Vorsicht wird kaum noch ein Lebensraum übrig bleiben, der auf Kontrolle verzichten kann: Wie lassen sich Ehefrauen oder Kinder in den eigenen vier Wänden vor sexuellen Übergriffen und Schlägen schützen? Durch Kameraobjektive in jedem Schlaf-, Wohn- und Kinderzimmer.

Jede Videokamera, die ein Verbrechen ins Bild bannt, liefert Argumente für die nächste. Durch ein Kaufhaus-Video kam die Polizei in Liverpool 1994 den beiden Kindern auf die Spur, die den kleinen James Bulgar in ihre Gewalt gebracht und später ermordet hatten. Dieser Fall, der den englischen Überwachungsboom beschleunigte, zeigt gleichzeitig die Schwäche des Konzepts. Soziale Probleme lassen sich nicht per Technik lösen, auch nicht mit der höchstauflösenden Infrarotkamera, die noch bei Neumond fantastische Bilder liefert. All die Rund-um-die-Uhr-Systeme könnten selbst dann kein Verbrechen ungeschehen machen, wenn an jedem Baum eine Kamera hinge. Sie können nur dafür sorgen, die Täter im Nachhinein zur Rechenschaft ziehen. Bei Unmündigen, Verzweifelten, Drogensüchtigen, Betrunkenen und Selbstmordattentätern funktioniert der Abschreckungseffekt nicht.

Der Zeitgeist setzt dennoch trotzig auf Technik. Die Bewohner einer durchtechnisierten effizienten Welt tendieren zunehmend dazu, sich von ihrer Rolle als selbstverantwortliche soziale und moralische Wesen zu distanzieren. Was ist der Mensch in dem von ihm geschaffenen Maschinenpark? Ein unberechenbarer Störfaktor, der von unbestechlichen Systemen unter Kontrolle gehalten werden muß. Wie die Zukunft aussehen könnte, die diesen Gedanken weiterführt, ist bei ihrem Vordenker und Vorplaner Bill Gates nachzulesen. In seinem Buch „Der Weg nach vorn" beschreibt er eine Gesellschaft, in der das Prinzip Mißtrauen gilt. Jedes Auto ist mit einem Fahrtenschreiber ausgerüstet, jede Straßenlaterne mit einer Videokamera. Gates sieht den Tag voraus, an dem „eine leidenschaftliche Kontroverse darüber anheben (wird), ob der Überwachungsstaat mehr zu fürchten sei als das Verbrechen." Seine Vision: „Was uns heute wie der digitale Big Brother erscheint, könnte eines Tages zur Norm werden, wenn wir uns ansonsten der Willkür von Terroristen und Kriminellen ausliefern."[10]

Bill Gates geht noch weiter. In seiner Utopie vom bitgesteuerten Morgen-Land kann der einzelne einen winzigen Computer als maschinellen Schatten bei sich führen, den „Wallet PC" für die Brieftasche. Er „wird in der Lage sein, über alles, was Ihnen zustößt, genaueste akustische, zeitliche und geographische Aufzeichnungen zu machen ... Jedes Wort, das Sie sagen und jedes Wort, das man an Sie richtet, wird er registrieren, dazu Körpertemperatur, Blutdruck, Luftdruck und eine Vielzahl anderer Daten, die Sie und Ihre Umgebung betreffen... Auf diese Weise können sie einen Datenbestand zusammentragen, der das perfekte Tagebuch, die lückenlose Autobiographie darstellt..." Gates empfindet diese – freiwillig angelegte – persönliche Datenbank als ideal, um für jede Situation ein Alibi zu haben. „Sollte Sie jemand irgendeiner Untat beschuldigen, könnten Sie erwidern: `Moment mal! Mein Leben ist dokumentiert. Hier sind die Bits gespeichert.`"[11]

6. CCTV today 6/95, S. 8
7. Ian Drury: City Challenge, CCTV today 6/95
8. CCTV today 1/96 S. 50
9. CCTV today, 6/95 S. 43
10. Bill Gates: Der Weg nach vorn. Hoffmann und Campe, 1995, S. 389
11. ebd., S. 385

"Smile, you're on CCTV" – freiwillig die eigene Dauer-Überwachung zu akzeptieren und sogar selbst zu inszenieren, ist die endgültige Einwilligung in Orwells Vision vom gläsernen Menschen. Auch Winston Smith, der Held aus dem Roman „1984", der verzweifelt gegen das übermächtige System ankämpft, unterwirft sich zuletzt voller Demut. Die letzten Worte des Romans: „Er hatte den Sieg über sich selbst errungen. Er liebte den großen Bruder." ■

Ute Bernhardt

Deus Meus – Macht Information?

Unter dem Titel „Macht Information" lud das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie zu einer „internationalen Konferenz über die Werte der Informationsgesellschaft" auf den Bonner Petersberg ein. Ziel dieser Regierungskonferenz sollte es laut Programm sein, die Komplexitäten der sich entwickelnden Informationsgesellschaft transparent zu machen und dadurch die öffentliche Debatte voranzutreiben.

Wenn auch vieles unklar blieb, so wurde wenigstens klar, wie das Signet der Veranstaltung – ein „@", unterlegt mit Textfragmenten, von denen nur die Worte „deus meus" erkennbar waren – gemeint sein könnte.

Ob das sich draußen in Nebel hüllende Rheintal Grund war oder nicht – drinnen wurde es nicht minder nebulös. Natürlich waren sich fast alle Redner darin einig, daß den zahlreichen Geladenen von Presse, Wissenschaft und Politik, Großes und Neues bevorsteht. Aber wie dies genau aussieht, erfuhr man aus den Beiträgen dann doch nicht. Für Zukunftsminister Rüttgers war klar: Der Mensch steht im Mittelpunkt. Für die deutschen Medienunternehmer von Bertelsmann und Burda war das Internet besonders für die Wirtschaft und dort der zu erwartende Gewinn wichtig. Ein Museumsdirektor der National Gallery of Modern Art bejahte zwar die weitere Notwendigkeit von Originalen, präsentierte dann aber zusammen mit dem Vertreter der weltgrößten Bildagentur CORBIS eine CD mit Bildern. Einer der Organisatoren von der Unternehmensberatung Booz Allen & Hamilton war der Meinung, in Zukunft kämen virtuelle Unternehmen ohne Chef aus! Zwei Politologen wußten nicht so recht zu erklären, ob das Internet mit der Demokratie verträglich sei – vielleicht, vielleicht aber auch nicht. Alles in allem, so ein Vertreter einer großen Telekommunikationsfirma aus Italien, würde die zukünftige Informationsgesellschaft einfach großartig werden.

Für den Menschen als Arbeitnehmer sieht es dagegen schlecht aus. Bei aller Freude über die großartige Zukunft müssen, so ein Stereotyp der Arbeitgeber, alte Zöpfe abgeschnitten werden. Selbstgefällig schwärmte der Vorstand von Bertelsmann über seine neuen Mitarbeiter. Sie wollen keine starren Arbeitszeiten, aber mehr als 40 Stunden arbeiten und legen keinen Wert auf Sozial- und Rentenversorgung. Der neue Arbeitnehmer schuftet beseelt von einer großen Idee mit Gleichgesinnten. In der schönen neuen Informationsgesellschaft kommt es auf unflexible, ältere Arbeitnehmer und Technikabstinenzler nicht mehr an. Wenn das Projekt zu Ende ist, stellt sich der Arbeitnehmer, so das Ideal der Wirtschaft, wieder auf dem Arbeitsmarkt für neue Projekte zur Verfügung.

Allein ein Vertreter der Postgewerkschaft bewertete die Arbeitsplatzverheißungen pessimistisch. Zwar werde auch in der Informationsgesellschaft der Staub nicht durch das Wissen über Staub beseitigt, aber die neuen Informationstechniken werden die Rationalisierung fortsetzen. Es sei zweifelhaft, ob die neuen Arbeitsplätze die alten ersetzen können, die an anderer Stelle wegfallen. Die Gewerkschaften böten sich an, über Regelungen und Zukunftsgestaltungen mit den Arbeitgebern zu verhandeln. Leider bestünde von seiten der Arbeitgeber daran kein Interesse. Man schiele vielmehr nach Indien und in den Osten, wo eine wachsende Zahl qualifizierter Arbeitnehmer zu einem Bruchteil unserer Löhne arbeiteten. Warum dann noch mit den Gewerkschaften verhandeln?

Die Frage, warum andere Länder mit den neuen Technologien Gewinne machen, läßt sich nach dem Beitrag eines der World-Wide-Web-Erfinder mit neuen Argumenten beantworten. Wir kennen die Klage zur Genüge: In Europa wird geforscht, aber aus den Ergebnissen kaum marktreife Produkte entwickelt. Vor allem nicht in Konkurrenz zu bereits bestehenden Produkten, wie das Beispiel der Firma Siemens zeigt. Bei Siemens wurde das Faxgerät erfunden, nicht aber produziert, um den Markt für Fernschreibgeräte nicht zu verderben. Nur lief es bekanntermaßen nicht so. Andere machten mit dem Faxgerät weltweit das große Geschäft, während der Fernschreiber zum Relikt wurde.

Bei der Entwicklung des World-Wide-Web beim CERN wiederholte sich dieses Muster. In Europa erfunden und entwickelt, wurden hier die Potentiale zu spät erkannt. Anders die US-Konkurrenz, die jetzt das Produkt vermarktet. Nicht einmal prämiert wird das World-Wide-Web hier: Während das WWW in diesem Jahr von der ACM ausgezeichnet wird, gab es in Europa bisher nur einen Preis von Kunstschaffenden.

Daß der Mensch als Kunde im Mittelpunkt steht, erfuhr man anschaulich. Als Hintergrundinfos aus dem Hause Burda getarnt, wurden zwischen den Beiträgen immer wieder Werbevideos gezeigt: Glückliche Menschen auf der großartigen Infobahn. Bei soviel Werbung vergaß man fast, wer eingeladen hatte: Das Bildungs- und Forschungsministerium. Wer gehofft hatte, etwas über die zukünftigen Bildungs- und Forschungspolitik im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik zu hören, wurde enttäuscht. Aber leider war auch für Diskussionen über die vorgestellten Thesen kein Platz. Warum auch über eine Entwicklung diskutieren, die sowieso unausweichlich eintritt?

Da auf dieser PR-Veranstaltung nichts Neues vermittelt wurde, traten die Zwischen- und Untertöne deutlicher hervor. Unterschwellig deutlich wurde die Angst der Unternehmer, ob sich denn die Investitionen auch lohnen und ein profitabler Massenmarkt entsteht. Die von Rationalisierungstechnik gut genährte Abwärtsspirale läßt die erwarteten Zuwächse schrumpfen und hat erste Provider zur Aufgabe gebracht. Die Kunden sind high-tech-müde und sollten mehr konsumieren.

Zur Konferenz geladen waren nicht nur Journalisten, sondern auch zahlreiche deutsche Wissenschaftler. Da saßen nun auch einige jener Pioniere, die das Internet in der Bundesrepublik aufgezogen hatten, lange bevor die meisten der anwesenden Unternehmer mit dem Begriff etwas anfangen

konnten und mußten nun Nachhilfestunden über das Internet und das World-Wide-Web über sich ergehen lassen. Sie fühlten sich sichtlich unwohl, äußerten aber nur vereinzelt kritische Kommentare.

Teilnehmer, die ernsthaft nachfragten, wurden schnell abgewimmelt, oft auch aus mangelnder Sachkenntnis. So genau wollte man das mit dem Universaldienst und der Notwendigkeit einer Grundversorgung doch gar nicht wissen. Überhaupt bestünde gar kein Bedarf an so etwas wie Anonymität in der Wahlkabine oder etwa beim Bezahlen. Vielmehr seien offene Fragen allein von Technikern zu lösende Probleme. Ja, Deus Meus! – Wenn die Technik mein Gott ist, dann muss der sonst immer im Mittelpunkt stehende Mensch wohl schon mal etwas Platz machen.

Bei dieser Regierungsveranstaltung stand als Wert allein und unverhohlen propagiert das Wohl der Wirtschaft im Mittelpunkt. Es gibt allerdings ernsthafte Fragen, die von der Politik und Wirtschaft beantwortet werden müssen, denn die Technik, die die Gesellschaft und Wirtschaft verändert, ist kein Sachzwang, sondern wird durch Interessen für bestimmte Zwecke geformt. Bei der Frage, nach welchen Werten unsere Zukunft gestaltet werden soll, hilft weder diese Art von Veranstaltung noch die Anrufung von Deus Meus weiter.

Die Veranstaltung ist auch elektronisch verfügbar unter http://www.infosoc96.de. ■

Ralf E. Streibl

Bundeswehr gegen Minentod

Lektüre für Bosniens Jugend

Da traut man doch seinen Augen kaum, wenn die Bundeswehr in ihrem Audioprogramm-Service (Ausgabe 24 vom 17. Juli 1996, http://www.bmvg.government.de/Presseforum/RundumdenBund/APS_962400.htm) stolz verkündet, wie toll sie in Bosnien Aufklärung in Sachen Landminen betreibt – so richtig mit Malbuch und Jugendmagazin, erstellt vom Fernmeldebataillon 950 Operative Information. Major Schmidt: *„Die Kinder werden rangeführt in 'nem ganz normalen Malbuch, wie sich das jeder vorstellen kann, und in den Bildern sind dann gefährliche Gegenstände versteckt, vor denen gewarnt wird."* Der Erfolg? Major Hellering weiß nach einem Kindergartenbesuch im ehemaligen Kriegsgebiet zu berichten: *„Die Kinder waren vom Malbuch sehr angetan. Einige haben gar nicht mehr zugehört, was die Kindergärtnerinnen erzählt haben, sondern haben gleich angefangen zu malen."*

Nicht nur in der Aufklärung, auch in Sachen Minenräumung ist Deutschland weltweit aktiv: Das Auswärtige Amt finanziert beispielsweise die Errichtung von „Minenräumschulen" und Erprobung neuer Techniken zur Minenräumung aus Mitteln der Ausstattungshilfe (1996: 13 Millionen DM). Wie human von uns! Denn – nach Aussage eines Vertreters der Bundesregierung – liegt die Verantwortung für die Räumung von Minen in erster Linie bei den betroffenen Ländern selbst (Woche im Bundestag (1) 1996, S.98). Ach ja, bzgl. der Finanzen: Die tatsächlichen „Kosten" für die Räumung von 85 Millionen Minen (über 110 Millionen sind weltweit vergraben) beziffert ein vom Hamburger Friedensforscher Peter Lock für terre des hommes erstelltes Gutachten (Kriege im Wandel, Osnabrück 1995) auf 43 Milliarden Mark!

Keine Frage – einem Land wie Bosnien-Herzegowina, in dem durchschnittlich mehr als 150 Landminen pro Quadratmeile verlegt sind (Spektrum der Wissenschaft (7) 1996, S.68) muß Unterstützung zu Teil werden. Aber ist es nicht ein weiterer Mosaikstein in diesem globalen Irrsinn, daß die Aufklärung ausgerechnet durch eine Armee erfolgt – die Armee eines Landes, das an der Entwicklung neuer „intelligenter" Landminen beteiligt ist und sich dafür soeben bei der Genfer Landminenkonferenz eine „Unbedenklichkeitsbescheinigung" hat ausstellen lassen (Die Zeit (20) 1996, S.8), da die neuen Minentypen nicht „hauptsächlich" gegen Personen gerichtet sind? So fallen sie nämlich nicht unter das Abkommen. ■

Ute Bernhardt

Computerexperten fordern soziale Standards für die Informationsgesellschaft

Ein Bericht von der FIfF-Jahrestagung 1996 in Tübingen

Es ist schon bemerkenswert, wenn ausgerechnet ein Informatik-Professor beklagt, daß „das Soziale, das Gesellschaften ausmacht, in der Diskussion um die Informationsgesellschaft ignoriert wird". Schließlich wird Computertechnik auch in Zukunft – das zeigt etwa ein Blick in betriebs- und volkswirtschaftliche Lehrbücher – zur Rationalisierung eingesetzt werden und damit die Situation auf dem Arbeitsmarkt weiterhin verschlechtern. Es sind die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, die die Mittel für Globalisierung, Reorganisation und Rationalisierung von Arbeit zur Verfügung stellen.

Über diese Veränderungen, die der Übergang von der Industrie- in die Informationsgesellschaft für den Einzelnen und die Gesellschaft mit sich bringt, diskutierten auf der Jahrestagung des Forums InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIfF) und der Deutschen Vereinigung für Datenschutz (DVD) etwa 200 TeilnehmerInnen vom 8. bis 10. November in Tübingen.

Die in Tübingen Versammelten verfügten über genau die Qualifikationen, die von den Protagonisten der Informationsgesellschaft immer gewünscht werden. Solche ExpertInnen können prägnante Auskunft über die Potentiale dieser Technik und die Auswirkungen auf Arbeit und Lebenswelt geben. So entstand ein lebhafter Austausch zwischen Gewerkschaftern, Betriebsräten, Wissenschaftlern und Unternehmern.

Wie wenig soziale Probleme derzeit die Diskussion bestimmen, zeigte sich in der Eröffnungsveranstaltung. Professor Franz Josef Radermacher, Leiter des Forschungszentrums für Angewandte Wissensverarbeitung Ulm, verwies auf die durch die neue Technik beschleunigten Geld- und Warenströme und auf deren Folgen für das globale Wirtschaftssystem, in dem alle Nationen um Ausbildung und Arbeitsplätze konkurrieren. Weltweit sind 70% aller Arbeitsplätze überallhin auslagerbar. Der entstehende globale Wettbewerb um Arbeit macht ein weiter so wie bisher unmöglich.

Radermachers Betrachtung zur zukünftigen Informationsgesellschaft fand ausschließlich unter wirtschaftlichen Aspekten statt. Dagegen geraten Menschenrechte, Datenschutz, Sozial- und Umweltstandards und selbst die Demokratie als Staatsform unter Druck. Sie sind in dieser Revolution von oben nur noch zweitrangige Ziele. Professor Friedrich Holl forderte dagegen auf, die Gestaltung der Informationsgesellschaft nicht den „Offiziellen" zu überlassen, sondern eine Einmischung der InformatikerInnen in die Diskussion.

Ingo Ruhmann vom FIfF-Vorstand warf Radermacher vor, sich ausschließlich auf Verheißungen zu stützen. Der Mythos von 10 Millionen neuer Arbeitplätzen allein in Europa wurde mittlerweile von seinem Urheber als „Setzung" bezeichnet. Neue Arbeitsplätze entstanden deutlich weniger, als abgebaut wurden, wie den Hiobsbotschaften über Entlassungen zu entnehmen ist. Arbeitslosigkeit und neue Formen der Arbeit – etwa Scheinselbständigkeit – torpedieren die bisher auf Erwerbsarbeit beruhenden Sozial- und Sicherungssysteme. Ruhmann schlug vor, sich für die Gestaltung der Informationsgesellschaft auf ein Rahmenwerk sozialer und ökologischer Standards zu einigen.

Diese Debatte zog sich durch die 16 Arbeitsgruppen. Ihre Themen wie Telearbeit und neue Arbeitsorganisation, Verlagerung von Programmierung nach Indien, Arbeitnehmer-Datenschutz und die Zukunft gewerkschaftlicher Arbeit spiegelten die Folgen, wenn Computernetze die Börsen der Welt ebenso verkoppeln wie die Arbeitsmärkte.

Informatiker gestalten mit ihren Systemen unsere Zukunft. Wenn sie in die Zukunft schauen, ist das Ergebnis oft optimistisch. Auch die negativen Seiten für die Gesellschaft zu sehen, ist dagegen eine Anerkenntnis der Verantwortung, die diese Arbeit eigentlich voraussetzt. Technische Entwicklung ist kein Sachzwang und kann gezielt gestaltet werden. Der Erfolg der Tübinger Tagung war, Betroffene und Gestalter an einen Tisch zu bringen. Beider Sichtweise machte Probleme und Widersprüche der Informationsgesellschaft deutlich.

Ein Reader mit den Beiträgen der Tagung erscheint 1997.

Ankündigung der Tagungspublikation zur Jahrestagung des FIfF und der DVD vom 8.-10. Nov. 1996 in Tübingen
Jochen Krämer, Jürgen Richter, Jürgen Wendel, Gaby Zinssmeister

SCHÖNE NEUE ARBEIT

Die Zukunft der Arbeit vor dem Hintergrund neuer Informationstechnologien

Die globale Vernetzung zur Bereitstellung vermeintlichen Wissens wird als die grosse Hoffnung der Weltwirtschaft zur weiteren Wachstumssteigerung gehandelt. Sie wird die Arbeitswelt stark beeinflussen, neue Möglichkeiten schaffen, aber auch neue soziale und technische Risiken. Diese Entwicklung vollzieht sich mit rasanter Geschwindigkeit, so das anscheinend kaum Zeit bleibt über die Folgen nachzudenken. Ratlosigkeit bei Fachleuten und Know-How Mangel bei Laien vergrößern die Unsicherheit in der Gesellschaft. Solchen Defiziten können wir nur mit Reflexion, Diskurs und Aufklärung begegnen, um die Veränderung der Lebens- und Arbeitswelt durch unsere Einflussnahme zu steuern. Die Artikel in diesem Band tragen dazu bei, indem sie verfolgenswerte Ansätze zur Gestaltung unserer Arbeit von morgen auf allgemeinverständliche Art und Weise darstellen. Die Themen reichen von Neuer Selbständigkeit, Telearbeit, über Formen der Arbeitsorganisation, Arbeitnehmer-Innen-Datenschutz bis hin zur Verantwortungswahrnehmung bei Arbeitsteilung. Sie wurden von AutorInnen aus dem Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIfF), der Deutschen Vereinigung für Datenschutz e.V. (DVD), Gewerkschaft, Wirtschaft und Forschung verfaßt.

Nehmen Sie sich Zeit für Ihre Zukunft...

Bestellcoupon: Hiermit bestelle ich _____ Exemplare des Tagungsbandes
Krämer u.a. (Hrsg.): „Schöne neue Arbeit"
zum Subskriptionspreis von 28,00 DM zzgl. Porto.
Späterer Ladenpreis ca. 42,00 DM.

Name: _____
Adresse: _____
_____
_____

Datum, Unterschrift: _____

Einsenden an: Jochen Krämer, Wilhelm-Schickard-Institut, Sand 13, 72076 Tübingen

Anzeige

Rüstungsexport
ist ein Geschäft mit dem Tod

Seit 1984 tritt die Kampagne ›Produzieren für das Leben – Rüstungsexporte stoppen!‹ für ein vollständiges Verbot von Rüstungsexporten und die Umstellung auf sozial und ökologisch sinnvolle Produkte ein.

Die Arbeitsschwerpunkte der Kampagne liegen bei der Problematisierung deutscher Rüstungsexporte in die Türkei und nach Indonesien, der Kampagne zur Ächtung der Landminen und der Aktion ›EntRüstet Daimler‹.

Nähere Auskünfte erteilt das Büro der Kampagne:
Bahnhofstraße 18, 65510 Idstein,
Tel.: 06126/55683, Fax: 06126/54660.

Produzieren für das Leben – Rüstungsexporte stoppen!

Damit die Opposition wächst!

Schwerpunkt:
Computer und Demokratie

Die Autorinnen und Autoren:

Roland Alton-Scheidl arbeitet an der Forschungsstelle für Sozioökonomie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien und führt Begleitforschungen zu Telekommunikationsprojekten durch

Ute Bernhardt ist Geschäftsführerin und stellvertretende Vorsitzende des FIFF

Dagmar Boedicker ist freie Autorin

Bernhard Debatin ist Hochschuldozent am Institut für Medienwissenschaften der Uni Leipzig

Frank Helten ist Soziologe

Eva Jelden ist wissenschaftliche Assistentin am Institut für Philosophie der Uni Leipzig

Jeff Johnson ist Softwareentwickler und war von 1991–94 Vorsitzender der Computer Professionals for Social Responsibility (CPSR)

Peter Mambrey ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der GMD in St. Augustin

Michael Paetau ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der GMD in St. Augustin

Ingo Ruhmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Dr. Manuel Kiper und Mitglied des FIfF-Vorstandes

Verantwortlich für diesen Schwerpunkt waren:

Ute Bernhardt, Eva Jelden, Ingo Ruhmann

Peter Mambrey

Digitale Partizipation der Bürger

Ein Plädoyer für die Nutzung neuer Optionen

Der Technologiebeirat der Bundesregierung zeigte in seinen Empfehlungen zum Thema Politik in der Informationsgesellschaft eine ambivalente Haltung zur digitalen Partizipation: „Einerseits wird die repräsentative Demokratie in Frage gestellt, wenn jeder Bürger sich im Prinzip unmittelbar an der politischen Willensbildung beteiligen kann. Andererseits kann und darf die quasi direktdemokratische Technik die institutionellen Einrichtungen der Demokratie zur immer komplexer werdenden Entscheidungsfindung und den politischen Diskurs nicht ersetzen." (Informationsgesellschaft 1995, S. 47/8). Die mediale Nutzung vernetzter Informations- und Kommunikationstechniken scheint eine Renaissance direkter Partizipation der Bürger am politischen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, jenseits des Zwangs von Massengesellschaften zu repräsentativen Verfahren. Krauch sah diese Bedingungen schon 1972 für gegeben an und schlug eine Computerdemokratie vor (Krauch 1972). Daraus ist faktisch nichts geworden. Haben sich in den letzten 25 Jahren neue Fakten ergeben, die digitale politische Partizipation als Reformkonzept für eine Informationsgesellschaft fördern?

Im Sternzeichen des Klammer@ffen

Technische Entwicklungen öffnen Optionen für gesellschaftliche und politische Entwicklungen

Das Internet existiert und wächst in rasantem Maße. Sein Potential ist eminent, ebenso wie die Mißbrauchsmöglichkeiten und Bedrohungen. Das gilt auch für Partizipation der Bürger am Gemeinwesen. Das im wesentlichen als Wissenschaftsnetz betriebene Internet wird ergänzt um die Nutzung als Wirtschaftsnetz. Dies ist nicht gottgewollt, die Kommerzialisierung (Internet = globaler Ottokatalog), Regulierung (Internet = anarchisches Chaos) und Zensur (Internet = digitale Pornografie) werden aktiv in Interessengruppen betrieben. Genauso aktiv sollte die Ergänzung zum Bürgernetz betrieben werden. In Deutschland sind die Triebkräfte der Expansion in Politik und Wirtschaft zu finden, obwohl auch Gruppen außerhalb des politisch-administrativen Systems aktiv sind:

- gewerkschaftliche Gruppen, so im nicht Internet-gebundenen SoliNet mit Betriebsräten (Hölzer 1996),
- Fachschaften an Universitäten, alternative Öffentlichkeiten, etwa das Informationszentrum für Rassismusforschung etc. und
- Minderheiten (Hülsmann 1996).

Seit kurzem werden auch Kommunen wie Bremen (Kubicek, Taube 1996) oder Münster im Internet (Masolle 1996) aktiv, und praktische Versuche von Parteien zeigen, daß politische Kommunikation digital stattfindet – nicht mehr nur im Hinterzimmer des Griechen, sondern auch im virtuellen Ortsverein (Glotz 1995).

Technische Optionen der Telekommunikation eröffnen Chancen für neue oder alternative Anwendungen:

- Eine polydirektionale Interaktion ist möglich. Es entsteht ein Individual- und Massenkommunikationsmedium mit hierarchielosen Sender-Empfänger-Beziehungen, bei dem jeder Sender sein kann.
- Die Raum- und Zeitunabhängigkeit (Virtualisierung) wird sich vergrößern. Kombinationen aus Text, Bild, Bewegtbild, Sprache und individueller Archivierung und Datenbanken erweitern die Wahrnehmungs- und Handlungsmöglichkeiten von Individuen, die Einzeltechniken konvergieren und werden größeren Gruppen verfügbar.
- Netzwerkkommunikation kennt keine nationalstaatlichen Grenzen und Zensur.

Die neuen digitalen Medien erweitern die Reichweite und (Re-) Produktion für Individuen, sie ermöglichen die Anonymität (Johnson 1996, S. 17). Sie haben eine offene und heterogene Struktur und bieten eine Vielfalt von Konfigurationen zur Kommunikationsverteilung (Ishii 1995)

Die Visionen zur digitalen politischen Partizipation in der Informationsgesellschaft lassen sich auf folgende technikzentrierte Vorstellungen verkürzen:

- *Individuelle Informationsautarkie*: Die Rollenzuweisung für den Bürger als Rezipient in der monodirektionalen informationellen Einbahnstraße wird aufgelöst. Jeder kann Produzent von Information sein;
- *Bürgerinformation*: Der Zugang zu Informationen ist orts- und zeitunabhängig möglich. Aus der Holschuld des Bürgers wird eine Bringschuld der Verwaltung. Daraus entsteht ein Druck zur adäquaten Informationsaufbereitung;
- *Bürgernahe Verwaltung*: Der Zugang zu Dienstleistungen der Verwaltungen wird disloziert und zeitunabhängig möglich;
- *Neue Wahrnehmungs- und Handlungsmuster für Willensbildungsprozesse*: Die Informationen können interaktiv auf die Bedarfe des Bürgers hin verändert werden (Simulation, Visualisierung, akustische, haptische Verfahren). Daraus könnte sich z.B. eine andere – nämlich einladende und nicht abschottende – Planungskultur ergeben;
- *Herstellen von Öffentlichkeit oder Teilöffentlichkeiten*: Der öffentliche Diskurs zu ganz unterschiedlichen Themen kann initiativ ausgehend von einzelnen Individuen ohne Machtapparat und -infrastruktur möglich werden, Agenda Setting ist kein Oligopol mehr;
- *Koalitionspotential*: Zeitbefristete auf Einzelthemen bezogene ortsunabhängige Koalitionen sind möglich;
- *Responsivitätssteigerung*: Es kann aktuell und massenhaft lokal wie ortsunabhängig reagiert werden;
- *Meinungsbildung*: Es lassen sich Voten ermitteln, die zum Orientierungsrahmen für Politik gemacht werden können;
- *Neue politische Kultur, neue Interaktionsräume*: Die gemeinsame informationelle Infrastruktur erlaubt die Nutzung als individuelles, interaktives Massenkommunikationsmedium. Man kann anonym oder gesichtslos bleiben und seine Person in verschiedenen Rollen ausleben. Soziale Netzwerke mit unterschiedlichen physischen Raumbezügen könnten auf lokaler, regionaler oder globaler Ebene entstehen.

Alle Aktionen fördern den Bedeutungszuwachs des Individuums im politischen Prozeß. Sie stellen eine Machtverschiebung zugunsten direkter Demokratie dar. Sie heben den Stellenwert des einzelnen Bürgers, der in der Massendemokratie aus organisatorischen Gründen auf die mediatisierende Organisationen wie Parteien oder Gewerkschaften und repräsentative Körperschaften angewiesen war. Sie stellen eine neue Quelle zur Konstruktion öffentlicher Meinung dar, die nicht mehr allein im Zusammenspiel von Politik und Journalismus konstruiert wird, sondern jetzt auch verstärkt gut informierten Bürger. Sie können ein Korrektiv sein zwischen den politikbezogenen Problemsichten lokaler Eliten und den lebensweltlichen Problemwahrnehmungen der Bürger. Dies kann zu einer bürgernäheren Politik führen. Durch die immensen Kommunikationsmöglichkeiten entstehen neue Beziehungsgeflechte und erhöhen die Binnenkommunikation amorpher, raumübergreifender Spezialkulturen (Wetzstein 1995). Dies gilt besonders für sogenannte Randgruppen, die lokal die kritische Masse zur Gruppenbildung nicht erreichen würden, wie Selbsthilfegruppen.

Auf die Frage, ob wir das brauchen oder wollen, gibt es wenig seriöse Antworten. Eine Umfrage aus den USA (MACWORLD, Oct. 1994) über die Erwartung von Konsumenten an die Infobahn brachte überraschende Ergebnisse. An der Spitze der Themen, die Bürger an der Infobahn am meisten interessiert, liegen politische Handlungsformen wie die Teilnahme an Wahlen, an Meinungsumfragen, an elektronischen Gemeindeversammlungen, dem Zugang zu politischen Informationen sowie Maßnahmen zur Lernunterstützung: vom Zugriff auf Informationen bis hin zum ortsunabhängigen Lernen. Erst an zehnter Stelle folgte Video-on-Demand als Unterhaltungsangebot. Für diese Angebote waren zwischen zwölf und zwanzig Prozent der befragten 1200 Personen bereit, mindestens zehn Dollar pro Monat zu zahlen.

Sicherlich lassen sich die Ergebnisse nicht einfach übertragen. Die Umfrage macht jedoch deutlich, daß Erwartungen und Vorstellungen von der zukünftigen Nutzung informationeller Infrastruktur bei Anbietern und Betreibern anders aussehen als bei den Bürgern. Dies gilt es, positiv aufzugreifen und zu formen. Der Glaube, daß erst die Bedingungen durch den Staat nach demokratischer Prüfung in sogenannten Technologieräten geschaffen werden müssen, daß erst die Verfassungsverträglichkeit gegeben sein muß oder die Sozialverträglichkeit anhand von Kriterien bewertet

werden muß, verkennt die Dynamik der technischen Entwicklung. Er hofft auf die Steuerungskraft politischer Institutionen und die demokratische Qualität von Regeln und überläßt dabei Akteursnetzwerken allein das Feld, die in der Kommerzialisierung und Regulierung voranpreschen. In den USA sind dies im wesentlichen die großen Netzbetreiber und großen Diensteanbieter. Gegengewichte bilden die individuellen Netznutzer, die Non Government Organizations sowie die Universitäten.

Technikforschung und Vorhersage

Methodische Probleme und technikkritische Einstellungen

Die deutsche Wirkungsforschung war der Informationstechnologie gegenüber skeptisch eingestellt. Sie prüfte die Verfassungskonformität, fragte nach Einhaltung der Datenschutzgesetzgebung und untersuchte Bedrohungen der Arbeit und Arbeitsplätze. Die Chancen und Gefahren wurden im wesentlichen defensiv diskutiert. Ein Paradigmenwechsel scheint sich heute abzuzeichnen. 1988 fragte Kubicek, ob z.B. Telematik zurück in die Sozialstrukturen des Früh-Kapitalismus heißt (Kubicek 1988). 1995 fordert er, aus der Konfrontation zwischen Betreibern und Warnern heraus und zu einer offenen Sicht Richtung sozialer Gestaltung zukommen (Kubicek 1995), er mißt mittlerweile kommunalen Informationssystemen wie der Bremer Infothek informativen Wert zu (Kubicek, Taube 1996). Das Denken in reduktionistischen Strukturlogiken wie Markt oder politische Macht als Triebkräfte von Technikentwicklung wird mittlerweile ergänzt um das Konzept von Handlungsprojekten verschiedener Akteursgruppen zur Erklärung von Technikentwicklungs- und Adaptionsprozessen (Wetzstein 1995).

Nehmen wir an, daß die Informationsgesellschaft kommen wird und daß sie in Grenzen auch gestaltbar ist. Dann stellt sich in den einzelnen Bereichen die Frage nach den positiven Leitbildern und Visionen als Voraussetzung für eine aktive Gestaltung, wie immer auch eine Steuerung der Entwicklungen durchzusetzen ist. Zukunft kann man nicht vorhersagen, man kann sie nicht entdecken, sondern höchstens mitkonstruieren.

Die Technikforschung kämpft seit jeher mit dem Dilemma, daß die Präzision der Vorhersagen steigt, wenn das Produkt und dessen gesellschaftliche Einbettung weit fortgeschritten ist, gleichzeitig aber die Beeinflußbarkeit, Steuerbarkeit der Entwicklungen und Einbettungen dabei abnimmt. Versuche, auf recht frühem Niveau der Technikentwicklung, der Ebene der Leitbilder und Metaphern, Technology Assessment durchzuführen, eröffnen Zeit und Räume für gesellschaftliche Diskurse (Mambrey, Paetau, Tepper 1995). Sie schärfen die Vorstellungen von Personen und Gruppen, was für anstrebbar gehalten wird und was nicht. Solche Spekulation durchzuführen, soll hier für das Thema Informationsgesellschaft und mediale Partizipation erfolgen.

Aus der Geschichte lernen

Erfahrungen mit Massenkommunikationstechniken wie Btx, offenen Kanal beim Kabelfernsehen und Lokalfunk liegen in Deutschland vor (Kubicek et al. 1994). Es wurde auch versucht, diese Medien im Sinne einer Förderung von Basisdemokratie einzusetzen. Die Ergebnisse bleiben recht nüchtern. Im Kern blieben handfeste Beweise zur Instrumentalisierbarkeit für demokratische Funktionen aus, weil sich diese Techniken dafür nicht breit durchgesetzt haben und oft nur wenigen testweise zur Verfügung standen. Es waren technikzentriert betriebene Nischenaktivitäten. Optionen für mehr politische Teilhabe wurden aufgezeigt, aber nicht dauerhaft umgesetzt. So gab es vielfältige Vorschläge für soziale (Rupp et al. 1977) oder politische Anwendungen, wie die Computerdemokratie von Krauch. Die Einschätzungen für den Einsatz zu mehr Demokratie und Verwaltungstransparenz waren jedoch schon damals zögernd ambivalent (Decker, Langenbucher, Nahr 1976). Das hat sich bis Anfang der 90er Jahre im wesentlichen nicht geändert. Trotz positiver Beispiele wie dem Bürgeramt Unna (Liedtke 1989) blieben viele Wissenschaftler skeptisch, obwohl es auch Erfolgsberichte gibt (Parpart 1996).

Aus der Gegenwart lernen

Das Internet ist in seinen Funktionalitäten schon Jahrzehnte alt, für moderne Technikgeschichte ein langer Zeitraum. Zum aktuellen Boom führte die Einführung von grafischen Oberflächen, die das Versenden von elektronischer Post, die Hauptanwendung im Internet, extrem vereinfacht hat und der Zugriff auf Informationen für einen großen Kreis von Nutzern. Dies führte aus der Esoterik der wissenden Experten heraus zur Nutzung durch Laien. Bisher sind die privaten Zugangsdaten jedoch recht ernüchternd, vergleicht man sie mit den Hochrechnungen, die man den nächsten Jahren unterstellt. Der Anteil derjenigen, die von zuhause aus das Internet regelmäßig nutzen, ist gering. In der Deutschland liegt der Internetzugang beruflich bei 4% und privat bei 2%. Wenn man berücksichtigt, daß ca. 70% der Internetnutzung auf Emails entfällt, wird deutlich, wie gering die Nutzung des WWW als privates Kommunikationsmedium zahlenmäßig ist. Es ist noch kein individuelles, interaktives Massenkommunikationsmedium, weil die Massen fehlen.

Das Internet hat elitären Charakter. Im Vergleich zu anderen weltweit verfügbaren Kommunikationsmitteln, wie Telefon oder Fernsehen, gehören weit über 95% der Internet-Nutzer zu der Bevölkerungsschicht mit hohem Einkommen (CZ Nr. 42, 19.10. 1995). Die egalisierende Funktion dieses Mediums beschränkt sich auf den Informationsaustausch, nicht auf die Lebensbedingungen der Benutzer. Zum Kenntnisstand über das Internet in der Gegenwart gilt: „Es wird wirklich viel geschrieben. Unser Wissen ist trotzdem denkbar gering" (Lutterbeck 1996, S. 174). Trotz Überblicken über Forschungen im Internet (Batinic 1996) wurden viele Erfahrungen auf Basis von Studien über private Netzebetreiber wie Fido-Netz etc. oder in Newsgroups gesammelt. Zur Zeit verschiebt sich die Nutzung in Richtung öffentlicher Netze. Damit werden sich auch Nutzungsgewohnheiten und -arten ändern. Es mangelt an empirischer Durchdringung.

Doch selbst, wenn man unterstellt, daß die Vermutungen über die quantitative Entwicklung sich bewahrheiten, werden Techniken und Anwendungen aus sich heraus noch keinen Wandel verursachen. Dieser hängt ab von deren Einbettung in die Gesellschaft. Um also Prognosen zu wagen, müssen wir nicht nur technische Trends anlegen, sondern ebenso gesellschaftliche Entwicklungen.

Vom großen Bruder lernen

Die Kopierthese besagt, daß technische Entwicklungen der Kommunikation aus den USA mit einem Zeitverzug in Deutschland übernommen und adaptiert werden. Dieses Phänomen ist zur Zeit beim Internet wieder zu sehen, es ist nicht neu.

Der Aufbau einer nationalen InformationsInfrastruktur (NII) in den USA geht voran (vgl. Drake 1995, Robinson 1995). Die Clinton-Regierung als Promotor bietet selbst öffentlich zugängliche Berichte an und lädt zur Diskussion ein, Aktionspläne sollen für die Umsetzung der Vorstellungen in gesellschaftliche Nutzungen sorgen. Dabei ist die Regierung selbst aktiv, wie z.B. das Electronic Open Meeting on People and Their Government in The Information Age zeigt. Die explizite Forderung und Zielvorstellung lautet dabei: „Participatory Democracy – from making access to government easier to ensuring everyone's opportunity to participate in government regulatory and policy making" (info@meeting.fedworld.gov). Die Verheißungen von Politikern wie Al Gore (White House 1994) – Bestehen im Wettbewerb, Schaffung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum, Abbau von Benachteiligungen – sind eindrucksvolle Aussagen für die Ziele eines Nationalstaats und werden aus deutscher und europäischer Perspektive ernst genommen. Reaktionen wie der Bangemann Report und nationale Initiativen, z.B. Schulen ans Netz zeigen dies (vgl. Kubicek et al. 1995).

Eines der wichtigsten Argumente für den Aufbau einer nationenweiten gemeinsamen Infrastruktur war die Behauptung, dies stärke die Demokratie (so etwa Miller 1996, bes. S. 213). Dies findet in unterschiedlichem Maße auch statt. Das Public Electronic Network in Santa Monica, Kalifornien, besteht seit 1988, hat 6700 eingeschriebene Teilnehmer und nutzt E-Mail. Sein Ziel ist „increasing citizen's awareness of and participation in local government affairs, i.e. promoting electronic democracy" (Law & Keltner 1995, 3 of 19) Ein weiteres Beispiel ist Blacksburg Electronic Village mit 10.000 Teilnehmern. Es besteht seit 1993 und hat die virtual community zum Ziel. Alle Aktivitäten, die real in der Stadt stattfinden, sollen auch on-line möglich sein. Das Seattle Community Network will hauptsächlich den Zusammenhalt unter den Bürgern Seattles durch Austausch von Informationen stärken. Zur Zeit weiten sich diese Aktivitäten aus z.B. das Minnesota Free Net (http://www.freenet.msp.mn.us/govt/e-democracy/) oder das Center For Democracy And Technology (http://www.cdt.org/). Neben dieser Vielzahl von größeren und kleineren textbasierten kommunalen Informationssystemen gibt es nur wenige sprachbasierte Systeme, z.B. die Boston Peace and Justice Hotline.

Vergleicht man diese Aktivitäten mit Auflagezahlen von Zeitungen oder den Zuschauerzahlen von Talk-Shows, dann wird deutlich, daß es sich um minimale Randerscheinungen handelt. Sie zeigen aber m.E. die Optionen auf, die soziotechnisch möglich sind. Die amerikanische Gesellschaft mißt dem Individuum eine hohe Priorität zu, es handelt sich politisch um ein repräsentatives Regierungssystem, in dem jedoch partizipative Aktivitäten hoch geschätzt werden und eine lange Kultur aufweisen. Die Verknüpfung von gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten ist ausgeprägter als in Deutschland, das stärker separiert. Viele Free Nets setzen auf Stärkung der Gemeinschaft (community empowerment) und nicht Teilhabe an der lokalen Politik. Gemeinschaft wird als kulturelle Basis für Demokratie betrachtet und nicht so sehr das politische Handeln wie ein Wahlakt. Hier wird der Aspekt der politischen Kultur stark betont, was mit der von Ross Perot geforderten Pushbutton Democracy nichts zu tun hat. Diese fokussiert auf den Entscheidungsakt, während in kommunalen Netzen die Schwerpunkte beim Meinungsaustausch und der Meinungsbildung liegen, also dem Herstellen von Öffentlichkeit und Konsens.

Bei einer Kopie US-amerikanischen Konzepte stellt sich die Frage, ob diese Konzepte übertragbar sind. Als wichtigsten Hinderungsgrund sehe ich die unterschiedlichen Konzepte von Raum und Zeit. So hat, manifestiert in Stein und Beton, eine deutsche Stadt ein Zentrum, einen öffentlichen Raum in Form von Fußgängerzonen und Plätzen. Zentren und öffentliche Räume in US-amerikanischen Städten zu finden, fällt oft ungleich schwerer oder ist unmöglich, weil es sie so nicht gibt.

In die Zukunft sehen: Mit MS-Dos im Cyber-Ocean

Im Prinzip kann man sich das sehr einfach machen: Wir nehmen Prozesse politischer Teilhabe und deren Organisationen und setzen jeweils das Adjektiv virtuell davor. So kommen wir z.B. zum virtuellen Planungsprozeß einer Kommune, über eine realwerdende Müllverbrennungsanlage, der vom virtuellen Planungsausschuß im virtuellen Stadtrat beraten wird. Es wird dabei unterstellt, daß jeder Bürger zeitlich und örtlich ungebunden selbst direkt daran teilnehmen, seine Meinung äußern und sein Votum abgeben kann. Politische Parteien als Mediatoren braucht man nicht mehr, man kann sich ja jetzt selbst direkt einbringen und flexibel koalieren. Parteien oder Fraktionen, die ideologische Gesamtpakete anbieten, werden abgelöst durch Einzelthemenspezifische, für die Dauer ihrer Durchsetzung bestehenden, Interessenkoalitionen gleichgesinnter Bürger. Politischen Organisationen als kompromiß- und konsensschaffende Verbände weichen durchsetzungsfähigen, aggregierten Einzelmeinungen zu Ad-Hoc-Problemen.

Wenn wir noch weiter in die Zukunft sehen wollen, nehmen wir das Präfix *Cyber*. Das Zukunftsministerium wird zum Cyber-Ministerium, der Bundestag zum Cyberspace. Dort kann sich dann jeder elektronisch informieren, seine Meinung einbringen und abstimmen. Methodisch betrachtet, leuchten wir also die semantischen Bereiche der einzelnen Wörter gedanklich aus, die uns die neuen Begriffe suggerieren und wählen dann diejenigen Visionen aus, die uns gefallen. Fertig!

Man muß offen konstatieren: die Empirie der technischen Entwicklungen der Telekommunikation und ihrer gesellschaftlichen und politischen Adaption und Nutzung ist einfach zu dünn, um verläßliche Aussagen zu machen. Deshalb soll hier ein Spannungsfeld von Meinungen aufgebaut und mit eigenen Überlegungen angereichert werden.

Digitale Bürgerbeteiligung

Im Spannungsverhältnis zwischen repräsentativ und direkt

Die Diskussion in Deutschland über Bürgerbeteiligung im repräsentativen System ist strittig. Dies gilt für die Wissenschaftsszene und Politik. Wir wollen uns hier mit der *digita-*

len Bürgerbeteiligung beschäftigen, der Partizipation mittels Telekommunikation. Dabei werden einige Positionen anhand von Autoren dargestellt, die bestimmte Facetten der Diskussion vertreten. Alle Positionen sind m.E. ernstzunehmen, es ist nicht beabsichtigt, einen Papiertiger aufzubauen, um draufzuschlagen.

Eine ablehnende Position, die auf dem Status Quo beharrt

Kühnhardt listet sechs Argumente auf, die dagegen sprechen, daß eine virtuelle Demokratie die repräsentative Demokratie ablösen und das Denken in den Kategorien des Nationalstaats überwinden wird. Er spricht gegen die These, daß die Macht der Information die demokratische Mitbeteiligung der Bürger stärken, die Bedeutung des Staates verringern und die Bedingungen der Politik neu legitimieren wird. Er fordert, daß mit den neuen Informationstechnologien nicht zugleich versucht werden soll, eine neue Demokratie zu erfinden (Kühnhardt 1996, S. 8). Seine Argumente:

1. Die europäische Freiheitsrevolution von 1989 ist als Fernsehrevolution bezeichnet worden. Zivilcourage fand unter dem Schutz eines globalen Fernsehschirms statt. Die Macht der Information kann zwar Freiheit erzeugen, aber nicht sichern. Dazu bedarf es der Ordnung im Verfassungsstaat, die man nicht herbeifilmen kann.
2. Neue Informationsnetze vermehren Freiräume und Freiheitsmöglichkeiten, aber die Informationsvermehrung übersteigt die Selektionsleistungen der Menschen. Tradierte Orientierungen werden aufgelöst, es wird schwieriger zwischen Nah und Fern zu unterscheiden, zwischen Wichtigem und Unwichtigem. Ein Relativismus der Normen des Zusammenlebens und eine Atomisierung von Gesellschaft ist zu befürchten.
3. Medienvernetzte Räume werden zentrumslos, der Ort der Politik wird bedroht. Talkshows und Internet-Surfen ersetzen nicht die Prozesse des Verfassungsstaates. Willkürliche und rasch wechselnde Medienmehrheiten und Teleabstimmungen können nicht die Rechenschaftspflicht der repräsentativen Institutionen des Verfassungsstaates ersetzen.
4. Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeit sind Modeworte von Demokratiepädagogen. Bürgerbeteiligung weckt Betroffenheit und Engagement, erzeugt aber keine Ordnungen und Systeme des Zusammenlebens. Die Kombination einer schönen Idee mit einer neuen Technologie ergibt noch keine neue Demokratietheorie (S. 5). Öffentlichkeit ist, wer sie macht und wer ihr beitritt. Hinter dem Nebelbegriff verbergen sich Mächte der Information, die für verbindliche Entscheidungen kein Mandat besitzen.
5. Die Globalisierung von Mediennetzen erzwingt nationalstaatliche Politik als Regulierungsinstanz. Der Staat hat den Bürger vor negativen Folgen zu schützen, nur der Staat ist verantwortlich und verantwortlich zu machen. Staatliche Regulierung sorgt für sozialen Frieden, der höher zu bewerten ist als die demokratische Mitbeteiligung mit und ohne Tele-Voting.
6. Das Neidprinzip wird aktualisiert zwischen den Informationsanbietern und den Informationsbenutzern und zwischen Wissenden und Unwissenden. Es kann nicht sein, daß nur der demokratiefähig ist, der im Internet surfen kann. Mehr Freiheit ist nicht mehr an Demokratie. Mehr Freiheit bedeutet mehr verbindliche Regeln durch den Staat.

Er kommt zum Schluß, daß im Zeitalter der Informationsgesellschaft der vermehrte Zugang zu Wissen die Notwendigkeit der institutionalisierten und repräsentativen Demokratie stärken wird, weil die globale Informationsgesellschaft mehr und nicht weniger staatliche Autorität erfordert.

Eine skeptische Position, die die aktuelle Mediennutzung durch die Multimedia-Generation berücksichtigt

Sarcinelli (1996) vertritt die These, daß im modernen elektronischen Zeitalter Politik immer stärker

- Legitimation durch mediale Kommunikation erzielen muß;
- dabei Anbieter auf einem Markt harter Konkurrenz ist und sich im
- Wettbewerb um Aufmerksamkeit befindet.

Medienpräsenz und Medienwirkung sind in das Interesse von Politik gerückt. Politik beachtet deshalb zunehmend, was öffentliche Wirkung erzielt und handelt oft danach (S. 14). Sarcinelli zufolge braucht Demokratie eine politische Führung, die gegebenenfalls auch gegen die veröffentlichte Meinung regiert. Mediale Beteiligung fällt für ihn nicht unter Legitimation durch Verfahren im Luhmannschen Sinne. Politische Bildung muß dazu beitragen, daß die mediale Politik-Szene nicht für die politische Wirklichkeit gehalten wird. Ein medienwirksamer übernationaler Aktionstypus war die Verhinderung der Versenkung der Ölplattform Brent-Spar auf dem offenen Meer durch Greenpeace. So ein politischer Aktionstypus kann zu demokratietheoretischen Problemen führen: Durch die Nutzung des modernen Medienprozesses entsteht eine neue, national und trans-national operierende Form politischer (Protest-) Kultur mit faktischer Vetomacht, die sich vorwiegend über ihre mediale Wirkung legitimiert (S. 14). Er warnt vor der Illusion einer medialen Greenpeace-Demokratie. Sarcinelli verweist auf die Ergebnisse der Mediennutzungs- und Wirkungsforschung gerade bei jungen Menschen:

- politische Informationen stellen eher ein Ausnahmephänomen dar;
- es findet eine hohe Nutzung auditiver Medien in Form eines Musikteppichs statt;
- Inhaltsauswahl und Lektüre haben hohe bildungsspezifische Zugangsbarrieren;
- die Gegenwartsjugend kann als Multimedia-Generation mit Informationsdiät bezeichnet werden.

Politikvermittlung muß diese Befunde berücksichtigen. Zwar haben Medien die Fähigkeit des Themensetzens, der Einfluß auf Einstellungen und Meinungen der Bürger ist deutlich geringer. Da Medienwirkungen von den Vorkenntnissen und Interessen, dem Grad der Involviertheit und dem sozialen Kontext abhängen, ist die Einübung von individueller Medienkompetenz eine immer wichtigere Aufgabe für Orientierung und Selektion. Der informierte Bürger bleibt eine Wunschvorstellung.

Eine offene auslotende Position, die Optionen und Vorbilder berücksichtigt

Leggewie (1996) sucht Antworten auf die Frage, wie im Cyberspace Demokratie, Öffentlichkeit und Technologie neu arrangiert werden kann. Zur Zeit ist computervermittelte politische Kommunikation richtungslos-emergent im Entstehen. Nur durch sorgfältige Analyse lassen sich Kriterien und Richtlinien für eine globale Kommunikationsinfrastruktur entwickeln, die den gut informierten Bürger stützen, für eine demokratische Telekommunikationspolitik sorgen und neue Medien demokratieverträglich macht.

Er geht von einer Krise der liberalen Demokratie aus, die darin besteht, daß die klassischen intermediären Instanzen (Parteien, Interessenverbände, elektronische und Printmedien, soziale Bewegungen) gesellschaftliche Strömungen und Ansprüche nicht mehr in das politisch-administrative System umsetzen können, demokratische Lebenswelt und repräsentative Institutionen driften auseinander.

Eine raum-zeitliche Verlagerung bei modernen Demokratien ist eingetreten. Außerhalb des Nationalstaats getroffene Entscheidungen greifen in die Rechte der Bürger ein, die Identität von Herrschaftsobjekt und Herrschaftssubjekt wird aufgelöst, der Bürger ist nicht mehr der Souverän. Entscheidungen greifen irreversibel in Rechte Nachlebender oder Stimmloser ein und hinterlassen unversöhnliche Minderheiten. Deshalb sind Reformen gefragt, Teledemokratie könnte eine sein. Leggewie fragt, ob computervermittelte politische Kommunikation die Chancen für Information additiv-komplemetär vermehrt, ob sie innovativ neue eröffnet oder substitutiv Bestehende verdrängt.

Er hält dem Kritiker entgegen, daß sie das Internet unterschätzen und in die gängige Kritik an elektronischen Bildmedien einreihen wie der Vorwurf der regressiven, tribalisierenden Wirkung oder der Trivialisierung und Entdemokratisierung des Politischen. Internet, so seine These, kann lokale Kommunikation verdichten und globale Kommunikation erweitern, ein weiterer Strukturwandel der Öffentlichkeit steht bevor.

Annahmen und Zielgrößen für die Zukunft

In diesem Aufsatz gehe ich von Annahmen für die Zukunft aus, die als Zielgrößen erst noch bestimmt und umgesetzt werden müssen. Von deren Existenz wird die demokratische Nutzung von Kommunikationsnetzen und -diensten durch die Bürger entscheidend abhängen. Diese Voraussetzungen überhaupt zu erreichen, wird schwierig genug sein:

- *Technischer Zugang*: Der Zugang zu Netzen muß privat und öffentlich möglich sein;
- *Bildungsmäßiger Zugang*: Die kommunikativen Voraussetzungen müssen vergleichbar mit der Bedienung z.B. eines Fernsehers sein;
- *Finanzieller Zugang*: Die Preise müssen bezahlbar sein vergleichbar zum Telefon;
- *Rechtlicher Zugang*: Netze und Anbieter dürfen nicht von Monopolen oder Oligopolen beherrscht werden.

Um überhaupt eine informationelle Grundversorgung der Bevölkerung herzustellen, müssen diese Zugangshürden geebnet werden. Nur so kann eine gesellschaftsweite, demokratische Nutzung in Gang kommen, die die politische Kommunikation um neue Möglichkeiten ergänzt. Deregulierung und das Hoffen auf Selbstregulation wird dabei als Steuerungsinstrument sicherlich nicht ausreichen. Da informationelle Grundversorgung Teil der Daseinsvorsorge ist, wird sie zur Aufgabe von staatlicher, also für alle verbindlichen Politik. Formen, Verfahren, Organisationen und Prozesse zur Steuerung müssen dazu neu geschöpft werden, ebenso muß der Gestaltungsraum für Politik gegenüber wirtschaftlichen Interessen erst noch durchgesetzt werden, wenn man das Internet nicht nur als globalen, digitalen Warenkorb, sondern auch zur politischen Kommunikation nutzen will.

Weitere Trends der gesellschaftlichen Entwicklung, die teilweise als Bedrohung aufgefaßt werden, kommen hinzu und machen Prognosen komplizierter, da keiner weiß, in welcher Qualität und Quantität sie eintreffen werden.

- Die Anforderungen an Qualifikationen zur Behauptung in der Lebens- und Arbeitswelt werden steigen. Daraus resultiert *ein steigender Anspruch an Bildung und Qualifizierung*. Arbeit, Arbeitnehmerstatus und Arbeitsplatz werden sich ändern (Green Paper 1996, Picot, Reichwald, Wigand 1996).
- *Konkurrenzbeziehungen* – für Produkte aber auch für Dienstleistungen – werden häufig nicht mehr ortsbegrenzt, also lokal, regional oder national auftreten, sondern *global*.
- Lokale Bindungen, die über die physische Nähe vermittelt werden, werden durch ortsunabhängige Bindungen – elektronische Peer Groups oder Magazine – ergänzt. Unmittelbare Erfahrungswirklichkeit wird kontrastiert mit medial vermittelter Realität (Ahrweiler 1996). Die Identifikation des Ichs mit physisch erfahrbaren Entitäten wird ergänzt durch neue *globale, vielschichtige Identifikationsmuster*, die einer Person unterschiedliche Rollen in unterschiedlichen virtuellen Netzwerken spielen lassen (Turkle 1995).
- Diese Globalisierung von Orientierung und Identifikation wird von einer gleichzeitigen *Individualisierung* begleitet, bei der *Einzelrationalitäten* statt Mehrheitsrationalitäten als Orientierungsrahmen des Individuums an Gewicht gewinnen werden.
- Eine *Fragmentierung* von langfristigen Orientierungen *in kurzfristige, wechselnde Orientierungsmuster* ist zu erwarten. Einzelrationalitäten unterstützen Prozesse der *Disorganisation*, das Aufsplitten von Organisationsstrukturen und -prozessen in flüchtige, kurzfristige eher instabile Formen und Verfahren. Durch den so hervorgerufenen notwendigen *höheren Grad an Selbststeuerung* wird es sicherlich schwieriger, sowohl aus einem akzeptierten Zentrum heraus wie auch für einen bestimmten Ortsbereich kulturelle Identifikationsmuster zu entwickeln und auf Basis einer konsensualen Legitimation zu steuern (Paetau 1996).

Weitere Annahmen und Trends werden die Zukunft in einer Weise prägen, die sicherlich jetzt nicht absehbar ist. Dennoch sind Visionen und Leitbilder notwendig.

Visionen und Leitbilder zur medialen Bürgerbeteiligung

Aus Sicht der Bürger ist zu fragen, was sich durch den Einsatz neuer, multimedialer Techniken und Anwendungen für politische Prozesse – (politische) Kultur, Informations-, Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse – und politische Organisationen – Governance Strukturen, politische Organisationen im vorparlamentarischen Raum, Massenmedien = öffentliche Meinung, Parteien, Stiftungen, Lobby etc. – und politische Institutionen – Parlamente – ändern kann.

Die Gefahren für die Bürger werden von Politikern und Wissenschaftlern schnell aufgezählt: Manipulation, Täuschung, Populismus, kurzfristiger Aktionismus statt langfristige Politik, Unmöglichkeit unpopulärer Entscheidungen, Lobbyismus, Druck von der Straße etc. Dabei wird oft unterstellt, daß diese Folgen direkter Partizipation für alle verbindlichen Entscheidungen gelten. Es läßt sich jedoch denken, daß in einzelnen Bereichen mit unterschiedlichen Rechten Interaktionsräume für politische Partizipation aufgeschlossen werden. Deshalb wollen wir hier einige positive Visionen als Gestaltungsoptionen vorstellen.

Quantitativ und qualitativ mehr Teilhabe des Bürgers an Politik auf allen Ebenen wird aus der Orts- und Zeitungebundenheit und der Interaktivität technisch möglich. Administrative Informationen sind einsehbar, man kann sie bewerten und kommentieren. Man kann Informationen in der Art umsetzen, daß sie zur eigenen Meinungsbildung taugen (Voss 1996).

Der *Raumbezug von Politik* wird sich verschieben. Neben den klassischen, verfassungsmäßig verankerten physischen Raumbezügen lassen sich prinzipiell neue Raumgrenzen definieren. Nach Wirtschaftskriterien werden schon ganz andere Einzugsräume diskutiert, warum nicht auch in der Politik? Neue Themenräumen lassen sich definieren, während bisher das Agenda-Setting, die Vorgabe des Themas und die Art und Weise der Behandlung hauptsächlich von Politik und Journalismus beherrscht werden. Der einzelne Bürger erhält die Option, eigene ihn interessierende Themenräume vorzugeben und öffentlich einer unbegrenzbaren Menge von Interessenten zur Verfügung zu stellen. Er besitzt so sein eigenes Massenkommunikationsmedium. Das Spektrum und die Behandlung von Themen könnte deshalb deutlich erweitert werden.

Die *Vermittlungs- und Wahrnehmungsformen* von Politik werden vielgestaltiger. Die klassische Vereinssitzung wird von vielgestaltigen Diskussionsforen abgelöst bzw. ergänzt werden können. Einflußmöglichkeiten zu Einzelentscheidungen in der Politik steigen. Parteiorganisationen schrumpfen zusammen zu Diskussionsgruppen im Netz. Das Monopol der Vermittlung von Politik, das Parteien, Politiker und Journalismus innehaben, wird durch Basisaktivitäten aufgebrochen werden können. Statt vorschnell auf Konsensbildung und Kanalisierung hinzuarbeiten, ermöglichen die neuen Formen von Politikvermittlung eine Diversifizierung zu einem reichhaltigen Bild von politischen und sozialen Tatbeständen. Die Wahrnehmungsmuster werden sich sicherlich auch verschieben. Die Möglichkeit zur Interaktivität gepaart mit anderen Kriterien zur Aufmerksamkeitserregung werden neue Formen fordern.

Die *Identifikation mit und Orientierung in der Gesellschaft* wird teilweise auch über diese Techniken erfolgen. Heute schon dient die eigene Home Page als Visitenkarte zur Welt. Die Tatsache, daß fast alle im Bundestag vertretenen Parteien versuchen, sich professionell im WWW präsentieren, deutet auf die zu erwartende Relevanz als Marketinginstrument hin, mit dem Bewußtsein und Image kreiert wird. Die Möglichkeiten, selbst Themen vorzugeben, nach deren Bewertung z.B. innerhalb einer Gemeinschaft zu fragen und dann die eigene Meinung dazu zu definieren, ist eine neue Option. Neue Identifikationsräume- und Artefakte sind zu erwarten, was sicherlich zu einer Vervielfältigung von Meinungen und Meinungsträgern (auch Parteien) führen wird.

Willensbildungsprozesse werden sich verändern, nicht nur, weil der Zugang zu Informationen örtlich und zeitlich nicht eingeschränkt zu sein braucht. Dokumente aus parlamentarischen Prozessen, veröffentlichte Planungsunterlagen sind zugänglich. Hinzu kommt eine völlig neue Qualität an Möglichkeiten zur Verifikation von Informationen. Man kann aktiv nach Sachverhalten fragen, man kann die eigene Meinung veröffentlichen und um Gegenmeinungen bitten. Informationen sind auf ihre Authentizität hin überprüfbar, Informationen sind für den Bürger selbst generierbar und verteilbar, ein Privileg, das bisher nur wenigen zustand. Aktives Lobbying ist individuell möglich, es entsteht eine neue Freiheit zu koalieren, ohne auf die bisherigen Mediatoren angewiesen zu sein. Die Entkoppelung von Rechten und Pflichten durch Anonymität in einem Willensbildungsprozeß kann z.B. helfen, Manipulationen auszugrenzen. Eine gesichtslose Teilnahme fördert sicherlich die Offenheit der Diskussion.

Politische Entscheidungsprozesse sind in Deutschland im Regelfall der aktiven Teilnahme des Souveräns entzogen. Um dies zu legitimieren, wird große wissenschaftliche Kraft aufgewandt. Eher stiefmütterlich werden Vorschläge behandelt, Teilnahme der Bürger an Entscheidungsprozessen zu vergrößern. Ein Erfolg diesbezüglich war u.a. die Einführung der Direktwahl der Bürgermeister in Nordrhein-Westfalen und die Einführung von Bürgerentscheiden (Jung 1995). Personal- und Sachentscheidungen könnten in Zukunft differenziert werden, z.B. in Gegenstände direkter oder repräsentativer Entscheidung. Die repräsentative Demokratie ließe sich ergänzen um Elemente einer partizipatorischen Demokratie. Direkte Entscheidungen werden technisch einfach zu realisieren sein. Hier sind viele Optionen offen. Wer hat eigentlich Angst vor der Mehrheitsmeinung der Bürger? Muß die heutige informationelle Einbahnstraße zwischen Regierung und Bürger wirklich aufrecht erhalten werden?

Ein *Funktions- und Formwandel von politischen Organisationen* ist zu erwarten, da das Vermittlungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsoligopol sich stärker ausdifferenzieren wird und diese Organisationen Konkurrenzen erhalten werden. Sie werden sich am Markt behaupten müssen. Der Bürger im Jahre 2005 wird vielleicht keine eindeutige Parteibindung mehr haben, sondern sich ökologisch für eine ökologiezentrierte Partei, wirtschaftlich für eine wirtschaftszentrierte und sozial für eine sozialorientierte Partei im Einzelfall entscheiden wollen und auch können. In Zukunft kann der Bürger vielleicht mit seinem Netzzugang als Einkaufswagen durch einen politischen Supermarkt gehen, und

das einkaufen, was ihm aus der Vielfalt der Angebote gefällt. Die Entscheidung wird er – wie heute – nur begrenzt vom Herstellernamen und Image abhängig machen.

Fazit

Partizipatorische Demokratie wird mit unterschiedlichen Argumenten kritisiert: Das Normative herrsche vor, es läge ein zu optimistisches Menschenbild zugrunde, die Gefahr von Mehrheits- oder Minderheitsdiktaturen sei gegeben, eine Destabilisierung durch Übermobilisierung sei zu befürchten, sie sei eindimensional (vgl. Schmidt 1995, 174). Direkte Demokratie erfordere physische Präsenz, eine Verknüpfung von Rechten und Pflichten sei bei anonymer Beteiligung nicht möglich, es komme zu einem gesichtslosen politischen Dialog. Oft werden im Zusammenhang mit dieser Kritik die bestehenden politischen Verfahren und Institutionen zum Optimum des Erreichbaren mystifiziert, das bewahrt werden muß.

Man könnte auch behaupten, es handele sich um puren Politikromantizismus: Wir reaktivieren die Agora, die Town Hall Democracy, das germanische Thing entgegen allen Vorstellungen von Parteiendemokratie als organisatorische Notwendigkeit einer demokratischen Massengesellschaft, die Steuerbarkeit und Konsensbildung nur durch repräsentativ gewählte Körperschaften zu garantieren scheint. Wir verlassen den Fraktionenparlamentarismus und überholen auf dem Weg zurück in die Geschichte das altliberale Honoratiorenparlament und springen dann direkt in die direkte Thingdemokratie als Selbstverwaltungsprinzip einer bäuerlichen Stammesgesellschaft.

Es gibt kein Rad der Geschichte, das sich zurückdrehen läßt. Es gibt Transformationsprozesse, die zu erkennen, diskutieren, bewerten und gestalten sind. Dazu gibt es keine Alternativen, wenn man sich nicht treiben lassen will. Mit einer Gestaltung muß aber heute begonnen werden, wenn sie noch irgend etwas bewirken soll (Glotz 1995). Um zu gestalten, braucht man Visionen und Leitbilder für die Zukunft und einen gesellschaftlichen Diskurs darüber. Daraus folgt, daß neue Medien auch neuen Umgang mit ihnen erfordern. Die Möglichkeiten, die die neuen Medien eröffnen, werden nur dann demokratisch genutzt werden, wenn der Umgang mit ihnen auf neue Fähigkeiten trifft, sie anzuwenden. Dazu gehören das Sehen (Bild ist nicht Realität), Interpretieren (Meinung bilden statt übernehmen) und selbstverantwortliches Handeln. Die Optionen sind da.

Literatur

Ahrweiler, Petra: *Unmittelbar gegebene Erfahrungswirklichkeit versus medial vermittelte Realität: Verändern KI-Techniken Unterscheidungen zwischen Erfahrungs- und Medienrealität?* In: Becker, Lischka, Wehner (1996), S. 7–15

Baron, Waldemar M.: *Technikfolgenabschätzung. Ansätze zur Institutionalisierung und Chancen der Partizipation.* Westdeutscher Verlag 1995.

Batinic 1996 = http://www.psychol.uni-giessen.de/~Batinic/survey/fra_andr.htm

Becker, Barbara, Christoph Lischka, Josef Wehner (Hrsg.): *Kultur – Medien – Künstliche Intelligenz.* GMD-Studien Nr. 290 Sankt Augustin 1996.

Bulmahn, Edelgard et al. (Hrsg.): *Informationsgesellschaft – Medien – Demokratie. Kritik – Positionen – Visionen.* BdWi-Verlag Marburg 1996.

Decker, Horst, Wolfgang R. Langenbucher, Günther Nahr: *Die Massenmedien in der postindustriellen Gesellschaft. Konsequenzen neuer technischer und wirtschaftlicher Entwicklungen für Aufgaben und Strukturen der Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland.* Verlag Otto Schwarz Göttingen 1976.

Drake, William J. (ed.): *The New Information Infrastructure: Strategies for U.S. Policy.* Twentieth Century Fund New York 1995.

Peter Glotz im Vorwärts 9/95, S. 14.

Green Paper: *Living and Working in the Information Society: People First.* Brussels 1995, COM(96) 389 final.

Hauff, Volker: *Kommunikation, Technologie, Bürgernähe* In: Lohmar, Lichtenberg (Hrsg.): Gutenbergs Erben – Die Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg zur Informationsgesellschaft. Bonn 1986, S. 79–88.

Hoffmann-Riem, Wolfgang: *Von der Rundfunk- zur Multi-Medienkommunikation – Änderungen im Regulierungsbedarf.* In: Kubicek et al. (1995), S. 101–111.

Hölzer, Wilfried: *Gewerkschaften und Datennetze.* In: Bulmahn et al. (1996), S. 286–293.

Hülsmann, Stefan W.: *Minderheiten und das InterNet.* In: Bulmahn et al. (1996), S. 294.

Informationsgesellschaft – Chancen, Innovationen und Herausforderungen. Feststellungen und Empfehlungen. BMBF (Hrsg.) Bonn 1995. http://www.dir.de/bmbf

Ishii, Kei: *Regularien im Internet. Über Strukturen eines Computervermittelten Kommunikationsmediums.* Diplomarbeit am Fachbereich Informatik, Berlin 1995. http://www.cs.tu-berlin.de/ ig/DA/IR/index.html

Johnson, Deborah G.: *Democracy and the Global Information Infrastructure.* In: Mayr (1996), S. 17–32.

Jung, Otmar: *Direkte Demokratie: Forschungsstand und Forschungsaufgaben* 1995. In: ZParl, Heft 4/95, S. 658–677.

Krauch, Helmut: *Computer Demokratie.* Düsseldorf 1972.

Kubicek, Herbert: *Telematik – Zurück zu den Strukturen des Frühkapitalismus.* In: Steinmüller, Wilhelm (Hrsg.): Verdatet und vernetzt: sozialökonomische Handlungsspielräume der Informationsgesellschaft. Fischer Verlag Frankfurt am Main 1988.

Kubicek et al. (Hrsg.): *Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft.* Band 2, 1994. Müller Verlag Heidelberg 1994.

Kubicek et al. (Hrsg.): *Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft. Multimedia – Technik sucht Anwendungen.* R. v. Decker Verlag Heidelberg 1995.

Kubicek, Herbert: *Die soziale Dimension der Neuen Medien als politische Herausforderung.* In: Kubicek et al. (1995), S. 54–66.

Kubicek, Herbert, Wolfgang Taube: *Auf dem Weg zu informativen Informationssystemen: Inhalte, Organisation und Technik am Beispiel eines Stadtinformationssystems.* In: Mayr (1996), S. 465–484.

Kühnhardt, Ludger: *Wieviel Bytes verträgt der Staat?* MS. Referat gehalten auf dem Petersberg 9.9.1996.

Langenheder, Werner, Gerd Müller, Britta Schinzel (Hrsg.): *Informatik cui bono?* Springer Verlag Berlin u.a. 1992.

Leggewie, Claus: *Netizens oder: der gut informierte Bürger heute – Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit.* MS. o.O. 1996.

Liedtke, Bernd H.: *Das Bürgeramt aus Bürgersicht: Erfolgskontrolle; Auszug aus der Projektdokumentation.* Sankt Augustin: GMD 1989. Arbeitspapiere der GMD 411.

Lutterbeck, Bernd: *Empirie des Internets.* In: Bulmahn et al. (1996), S. 174–178.

Mambrey, Peter, Michael Paetau, August Tepper: *Technikentwicklung durch Leitbilder. Neue Steuerungs- und Bewertungsinstrumente.* Campus Verlag. Frankfurt am Main, New York 1995.

Masolle, Johannes: *Auf dem Weg zum Digitalen Offenen Münster – D.O.M.* In: Bulmahn et al. (1996), S. 276–278.

Mayr, Heinrich C. (Hrsg.): *Beherrschung von Informationssystemen.* Tagungsband der Informatik '96. Oldenbourg Verlag Wien München 1996.

Miller, Steven: *Civilizing cyberspace: policy, power, and the information superhighway.* Reading, Mass. et al. Addison-Wesley ; New York, NY 1996.

Paetau, Michael: *Informationsgesellschaft, Kommunikationsweise und sozialer Raum.* In: Becker, Lischka, Wehner (1996).

Parpart, Uwe: *Offene Kanäle.* In: Bulmahn et al. (1996), S. 341–346.

Picot, Arnold, Ralf Reichwald, Rolf T. Wigand: *Die grenzenlose Unternehmung. Information, Organisation und Management.* Gabler Wiesbaden 1996.

Rand Corp. 1995 = http://www.rand.org/publications/MR/MR650/mr650.ch7/ch7.html

Robinson, Kenneth: *Telekommunikationspolitik der Clinton-Administration: Die ersten Jahre.* In: Kubicek et al. (1995), S. 36–53.

Rupp, E. (Hrsg.): *Informations- und Kommunikationstechnologien: Kabelfernsehen-Nutzungsmodell; VTM, Variables Telekommunikationsmodell für randstädtische Großsiedlungen.* Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen – Programm Angewandte Systemanalyse. Köln 1977.

Sarcinelli, Ulrich: *Neue Herausforderungen für die Politische Bildung: Die Informations- und Mediengesellschaft.* In: dialog juni '96, S. 14–15.

Schmidt, Manfred G.: *Demokratietheorien. Eine Einführung.* Leske und Budrich Opladen 1995.

Turkle, Sherry: *Life on the Screen. Identity in the Age of the Internet.* Simon & Schuster New York et al. 1995.

Ulrich, Otto: *Computer, Wertewandel und Demokratie.* In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 25/84, S. 14–25.

Voss, Hans: *Mehr Transparenz und Demokratie in Planungs- und Mediationsverfahren mit ZENO.* In: Bulmahn et al. (1996), S. 279–285.

Wetzstein, Thomas A.: *Informelle Aneignung von Computernetzwerken. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung.* In: Kubicek et al. (1995), S. 124–139.

Interview mit Dr. Manuel Kiper

Forschungs- und postpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen

FIfF-Ko: *Welche Aspekte sind Ihnen bei der Gestaltung der Informationsgesellschaft wichtig, wo sehen Sie Gefahren?*

M. Kiper: Um es pauschal zu sagen: Es geht mir um die ökologische, soziale, demokratische und partizipative Gestaltung der neuen Technologien. Die stoffliche Seite muß ergrünen, angefangen von der Modulbauweise, Strahlungsarmut usw. bis zur Elektronikschrottverordnung. Telearbeit, Outsourcing, strukturelle Arbeitslosigkeit hier und global sourcing durch IuK-Technologien können nicht einfach sozialdarwinistisch hingenommen werden, sondern bedürfen regulierender Rahmenbedingungen. Soziale Pufferung ist nicht nur für die Ausgegrenzten nötig, auch Unternehmensgründungen bedürfen flankierender Maßnahmen, ungleicher Zugang zu den Informationen muß kompensiert werden. Die Position der VerbraucherInnen muß gestärkt werden. Also: die Chancen und Risiken von IT müssen sozial austariert werden. Unter dem Stichwort Demokratie geht es mir vor allem um Datenschutz, Schutz der Persönlichkeitsrechte, Datensicherheit, Abwehr von geheimdienstlicher und sonstiger Schnüffelei, natürlich Meinungsfreiheit im Internet u.a. Eine Bemerkung noch zur Partizipation: Wir müssen wegkommen vom Ausstattungsdenken zum Projektdenken, in den kommunalen Einrichtungen, in den Schulen, Bibliotheken, Stadtteilzentren. Nur so kriegen wir die Medienkompetenz, können auch die Leute von 30 aufwärts einbezogen werden.

Frank Helten

Demokratie und Internet?

I. Vage Antworten auf drei Fragen

Stellen wir eine Frage: Ist das Internet gut für die Demokratie? Stellen wir eine weitere Frage: Soll mehr Macht direkt vom Volke ausgehen? Und die dritte Frage: Warum laufen so viele Entwicklungen am Parlament vorbei?

Auf die erste Frage wurde im September 1996 auf einer internationalen Konferenz des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung zum Thema: „Macht Information" die lapidare und deshalb nicht falsche Antwort gegeben: „Kommt drauf an".

Dies deutet an, daß es wie bei jeder neuen Technologie nicht nur Chancen, sondern auch erhebliche Havarien geben kann. Davor kann auch eine qualifizierteTechnikfolgenabschätzung kaum schützen. Sie könnte aber darüber aufklären, daß das Internet nicht nur ein „gefährlicher Ort" ist, sondern auch benennen, welche Weichenstellungen angeraten wären, um das demokratische Potential des Internets zu entfalten. Vermutlich wäre das Ergebnis einer solchen Prüfung, daß wir die neuen – durch das Internet ermöglichten – Informationsweisen samt ihrer Wechselwirkungen mit demokratischen Prozessen in einem groß angelegten sozialen Experiment aushandeln und erfahren müssen. Und hier liegt auch der zentrale Ansatzpunkt für den demokratischen Gebrauchswerts des neuen Mediums. Das Internet kann geformt und modelliert werden. Insofern läßt sich das lapidare „kann sein" präzisieren: Unter der Voraussetzung, daß das Internet zu einer allgemein zugänglichen, alltäglichen Plattform umgestaltet wird, wird es auch gut für die Demokratie sein.

Bleibt als weitere Frage, ob sich unter den derzeitigen soziopolitischen Bedingungen dieses Ziel auch erreichen läßt. Auf diese Frage wurde neulich unter Hinweis auf Kontroll- und Kommerzialisierungszwänge eine eher skeptische Antwort gegeben. Auch die Zahl der Netzteilnehmer wächst nur langsam. Mittelfristig wird das Internet in Deutschland kein Massenmedium sein. Und ob die Verheißungen des BM für Wissenschaft und Forschung mit dem Wortlaut:

> *„Unsere Demokratien sind darauf angewiesen, daß niemand den Anschluß an den Wissensfluß verliert und jeder die Chance bekommt, die vorhandenen Mitbestimmungsmöglichkeiten zu nutzen. Es darf keine Zwei-Klassen-Gesellschaft geben: die Angeschlossenen der Informationsgesellschaft und die Ausgeschlossenen, die nicht mehr mitkommen"*

Wirklichkeit werden, ist aufgrund der engen finanziellen Ressourcen fragwürdig.

Für die Antwort auf die zweite Frage, die eine basisdemokratische Forderung thematisiert, gilt, daß eine repräsentative bzw. Parteien-Demokratie, die gegebenenfalls durch Volksentscheide ergÄnzt wird, immer noch ein angemessenes und gerechtes Modell ist, um den Willen des Volkes umzusetzen. Gleichwohl ließen sich hier einige Bedenken anbringen, die z.B. verdeutlichen, daß die Parteien bzw. die Volksvertreter nicht wissen, was die Bevölkerung bewegt. Dies ist ein ernstzunehmendes Informations- und Kommunikationsdefizit. Möglicherweise verbirgt sich dahinter auch ein Glaubwürdigkeitsproblem. Dafür würde die immer geringer werdende Wahlbeteiligung und die sog. Politikverdrossenheit sprechen. Unabhängig davon muß es jedoch verwundern, daß in der aktuellen Anfangsphase einer Informationsgesellschaft ganze Bevölkerungsgruppen davon ausgehen müssen, daß ihre Bedürfnisse nicht bekannt sind. Und dann wäre es vielleicht sinnvoll, noch einmal die Frage zu diskutieren, ob aufgrund der veränderten Mitteilungsmöglichkeiten, die uns das Medium Internet bieten könnte, basisdemokratische Formen gefördert werden sollten. Denn wenn es stimmt, daß die Bevölkerung weiß, was sie will, dann kann sie dies ihren gewählten Vertretern direkt mittei-

FIfF-Ko: *Welche Bedeutung hat das Thema „Infobahn" bei ihrer Partei bzw. Fraktion?*

M. Kiper: Vor zehn Jahren war das bei uns reine Abwehrpolitik, Boykott von Computern. Jetzt wollen Partei wie Fraktion IuK-Technologien politisch gestalten. Das ist seit dem Mainzer Parteitag vom Frühjahr 96 fast einstimmig. Aber die neuen Ansätze, Technologie-, Wirtschafts- und Sozialpolitik miteinander zu verschränken, sind erst zarte Pflänzchen. Technologiepolitik ist bei Grün vorrangig noch Abwehrpolitik – gegen Atomspaltung, gegen Gentechnik. Da sind die politischen Botschaften und Signale klarer. Bei den anderen Technologien, gerade auch IT, muß stark differenziert werden. Die intime Kenntnis wird deshalb einigen wenigen Experten überlassen. Die Begeisterung hält sich in Grenzen. Diese technologische Modernisierung, unter den genannten ökologischen, sozialen, demokratischen Prämissen gehört noch nicht zum Identitätskern grüner Politik. Leider.

FIfF-Ko: *Welche Erfahrung haben Sie bei der Nutzung des Internets gemacht, die Sie für demokratieförderlich halten? Hat das Ihre politische Arbeit beeinflußt?*

M. Kiper: Ich selber nutze das Internet wenig. Vor allem lasse ich nutzen. Meine persönliche Erfahrung ist die, daß Kommunikation international sehr erleichtert wird. Zum Teil kommen wir auch an wichtige Informationen leicht ran. Aber nur, wenn die jemand einspeist. Zum Teil dauerte mir das aber auch zu lange, wegen zu geringer Netzkapazitäten. Andererseits gehen mit unseren Expertenzirkeln jetzt mehr und mehr zur Netzkommunikation über. Da können sich in die Erarbeitung von Positionen tatsächlich mehr Leute kurzfristig einschalten. Das Internet kann also technologisch unsere Vorstellungen von Basisdemokratie tatsächlich unterfüttern.

FIfF-Ko: *Welche Entwicklungen auf dem Internet und in der Politik können Ihrer Ansicht nach der Demokratie Schaden zufügen?*

M. Kiper: Ich fange mal bei uns Grünen an: Wir betreiben mit dem Internet eine Politikbeschleunigung, die andere tendenziell ausschließt, die in unser Kommunikationsnetz nicht reinpassen. Da müssen wir auch mit unserer parteiinternen Demokratie aufpassen. Vor allem läuft ja jetzt aber unter dem Stichwort Porno & Co so eine Saubermachkampagne, die ganz gefährlich wird für Meinungsfreiheit. Die Staatsanwälte legen die Provider lahm. User werden abgehängt. Zum Schutz vor Porno und der Mafia werden Datenverschlüsselung behindert, Zensurinstanzen etabliert, die dritte Leitung für Polizei und Geheimdienste etabliert. Statt Kommunikation übers Internet wachsen Kommerz und Kontrolle. Das Telekommunikationsgesetz und das geplante IuK-Dienste-Gesetz müßten also demokratisch aufgepeppt werden. Der Wind von Kohl und Kanther wehen uns aber kalt ins Gesicht.

len. Es müßte dann „nur" eine adäquate Kommunikationsform gefunden werden, um zu verhindern, daß Politiker die dann vielleicht zu erwartenden Informationsfülle nicht bewältigen und dies als Begründung nennen, warum sie nicht problemangemessen handeln. Ich unterstelle bei dieser optimistischen Antwort vielleicht zu unrecht, daß die Benutzung des Mediums Internet nur noch geringe schicht- und geschlechtsspezifische Zugangsfilter haben wird.

Und die dritte Frage? Liegt es an der Schwäche der Opposition respektive an der Stärke der Koalition oder gar des Kanzlers, daß das Parlament in der Vergangenheit einen Machtverlust hinnehmen mußte? Trifft es zu, daß das Finanzkapital und nicht die gewählten Vertreter die Gangart des parlamentarischen Prozesses bestimmt? Schwer zu beurteilen. Oder ist die Politik gewissermaßen verhäuslicht und privatisiert worden, da sie als „Kanzlerrunde" stattfindet?

Festzustellen ist nicht nur eine Privatisierung der Politik und eine graduelle Entmachtung des Parlaments, sondern zugleich eine stärkere Durchsetzung bundesstaatlicher und global begründeter Politik auf regionaler und kommunaler Ebene. Auch dies läuft darauf hinaus, daß die demokratischen Spielräume enger werden. Man kann dann weiter fragen, ob ein neues Medium, das bessere Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten bietet, Abhilfe schafft, indem es die wachsende Einflußnahme des Bundes oder sog. globaler Akteure transparent und öffentlich macht und so die Chancen erhöht, daß die Privatisierung der Politik eingeschränkt, die Macht des Finanzkapitals oder einflußreicher Lobbyisten und Interessenverbände zurückgedrängt wird.

Wir halten fest: Die repräsentative Demokratie wird hochgeschätzt, aber sie ist ein bißchen in die Jahre gekommen und zeigt hin und wieder Schwächen, die in der politischen Arena Anlaß sind, die Spielregeln etwas zu verändern und Politik zu privatisieren. Eine Reanimation der politischen Öffentlichkeit, die zugleich den bundesstaatlichen Anspruch auf der regionalen und kommunalen Ebene begrenzt, wäre daher wünschenswert und – so könnte man optimistisch hinzufügen – aufgrund der medialen Möglichkeiten auch vorstellbar. Eine Verstärkung der Spielarten direkter Demokratie könnte daher nicht schaden. Das Internet könnte dabei eine unterstützende und ergänzende Rolle spielen.

II. Erwartungen und Einschätzungen

Die Erwartungen, die bestehenden Schwächen der parlamentarischen Demokratie durch eine Verbesserung von Informations- und Kommunikationsflüssen zu eliminieren, lassen sich u.a. auch historisch begründen. Politische Systeme – mithin auch Demokratien – werden und wurden immer auch durch die jeweils aktuellen Massenmedien beeinflußt. Das Internet ist ein Massenmedium mit einer besonderen Qualität: es schließt alle anderen vorgängig ausdifferenzierten Medien ein. Es kann Meinungsbildung ebenso unterstützen wie es zur Entscheidungsfindung benutzt werden könnte. Im aktuellen amerikanischen Wahlkampf wird das Internet zur Wählermobilisierung ebenso eingesetzt wie zu einer Art politischen Mobbings: dem politi-

Interview mit Jörg Tauss

Mitglied der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien" und SPD-MdB

FIfF-Ko: *Welche Aspekte sind Ihnen bei der Gestaltung der Informationsgesellschaft wichtig, wo sehen Sie Gefahren?*

J. Tauss: Gefahren sehe ich darin, daß sich die Diskussion auf ökonomische Aspekte reduziert. Eine Debatte darüber, wohin wollen wir, was könnte das Ziel sein, wie können wir Weichen stellen, daß die positiven Aspekte schneller zum Durchbruch kommen, also der notwendige gesellschaftspolitische Diskurs, kommt m. E. noch viel zu kurz.

FIfF-Ko: *Welche Bedeutung hat das Thema „Infobahn" bei ihrer Partei bzw. Fraktion?*

J. Tauss: Es ist noch immer ein „Minderheitenthema". Die einen reden über Kryptografie und Steganografie, die anderen fragen, was das eigentlich ist oder soll. Ich habe kaum ein Thema im politischen Raum erlebt, bei dem der Kenntnisstand über Probleme so weit auseinanderging wie beim Thema „Informationsgesellschaft". Dies hat sich in einem Jahr allerdings stark gebessert.

Aber da zu viele Abgeordnete und führende Leute in der Politik noch immer keinen PC bedienen können und wollen, damit selbst als Forschungsminister sogar noch „ungestraft" kokettieren können, gibt es auch noch keinen durchgängigen politischen Diskussions- und Meinungsbildungsprozeß. Mit dem SPD-Antrag (Thierse/Tauss) „Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft" und der Einrichtung einer Projektgruppe sind wir aber jetzt in der Fraktion immerhin ein gutes Stück weiter.

Befriedigend ist die Debatte aber noch keineswegs, zumal sich zeigt, daß die Fraktion mit diesem Stand schon weiter ist als die Partei, in der Medienpolitik unverändert vor allem als Neben- oder Ländersache für einige Rundfunkfreaks und gegebenenfalls noch als Standortpolitik begriffen wird. Das ist äußerst wichtig, kann es für Sozialdemokraten dann aber nicht schon gewesen sein.

sche Gegner werden permanent unangenehme Fragen gestellt.

Erste Einschätzungen zum Thema Demokratie und Internet lassen erkennen, daß der Beitrag des Internets eher auf dem Feld der Meinungsbildung gesehen wird, könnte doch das Internet den Zugang zu wichtigen Informationen erleichtern und beispielsweise durch elektronische Akteneinsicht dazu beitragen, politische Absichten zu hinterfragen.Voraussetzung hierzu ist der politische Wille, die Aktenschränke der öffentlichen Verwaltung erst einmal zugänglich zu machen. Ob das angesichts der realen Macht der Bürokratie gelingt, ist eher zweifelhaft.

Umgekehrt könnten dann die politischen Akteure die Vielfalt des Internets nutzen, um Politik so problemangemessen und informiert zu gestalten, daß das Wohle des Volkes gemehrt und Schaden von ihm abgewandt wird. Und hier tauchen eine Fülle wichtiger Fragen auf, die erst beantwortet werden müßten, bevor weitere Aussagen zur Handlungs- und Politikrelevanz des Internets artikuliert werden können: Wissen wir, ob und wie Volksvertreter das Internet nutzen? Wissen wir, wie die Parteien das Internet nutzen? Kennen wir die Handlungs- und Informationsweisen der Politiker und Bürger, wenn das Internet zu politischen oder demokratischen Zwecken genutzt wird bzw. werden kann? Und: Welche Informationen können wir über das Internet bekommen? Tragen diese Informationen dazu bei, Kommunikationsformen zu gewinnen, die einen qualitativen demokratischen Sprung ermöglichen?

Man wird diesen Fragenkatalog nur in einem umfangreichen Forschungsprogramm abarbeiten können. Um schon heute einige mögliche Tendenzen aufzuzeigen, ist es sinnvoll, unter einigen Internetadressen nachzuschauen, was zum Thema Politik und Demokratie angeboten wird. Ansatzweise wird damit die jüngst aufgeworfene Behauptung angetestet, das Internet könne keine neue Form der demokratischen Öffentlichkeit kreieren, sondern bestenfalls bestehende Öffentlichkeiten optimieren. Dies wäre ja immerhin ein Vorteil und könnte die oben gemachte Feststellung präzisieren, daß das Internet tatsächlich gut für die Demokratie ist.

III. Ein kurzer Streifzug zur Erkundung der optimierten Öffentlichkeit

Es wird der Versuch unternommen, einige der Informationsschätze und Partizipationsmöglichkeiten zu entdecken, die im Netz nur darauf warten, aktiviert zu werden. Dieser Versuch wird vorbereitet und ergänzt durch Berichte in Tageszeitungen und Wochenzeitschriften zum Thema Politik, Demokratie, Informationsgesellschaft und Internet. Ich konzentriere mich auf drei Ebenen: Bund, Länder und Kommunen.

Bund

Die Bundesregierung mit Bundesministerien und Bundespresseamt sind im Internet seit einigen Monaten vertreten. Auf dem Bildschirm erfährt man die Lebensläufe (mit Foto) des Kanzlers und der MinisterInnen sowie die Namen der Staatssekretäre, Regierungserklärungen, Regierungsberichte, Reden des Kanzlers und der MinisterInnen, Aufgaben der jeweiligen Ämter und Ministerien. Der Internetnutzer kann Veröffentlichungen abrufen und sich über die sonstigen Aktivitäten der Ministerien informieren.

Über e-mail sind Kanzler und Ministerien erreichbar. Inwieweit sich dadurch ein demokratischer Dialog ergibt, kann noch nicht beurteilt werden, zumal auf dieser Ebene keine Diskussionsforen und Newsgroups entdeckt wurden.

FIfF-Ko: *Welche Erfahrung haben Sie bei der Nutzung des Internets gemacht, die Sie für demokratieförderlich halten? Hat das Ihre politische Arbeit beeinflußt?*

J. Tauss: Meine politische Arbeit hat sich durchaus verändert, weil sich der Kreis von Leuten, mit denen ich kommuniziere und diskutiere, sehr stark ausgeweitet hat. Ich sage auch immer – und da bricht mir kein Zacken aus der Krone –, daß mir in meinem Arbeitsbereich auch sehr viel Kompetenz zugeflossen ist. Die inhaltlichen Anforderungen sind erheblich gewachsen. Die direkte Kommunikation halte ich für unglaublich wichtig, gerade was die weitere Entwicklung anlangt.
Das Verschwinden von Politik in der Unterhaltung, die mit der Abdankung des politischen Journalismus einhergeht, wie es Fritz Wolf treffend auf den Punkt gebracht hat, könnte mit diesem neuen Medium mindestens abgebremst werden. Ich erhoffe mir, daß die Möglichkeiten des Internet neue Formen politischer Information, Kommunikation und Partizipation hervorbringen. Das muß auch Ziel sein.

FIfF-Ko: *Welche Entwicklungen auf dem Internet und in der Politik können Ihrer Ansicht nach der Demokratie Schaden zufügen?*

J. Tauss: So wie mit jedem Werkzeug Schaden angerichtet werden kann, ist auch beim Internet die Frage, was man damit macht. Mit dem Hammer kann ich ja auch friedlich Nägel klopfen oder Menschen umbringen. Die Globalisierungsproblematik ist nicht mit dem Internet entstanden, kann sich aber damit noch verschärfen. Die Frage der Datensicherheit muß schnell gelöst werden. D. h. dann aber beispielsweise – ohne wenn und aber – ja zu Krypto und gegen Kryptoregulierung. Wenn der Staat an Bedeutung verliert, stellt sich übrigens ganz „nebenbei" die Frage nach dessen Rolle und Legitimierung mit allen möglichen Folgen neu.
Wie können Gesetze im nationalen Rahmen noch durchgesetzt werden? Muß sich der Staat darauf beschränken, den Menschen Instrumente zur Eigensicherung zur Verfügung zu stellen? Wie entwickelt sich der Rechtsstaat, wenn ich erklären muß, daß leider gewisse Formen der Kriminalität nicht geahndet werden, weil das Delikt in einem anderen Staat, in einem anderen kulturellen Umfeld erfolgt? Diese Fragen erfordern schnell schlüssige Antworten der Politik.

Immerhin begeisterte sich der Justizminister: „Ich habe über E-Mail mit den interessantesten, aber auch verrücktesten Leute korrespondiert. Viel dummes Zeug kam da zusammen, aber auch höchst lohnende Dinge. Information ohne Grenzen ist für eine Liberalen etwas Wunderschönes."

Die sich hier ausdrückende Ambivalenz in der Beurteilung der Informations- und Kommunikationsqualität findet sich stärker ausgeprägt in den eher skeptischen bis ironischen Kommentaren zur Ausformung der neuen medialen Öffentlichkeit, den „staatstragenden Seiten im Internet". Hervorgehoben wird, daß das Surfen im Netz den Cyberdemokraten zu „gesammelten ministeriellen Worthülsen im Internet" führt und daß die „Bundespolitik (...) im Netz vor allem Antworten auf Fragen (gibt), die niemand gestellt hat." „Symbole" – so wird in einer Reportage zur Politik im World Wide Web weiter kommentiert, „sind das Wichtigste", und auch die staatstragenden Parteien bieten „offenbaren wenig Brauchbares".

Gleichwohl wird auch festgehalten, daß sich intensives Suchen lohnen kann, denn dann „stößt (man) auf interessante Inhalte", so z. B. auf die informative Entschließung von SPD-Bundestagsabgeordneten mit dem Titel: „Deutschlands demokratischer Weg in die Informationsgesellschaft" und erfährt dabei – en passant –, daß es ein Pilot-Projekt zu „Abgeordneten im Internet" ebenso gibt wie erste Ansätze einer Diskussion zum Thema „Mehr Demokratie durch das Internet" seit Mitte 1996. Hier stellte Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin die Frage: „Kann das Medium Internet die Partizipations-Demokratie fördern und damit zur Verankerung und zur Stabilisierung von Demokratie und Zivilgesellschaft beitragen? Oder wird es – im Gegenteil dazu – die Tendenz zur TED – und damit zur sogenannten Stimmungsumfragen-Demokratie beschleunigen?"

Ein Blick in den auch im Internet verfügbaren BMWI-Report: „Die Informationsgesellschaft" war allerdings insofern enttäuschend, als Aussagen zum Thema Demokratie und Internet fast vollständig fehlen. Vorläufig ergibt sich also ein bescheidenes Bild hinsichtlich einer optimierten Öffentlichkeit. Es deutet sich an, daß vorhandene Informationen schneller zugänglich gemacht und das neue Formen der Diskussion entwickelt werden. Die sich dieser Formen der elektronischen Öffentlichkeit bedienenden Minderheiten der Spurensucher der Informationsgesellschaft bleiben aber vermutlich noch eine ganze Zeit lang unter sich. Unbeabsichtigtes Nebenergebnis könnte dann sein, daß die Bedürfnisse genau dieser gewöhnlich gut informierten und demokratieaktiven Gruppe eher befriedigt werden als die der interessierten aber technologisch noch nicht gerüsteten breiten Masse der Bevölkerung.

Länder

Auf der Länderebene ergeben sich hinsichtlich der Darstellung und Angebote insofern einige Unterschiede, als z. B. medial gut entwickelte Länder wie NRW seit Mitte dieses Jahres auf aktuelle Probleme mit sinnvollen Informationsangeboten reagieren. Darüber hinaus werden Diskussionsforen zu aktuellen politischen Fragen angeboten. So z. B. werden u. a. Einschätzungen und Meinungen zu der neuesten städtebaulichen und architektonischen Großtat, dem Einkaufszentrum CentrO in Oberhausen, (leider) erst nach dessen Fertigstellung ausgetauscht. Man kann sich natürlich fragen, ob der Bau des CentrO – u. a. charakterisiert als „Kannibalisierung der Stadt" – verhindert oder reduziert worden wäre, wenn es das Diskussionsforum schon vor drei Jahren gegeben hätte, die Pläne per Internet landesweit diskutiert worden wären und so dazu beigetragen hätten, daß die Demokratie ihre Aufgabe als Bauherr erfüllt. Die neuen

medialen Möglichkeiten der demokratischen Beeinflussung von Planungsprozessen mit regionaler und überregionaler Bedeutung werden sich erst noch herausbilden müssen.

Würden z. B. regionale oder länderübergreifende Planungsabsichten rechtzeitig kommuniziert und breitenwirksam gestreut, könnte sich ein größeres Potential an direkten politischen Einflußmöglichkeiten ergeben. Insofern könnte man z. B. der hochaktuellen Frage nachgehen, ob in dem z. Zt. laufenden Planungsverfahren zum Bau des Transrapid auch im Internet seitens der öffentlichen Hand brauchbare und strukturierte Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten angeboten werden – oder ob es generell ähnlich gehandhabt wird wie in Berlin, wo 24 (!) Aktenordner den Betroffenen vier Wochen lang zur Einsicht und zu Einspruchszwecken überlassen werden. So steht man in Berlin und anderswo einigermaßen verdutzt vor dem Widerspruch großspuriger offizieller Ankündigungen, mehr Demokratie und Lebensqualität in Deutschland zu entwickeln und einem obrigkeitsstaatlichen Informationsgebahren seitens der Planungsinstanzen.

Vorläufig wird daher der Schluß gezogen, daß die Möglichkeiten durch das Internet, eine optimierte Öffentlichkeit zu schaffen und damit mehr Demokratie zu wagen, auf der Länderebene erst sehr zögerlich genutzt werden und mangels Masse und möglicherweise auch aufgrund relativ hoher Informationskosten noch nicht durchschlagend sind. Dies kann erst gelingen, wenn die politischen und Verwaltungsinstanzen qualitativ anspruchsvolle Informationen in das Internet einspeisen. Dies ist in Ansätzen zu beobachten. Gleichwohl ist aber damit zu rechnen, daß durch eine angemessene Berücksichtigung der wahrscheinlich zunehmenden Forderungen der Gegenöffentlichkeit, politische Entscheidungen gründlicher und zeitintensiver diskutiert werden. Konflikte mit den politischen Kräften, die eine rasant beschleunigte Modernisierung des Modells Deutschland für unabdingbar halten, sind damit vorprogrammiert.

Kommunen

Werden die Internet-Anschlüsse der Bundesparteien angesteuert, so kann man sich bis zur kommunalen Gliederung weiterklicken und z.B. auf den virtuellen Ortsverein der SPD stoßen oder auf das „Rathaus Ratlos" der Grünen in Köln. Hier wird Information und Beteiligung geboten. Damit kann in Zukunft eine aktive Teilhabe an politischen Vorgängen vereinfacht und erweitert werden. In Deutschland ist diese Entwicklung im Vergleich zu der in den USA oder Niederlanden noch nicht sehr weit gediehen.

Feststellen läßt sich das Bemühen, z. B. planungsrelevante oder Touristikinformationen zur Verfügung zu stellen. Neben diesen konventionellen Ansätzen, die in elektronischer Form das anbieten, was man z. B. den Berichten zur Kommunalstatistik auch entnehmen könnte, werden auf der kommunalen Ebene von privaten und außerparlamentarischen Gruppierungen neue Formen der elektronisch organisierten Gemeinschaft ausprobiert, die manchmal einer gewissen Komik nicht entbehren, gleichwohl aber Teil des sozialen Experiments sind, das zu neuen Formen demokratischer Öffentlichkeit und politischer Kultur führen könnte.

Das Internet Projekt der Internationalen Stadt Amsterdam kann hier als gut entwickelt gelten, und es wäre aufschlußreich zu wissen, wie die Bürger der Stadt dieses Projekt hinsichtlich seiner Demokratierelevanz beurteilen.

Ebenso wichtig wie diese Spielarten des Umgangs und Ausprobierens des neuen Mediums ist die breitenwirksame Umsetzung der mit dem Internet gegebenen Möglichkeiten, den Anschluß an die Informations- und Dienstleistungsgesellschaft auf der kommunalen Ebene herzustellen. Und das bedeutet schließlich nichts anderes als einen – wenn auch rudimentären – Beitrag zur erforderlichen „Teilnahme an der Welt der Technik und Wirtschaft und der Teilhabe an einer kulturellen Identität".

Da mehr als 80% der Bevölkerung Deutschlands in Städten oder verstädterten Zonen lebt, wäre dafür zu sorgen, daß dort öffentliche Orte des Zugangs zum Internet eingerichtet werden. Aufgrund der Finanznot der Städte und der Kosten, die mit der Einrichtung einer Internetinfrastruktur verbunden sind, verläuft diese Entwicklung aber sehr schleppend. Und die gefeierte Einrichtung von Internetcafes wird keine signifikanten Erhöhungen der Internetteilnehmer mit sich bringen. Erforderlich ist vielmehr eine nachhaltige Sicherstellung eines öffentlichen Zugangs zum Internet in Bibliotheken, Stadtteilzentren und kommunalen Medienzentren. Für die Finanzierung dieser Anschlüsse sind unter dem Stichwort Universaldienst Vorschläge gemacht worden, die die Kommunen ent- und die Netzbetreiber belasten würden. Die Chancen, daß die Kommunen diesen Vorschlag für sich entscheiden können, stehen jedoch schlecht. Dies ist, um zum Ausgangspunkt dieser Überlegungen zurückzukehren, nicht gut für das demokratische Gemeinwesen, werden doch so ganze Bevölkerungsgruppen von der Teilhabe an der Internetwelt ausgeschlossen.

Fazit

Das Internet bietet als Medium einige Möglichkeiten, die als demokratierelevant eingestuft werden können. Leider mangelt es noch an politischem Willen und an politisch-kultureller Einsicht, die Infrastruktur des Internets so einzurichten, daß es seine Wirkung als demokratiestiftendes Medium auf breiter Ebene entfalten kann.

Eine optimierte Öffentlichkeit läßt sich in der aktuellen Anfangsphase im Internet noch nicht erkennen. Eher könnte von einer suboptimalen Öffentlichkeit die Rede sein. Ohne eine praktikable und alltagstaugliche Handlungsform, die interessierte und engagierte MitbürgerInnen in die Lage versetzt, das neue elektronische Medium als interaktives Artikulationsinstrument zu benutzen, wird sich die Wechselwirkung von Demokratie und Internet in engen Grenzen halten. Das muß aber nicht bedeuten, daß das Internet wirkungslos bleibt, kann es doch von engagierten und entsprechend technologisch ausgerüsteten Gruppen politikrelevant eingesetzt werden. Welche Form gefunden wird, kann noch nicht beurteilt werden. Für die Entwicklung in Deutschland befürchte ich zwar keine unbedingt restriktive aber doch – von wenigen Ausnahmen abgesehen – eine schleppende Entwicklung. Jedoch: Im Internet wie auch in der Welt der ungeheuer beschleunigten technischen Entwicklung ist man vor Überraschungen nicht sicher. Könnte ja sein, daß die Demokratie gewinnt.

Bernhard Debatin

Elektronische Öffentlichkeiten

Über Informationsselektion und Identität in virtuellen Gemeinschaften.

Mit dem Internet – genauer: mit den unter diesem Begriff zusammengefaßten Netzwerken von elektronischen Diensten und technischen Strukturen – ist ein neuartiger Kommunikationsraum entstanden, dessen spezifische Eigenschaften und Funktionen längst noch nicht ausgelotet und dessen Einflüsse auf Kultur und Gesellschaft noch weitgehend unklar sind. In der öffentlichen Diskussion wird das Internet derzeit immer noch vorwiegend als „Datenautobahn" begriffen, eine Metapher, die auf einem informationstheoretischen Transportmodell der Kommunikation beruht und den Umstand ignoriert, daß das Internet für viele seiner Benutzer vor allem auch ein sozialer Raum ist. Mit den diversen Newsgroups, Diskussionsforen, Chat-Räumen und ähnlichen Formen haben sich virtuelle Gemeinschaften gebildet, die Aspekte der massenmedialen Kommunikation mit Aspekten der persönlichen Kommunikation vereinigen: Wie bei der Massenkommunikation sind die Benutzer des Internets relativ zufällig verteilt (Dispersität) und sie müssen sich nicht kennen (Anonymität). Anders als bei der direkten face-to-face Kommunikation entfallen hier aber durch die medienspezifischen Kanalbegrenzungen alle leibgebundenen Qualitäten des Gegenübers (Aussehen, Geschlecht, Stimme, Mimik, Gestik etc.), wodurch die Unkalkulierbarkeit der Kommunikation steigt. Im Unterschied zur herkömmlichen Massenkommunikation erlaubt das Internet jedoch durch seine interaktiven Strukturen echte Mehrwegkommunikation: Computervermittelte Kommunikation zwischen Benutzern in Echtzeit (etwa in Chat-Räumen) ist dialogisch und von allen Beteiligten beeinflußbar.

Durch das Internet entsteht so eine neuartige Form gesellschaftlicher Kommunikation, was auch die bisherige Struktur öffentlicher Kommunikation verändert: Die breite elektronische Vernetzung der Menschen durch das nichthierarchische Kommunikationsmedium Internet soll zu einer „Wiederbelebung der Öffentlichkeit"[1] führen, indem das technische Netzwerk Internet und die auf sozialen Netzwerken beruhenden Teil- und Gegenöffentlichkeiten in eine fruchtbare und dynamische Wechselwirkung treten. Da Prozesse der demokratischen Meinungs- und Willensbildung zentral vom Funktionieren der öffentlichen Kommunikation abhängen, wird dem Internet ein besonderes demokratisches Potential zugeschrieben. Aber nicht nur die Hoffnung besserer Informiertheit und freierer Meinungsbildung, sondern auch die Gefahr noch stärkerer Informationsflut und Manipulation wird mit dem WWW verbunden. Diese Gefahr wird dadurch verstärkt, daß den Kommunikationen im Internet die Verbindlichkeit und die Nachprüfbarkeit von direkter Kommunikation fehlt. Und während Glaubwürdigkeit und Objektivität von konventionellen Massenmedien durch die Zuordnung zu Redaktionen, Verlegern und Autoren noch einigermaßen konstant eingeschätzt werden kann, ist gerade dies im Internet mit seinen Millionen von zirkulierenden Informationen kaum möglich. Die Auswahl (Selektion) von Information und ihre Rückführbarkeit auf glaubwürdige Quellen sind deshalb zentrale Probleme der Kommunikation im Internet. In diesem Zusammenhang spielen die virtuellen Gemeinschaften des Internet meines Erachtens eine grundlegende Rolle, da sie sowohl die Funktion der Selektion von gesellschaftlich zirkulierender Informationen und die Funktion der identitätsbildenden Integration der Mitglieder der Gesellschaft erfüllen und damit klassische Aufgaben der Öffentlichkeit übernehmen. Ich will dies im folgenden genauer betrachten.

1. Rheingold (1995), S. 194.

I. Selektion und virtuelle Gemeinschaft

Information (selbst bereits eine Selektion gegenüber dem als nichtinformativ ausgesonderten) kann massenmedial nur dann kommuniziert werden, wenn sie an ein existierendes Thema anschließbar ist oder durch eigene Brisanz selbst ein neues Thema etabliert. Die Medien der Massenkommunikation fokussieren dabei die Aufmerksamkeit des Publikums, indem sie einen begrenzten Vorrat an gemeinsamen Themen vorgeben, um die herum sich dann öffentliche Meinungen bilden. Diese in der Kommunikationswissenschaft unter dem Titel „Themenkarriere" und „Agenda Setting" bekannt gewordenen Theorien der Informationsselektion[2] greifen aber, so meine These, nur im Blick auf lineare Einwegmedien, wie Zeitung, Rundfunk und Fernsehen. Das Internet ist durch seine Netzstruktur und durch die Hypertextualität des WWW nichtlinear und dezentral, und es erlaubt aufgrund seiner Interaktivität echte Mehrwegkommunikation. Ein an wenigen Themen orientierter Selektionsmechanismus wäre hier weder praktikabel noch wünschenswert.

Derzeit sind allerdings noch Informationsüberflutung und thematische Unübersichtlichkeit kennzeichnend für die Kommunikation im Internet. Das Abenteuer des zufallsgesteuerten Surfens im Netz kann bekanntlich schnell zum Alptraum oder zur Langeweile werden. Die im WWW angebotenen Suchmaschinen sind zwar sehr effektiv, sie bleiben jedoch bislang rein syntaktische Maschinen ohne semantisches oder gar Kontextverständnis und sie bringen in der Regel zu viele Ergebnisse hervor. Auch stellt die wachsende Flut von elektronischen Mails die meisten Benutzer vor die Alternative, ihre Post ungelesen oder nur flüchtig überflogen zu löschen, oder immer mehr Zeit und Aufmerksamkeit auf die Auswahl von eingehenden Informationen zu verwenden.

Abhilfe sollen hier die als Netz- oder Software-Agenten bekannt gewordenen automatischen Selektionsprogramme schaffen, die mit Hilfe von benutzerdefinierten Kategorien und Kriterien eine Vorauswahl aus der eingehenden Information treffen oder sogar aktiv das Netz nach bestimmten Informationen durchsuchen und mit anderen Agenten in Kontakt treten. Ein auf diese Weise individuell zusammenge-

2. Vgl. McCombs, Shaw (1972) sowie Luhmann (1975) und (1996).

stelltes multimediale Informationspaket stellt eine große Ersparnis an Zeit und Aufmerksamkeit dar. Mit Hilfe von Software-Agenten sollen nicht nur die Selektion und Steuerung immenser Informationsströme, sondern auch die Verarbeitung und Transformation komplexer multimedialer Kommunikationen sowie die Bereitstellung adaptiver, menschenähnlicher Schnittstellen möglich werden.[3]

Es ist allerdings zu fragen, um welchen Preis dies geschieht. Die Vergabe von eigenen Kriterien löst noch nicht das Problem, daß die Suchbegriffe im Netz selbst nur syntaktischer Natur sind. Auch sind unsere Auswahlkriterien relativ zufällig und sie ändern sich unter dem Eindruck neuer Erfahrungen ständig (wer aber möchte dauernd seine Software-Agenten umprogrammieren?). Und schließlich entfällt bei der Verwendung von Software-Agenten das spielerische und kreative Element, das bei natürlichen Such- und Auswahlprozessen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. Prozesse dieser Art beruhen auf kognitiver Offenheit, emotiver Intuition, perzeptiver Gestaltwahrnehmung, oft zielloser Experimentierfreude und kreativer Konstruktion von manchmal ganz unwahrscheinlichen Ähnlichkeiten. Vorab festgelegte Selektionskriterien wirken sich dabei ebenso hinderlich aus wie vorschnelle Hypothesen bei der Detektivarbeit. Obendrein besteht hier die Gefahr, daß man sich blind auf die Selektionen des Software-Agenten verläßt und möglicherweise relevante, vor allem aber neuartige Information außerhalb des Selektionsfeldes nicht mehr wahrnimmt – ein Problem, das etwa aus Organisationsroutinen und auch aus der Vorurteilsforschung hinlänglich bekannt ist. Jede Selektion stellt ja zugleich immer auch einen Ausschluß des Nicht-ausgewählten dar, was bei dauernder Wiederholung zum systematischen Ausschluß (und oft zur Nichtwahrnehmung) ganzer Bereiche führen kann.

Möglicherweise können diese Probleme durch lernfähige, an soziale Situationen rückgekoppelte Software-Agenten umgangen werden. Diese sollen ihre Kriterien im Austausch mit anderen Software-Agenten und im Feedback mit dem eigenen und anderen Benutzern immer wieder aktualisieren. Einen solchen Service bietet etwa die Software Firefly, die mit dem Slogan „firefly is about two simple things: you and the community" wirbt.[4] Die Benutzer von Firefly sollen dabei ihren personal software agent im Blick auf persönliche Präferenzen, Meinungen, Geschmack und Interessen „trainieren". Dadurch können nicht nur die einzelnen Benutzer Informationen erhalten, zu denen sie sonst keinen Zugang hätten, sondern dies soll auch zum Aufbau einer virtuellen Geschmacks- und Interessengemeinschaft führen, die um so komplexer und differenzierter wird, je mehr Leute daran teilnehmen. Hier werden Feedbackprozesse, die denen der direkten interpersonalen Kommunikation vergleichbar sind, gezielt eingesetzt, um einen hohen kommunikativen Austausch innerhalb der Firefly Gemeinschaft zu erreichen. Dazu gehört auch, daß man auf andere Mitglieder der Gemeinschaft hingewiesen wird, die ähnliche Interessen haben und mit denen man dann in Echtzeit „plaudern" kann. So bildet sich bei den Mitgliedern der virtuellen Gemeinschaft eine öffentliche Meinung. Allerdings muß man relativ viel Online-Zeit in dieser virtuellen Gemeinschaft verbringen, wenn man ihren Service nutzen will. Fraglich ist auch, ob dieses Konzept außerhalb einer solchen relativ geschlossenen virtuellen Gemeinschaft funktionieren kann. Die beschriebenen Feedbackprozesse sind nämlich unter Bedingungen eines dispersen, anonymen und sich stetig ändernden Publikums schlichtweg nicht zu verwirklichen: Die Grenzen solcher lernfähiger personal software agents sind damit die Grenzen der virtuellen Gemeinschaft. Das Selektionsproblem wird hier letztlich dadurch gelöst, daß man den Selektionsraum stark verkleinert, und dabei soziale Nähe zum primären Selektionskriterium macht. Schließlich ist auch zu überlegen, ob ein solches Konzept unter dem Gesichtspunkt der Sammlung und Vernetzung von großen personenbezogenen Datenmengen tatsächlich wünschenswert ist. Zwar versichern die Firefly-Betreiber in ihrem „statement of integrity", daß sie die Namen ihrer Benutzer nicht preisgeben, sie behalten sich aber zugleich das Recht vor, die von ihnen gesammelten demographischen Daten zu verwerten und weiterzugeben. Damit deutet sich ein wichtiger (wenn nicht gar der eigentliche) Zweck solcher Konzepte an, nämlich die Gewinnung von und der Handel mit Benutzerprofilen, was gerade im Blick auf die kommerzielle Nutzung des Internet eine notwendige Bedingung für gezieltes Marketing ist. Aus ethischer Sicht – wenn nicht bereits aus rechtlichen Gründen – erscheint eine solche Praxis jedoch als sehr problematisch. Die technisch ermöglichte massenhafte Sammlung von Daten über persönliche Präferenzen und der leichtfertige Umgang mit ihnen sind zumindest so lange äußerst bedenklich, wie die einzelnen Benutzer keine Klarheit über den vollen Umfang und die Konsequenzen dieser Praxis besitzen.

II. Identität und soziale Integration in virtuellen Gemeinschaften

Kommunikationssoziologisch interessant sind virtuelle Gemeinschaften aber nicht nur als Selektionsmechanismus, sondern auch und gerade als neuartige Organisationsform von Identitäten und von Öffentlichkeit. Die Parallelen zwischen der frühen bürgerlichen Öffentlichkeit und den „virtual communities" im Internet sind inzwischen vielfach bemerkt und diskutiert worden.[5] Die sich in Foren, Diskussionsgruppen, News Groups, Mailing Lists und Chat-Räumen bildenden virtuellen Gemeinschaften ähneln in der Tat den Kaffeehäusern, Salons und gelehrten Tischgesellschaften der räsonierenden Öffentlichkeit des 18. Jahrhunderts. Die strukturellen Kriterien der thematischen und personellen Unabgeschlossenheit, der unbegrenzten Zugänglichkeit und der alleinigen Geltung des besseren Argumentes (statt Macht und Status) gelten zumindest als kontrafaktische Unterstellung für beide Formen der Öffentlichkeit.

Gegen diese Parallelitätsthese wendet allerdings Höflich ein, daß Öffentlichkeit und Gemeinschaft sich eigentlich eher ausschließen.[6] Dies ist insofern richtig, als Öffentlichkeit ja gerade die engen Grenzen einer jeweiligen, konkreten und begrenzten Gemeinschaft überschreiten und die Belange der Gesellschaft regeln will. Allerdings übersieht dieser Einwand, daß es gerade private Gemeinschaften sind, in denen sich sowohl die bürgerliche Öffentlichkeit wie auch die Netzöffentlichkeiten ausbilden: Privatheit und Öffentlichkeit sind

3. Für einen Überblick vgl. Beacken et al (1995).
4. Zu finden unter der URL http//www.firefly.com/
5. Vgl. hierzu etwa Rheingold (1993) und Poster (1995).
6. Höflich (1995).

von Anbeginn aufeinander angewiesen. Das Interessante – und hier trifft man auf eine weitere Parallele – ist dabei, daß sich in diesen Gemeinschaften Prozesse der gleichzeitigen Vergesellschaftung und Individuation abspielen: Die Mitglieder entfalten in der gemeinsamen Kommunikation ihre Gruppenidentität und zugleich ihre personale Identität. Die literarische Öffentlichkeit des 18. Jahrhunderts bildet das Forum in dem sich in Wechselwirkung von fingierter und realer Erfahrung „die Subjektivität kleinfamilial-intimer Herkunft mit sich über sich selbst verständigt".[7] Die „literarisch vermittelte Intimität" ist dabei gleichermaßen Ausdrucksform und Experimentierfeld der neuen Subjektivität: In der Auseinandersetzung mit sich selbst und der literarischen Fiktion entfalten sich die Identitäten der „zum Publikum zusammentretenden Privatleute" (ebd.).

Meine These ist hier, daß sich genau solche Prozesse der experimentellen Identitätsbildung in den Foren, den Chat-Räumen und den MUDs und MOOs des Internet abspielen. Dabei werden nicht nur subjektive Identitäten erprobt und formiert, sondern auch die Identität der Gruppe, ihre Grenzen und ihre Regeln definiert. Zugleich laufen dauernd öffentliche Auseinandersetzungen über diese Prozesse ab, so daß die Grenze zwischen Konstitution und Reflexion der Identität oft nicht auszumachen ist. In diesen Prozessen bildet sich der kulturelle und soziale Boden für elektronische Öffentlichkeiten.

Ich will diese These kurz erläutern. Wenn Habermas im oben zitierten Zusammenhang etwa davon spricht, daß die Personen im Salon der Mme. de Stael „sich selbst und anderen zu »sujets de fiction«" werden, dann ist damit eine Situation bezeichnet, in der ein spielerisch-experimenteller Umgang mit der eigenen und der fremden Identität möglich ist. Solche „virtuellen Identitäten", im Zeitalter der literarischen Öffentlichkeit noch an Briefkommunikation, Literatur und Diskussionszirkel gebunden, werden unter Bedingungen computervermittelter Interaktion zwischen Menschen gleichsam zur Kommunikationsgrundlage. Denn der entscheidende Unterschied zwischen jenen räsonierenden Zirkeln und den Chat-Räumen des Internet ist, daß sich die Mitglieder der letzteren in der Regel nie gesehen haben und meist auch nicht sehen werden. Die virtuelle Medienidentität (z.B. Geschlecht, Alter, Hautfarbe, Beruf und soziale Rolle) kann zumindest im Rahmen der kognitiven und emotiven Möglichkeiten der jeweils dahinter stehenden Person relativ beliebig festgelegt und durchgespielt werden. Dies eröffnet die Möglichkeit, mit Identitäten zu experimentieren, die stark von der für die Person normalen Identität abweichen. Amy Bruckman hat für dieses Phänomen den treffenden Begriff „Identity Workshop"[8] gefunden. Virtuelle Rollenspiele können dabei sowohl starke sozialisatorische Effekte auf die netzexterne Persönlichkeit haben – Sherry Turkle beschreibt mehrere solche Fälle[9] – als auch intensive soziale und psychologische Prozesse innerhalb der virtuellen Gemeinschaft in Gang setzen. In den meisten Fällen der Konstruktion von virtuellen Identitäten kommt es zu sehr komplexen Interaktionen mit der Identität der „Real Life"-Person (RL-Person). Das Wissen um die Tatsache der Inszenierung macht die Kommunikation prekär und erhöht die kommunikative Unsicherheit, zumal nicht auf die leibgebundene para- und nonverbale Kommunikation Bezug genommen werden kann.[10] Kommunikative Erwartungen und kommunikationsstabilisierende Erwartungserwartung können nur anhand von relativ dürren Texten gewonnen werden. Dies führt oft zu der Annahme, daß die virtuelle Medienidentität und die dahinterstehende RL-Person zumindest teilweise identisch sind.[11]

Wie wirksam diese Annahme, zeigt drastisch der „plötzliche Tod" von Usern: In einem Chat-Forum, das ich seit Ende 1995 regelmäßig besuche, starben unabhängig voneinander zwei Mitglieder nach kurzer Krebskrankheit, was bei den Mitgliedern der virtual community große Anteilnahme und Trauer hervorrief. In beiden Fällen stellte sich jedoch später heraus, daß nicht die RL-Person, sondern nur die virtuelle Medienperson gestorben war: Im einen Fall ergaben Recherchen, daß die besagte Person weder in dem angegebenen Krankenhaus noch sonst irgendwo verstorben war, im anderen Fall tauchte die Person unter neuem Namen wieder auf und gab sich einigen Leuten gegenüber zu erkennen. Die meisten Forummitglieder reagierten darauf mit Empörung, man fühlte sich getäuscht. Daraufhin entstanden Diskussionen darüber, wie so etwas künftig zu verhindern sei, und ob solche virtuellen Selbsttötungen moralisch zu rechtfertigen sind – kurz: es fand eine intensive öffentliche Debatte über diese Vorkommnisse statt.

Paradigmatisch für die komplexen sozialen und psychologischen Prozesse innerhalb der virtuellen Gemeinschaft ist auch die Geschichte einer virtuellen Vergewaltigung in LambdaMOO, in deren Folge es nach sehr emotionalen Auseinandersetzungen nicht nur zum Ausschluß des „Täters" aus dieser Gemeinschaft kam, sondern auch – und hier ist wiederum die Anschlußstelle zur politischen Öffentlichkeit – zu ausführlichen Auseinandersetzungen darüber, wie die sozialen, moralischen und quasi-rechtlichen Regeln einer solchen Gemeinschaft beschaffen sein sollen.[12]

Zusammenfassend kann man sagen, daß sich im Internet elektronische Öffentlichkeiten bilden, die große Parallelen zu der Entstehung der bürgerlichen, besonders der literarischen Öffentlichkeit aufweisen, die aber auch als dezentrale elektronische Teilöffentlichkeiten eine große Nähe zu modernen „autonomen Gegenöffentlichkeiten" (Habermas)[13] haben. In diesen virtuellen Öffentlichkeiten findet eine experimentelle Konstruktion von Identitäten statt und es kommt – wie bei der literarischen Öffentlichkeit – zu komplexen Interaktionen zwischen fiktiv-virtuellen und real-lebensweltlichen Identitäten. In diesem Zusammenhang entstehen auch normativ-praktischen Diskussionen im Sinne einer politischen Öffentlichkeit: Subjektive Identitäten und öffentliche Meinungen bilden sich hier in wechselseitiger Abhängigkeit.

Diese Parallelen sollten aber nicht über die Unterschiede zwischen bürgerlicher Öffentlichkeit und elektronischen Öffentlichkeiten hinwegtäuschen.[14] Insbesondere ist zu

7. Habermas (1962).
8. Vgl. Bruckman (o.J.).
9. Vgl. Turkle (1995).
10. Textbasierte para- und nonverbale Kommunikation gibt es dagegen durchaus, wobei dies nicht nur Emoticons und Gefühlsausdrücke (wie <eg> für „evil grin", Klammern für „hugs") umfaßt, sondern auch lautmalerische Buchstabenfolgen, Graphics (Ascii-Zeichen-basierte Bilder), Leerzeilen (Schweigen) u.ä.
11. Vgl. etwa das Phänomen der fingierten Geschlechtsidentität, siehe hierzu auch Bruckman (1996) und Turkle (1995).
12. Vgl. Dibbell (1993).
13. Zu diesem an sozialen Netzwerken orientierten Öffentlichkeitsbegriff vgl. Habermas (1992), S. 435ff.

berücksichtigen, daß die sozialen Kontakte im Internet nicht nur entkörperlicht, sondern auch meist wesentlich unverbindlicher sind als direkte face-to-face Beziehungen. Das Modell der frühen bürgerlichen Öffentlichkeit aber baut gerade auf der Anwesenheit und der sozialen Verbindlichkeit von Bürgern im öffentlichen Raum auf. Im Vergleich dazu sind die virtuellen Gemeinschaften des Internet flüchtiger, sie haben oft eine hohe personelle Fluktuation und ihre öffentlichen Meinungen bilden sich punktuell und spontan. Allerdings wäre es auch falsch, sich hier eine prinzipielle Trennung zwischen virtuellen Gemeinschaften und anderen sozialen Netzwerken vorzustellen – dies nicht nur deshalb, weil sich in virtuellen Gemeinschaften Freundschaften bilden, die zum Übergang ins „RL" motivieren, sondern auch, weil viele der virtuellen Gemeinschaften ja aus bereits existierenden sozialen Netzwerken (z.B. aus akademischen, regionalen, betrieblichen oder thematischen Netzen) hervorgehen oder sogar diese erst zur Entfaltung bringen. In diesem Sinne ist auch der im Zusammenhang mit dem Internet oft zu hörende Eskapismusverdacht zu pauschal. Das Internet bietet die Möglichkeit des entpolitisierten Eskapismus wie des kritisch-demokratischen Engagements. Wie auch bei anderen Medien entscheidet hier letztlich die jeweilige Verwendung durch die Benutzer über Gefahren und Nutzen des Mediums, auch wenn gerade das Internet nicht zu unterschätzende 'eingebaute' Probleme aufweist, wie etwa die Möglichkeit des Anzapfens von Datenflüssen durch Dritte oder der Verbreitung von moralisch fragwürdigen oder rechtswidrigen Schriften und Bildern.

Schließlich ist auch zu fragen, ob die elektronische Öffentlichkeit die politisch-praktische Wirksamkeit erreichen kann, die die bürgerliche Öffentlichkeit durch die ja nicht zuletzt auch wirtschaftliche und soziale Bedeutung ihrer Teilnehmer in Gesellschaft und Staat erlangte. In Anbetracht der Transformation des aufklärerischen Ideals kritischer Öffentlichkeit zur Wirklichkeit einer an Marktmechanismen angepaßten und durch Massenmedien und politische Eliten vorfabrizierten öffentlichen Meinung ist freilich zu hoffen, daß sich bei den elektronischen Öffentlichkeiten gerade nicht jene Verschmelzung von öffentlicher Meinung und politisch-wirtschaftlicher Macht wiederholt, die für den Strukturwandel der bürgerlichen Öffentlichkeit charakteristisch ist. Damit die aus virtuellen Gemeinschaften hervorgehenden elektronischen Öffentlichkeiten tatsächlich als kritische Öffentlichkeiten fungieren können, ist es notwendig, daß sie sich eher als problemorientierte „Grenzwächter", denn als Lösungen produzierende Mittel der politischen Steuerung verstehen.[15] Richtungsweisend scheint mir dabei die kritische Warn- und Informationsfunktion, die viele der virtuellen Teilöffentlichkeiten bereits heute erfüllen – sei es im Zusammenhang mit eher netzbezogenen Angelegenheiten (z.B. Zensur, Kryptologie, Pornographie), oder sei es im Blick auf politische und soziokulturelle Prozesse (z.B. Bosnienkrieg, Kommunitarismus, 'Goldhagen-Debatte'). Damit deutet sich an, daß im Internet die klassische Funktion des kritischen öffentlichen Räsonnements durchaus mit der modernen Funktion eines Netzwerkes „höherstufiger Intersubjektivitäten" (Habermas) verbunden werden kann.

Literatur

Beacken, Marc, et al.: The Provosion of Intelligent Agent-Based Enhanced Multimedia Network Service. In *AT&T Technical Journal*, Okt. 1995, 68-77.

Bruckman, Amy S.: *Identity Workshop. Emergent Social and Psychological Phenomena in Text-Based Virtual Identity.* ftp://media.mit.edu/pub/asb/papers/identity workshop

Bruckman, Amy S.: Gender-Swapping auf dem Internet. In Rudolf Maresch: *Medien und Öffentlichkeit*. München 1996, 337-344.

Dibbell, Julian: A Rape in Cyberspace or How an Evil Clown, a Haitian Trickster Spirit, Two Wizards, and a Cast of Dozens Turned a Database into a Society. In *The Village Voice*, Dec. 21, 1993, 36-42.

Habermas, Jürgen: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Darmstadt/Neuwied 1962.

Habermas, Jürgen: *Der philosophische Diskurs der Moderne*, Frankfurt 1985.

Habermas, Jürgen: *Faktizität und Geltung*, Frankfurt 1992.

Höflich, Joachim: Vom dispersen Publikum zu »elektronischen Gemeinschaften«. In *Rundfunk und Fernsehen*, 43/1995, 518-537.

Luhmann, Niklas: Öffentliche Meinung. In ders.: *Politische Planung*, Opladen 1975.

Luhmann, Niklas: *Die Realität der Massenmedien*, Opladen 1996.

McCombs, Maxwell E., Donald L. Shaw, The Agenda Setting Function of Mass Media. In *Public Opinion Quarterly*, 33/1972, 176-187.

Poster, Mark: *Cyberdemocracy: Internet and the Public Sphere*, 1995. http://www.hnet.uci.edu/mposter/writings/democ.html

Rheingold, Howard: *The Virtual Community. Homesteading on the Electronic Frontier*, Reading, MA 1993.

Rheingold, Howard: Die Zukunft der Demokratie und die vier Prinzipien der Computerkommunikation. In Stefan Bollmann (Hrsg.): *Kursbuch Neue Medien*, Mannheim 1995, 189-197.

Turkle, Sherry: *Life on Screen. Identity in the Age of the Internet*. New York 1995.

14. Vgl. hierzu auch Poster (1995).

15. Vgl. Habermas 1985, S. 423.

Eva Jelden

Weltweiter Datenhighway

virtuelle Gesellschaft – virtuelle Identität?

Das globale Kommunikationsnetz der Zukunft ruft, weit mehr als Kritik, allenorts Visionen hervor. Von dem spontanen, freien Zusammenfinden Gleichgesinnter in den Newsgroups wird da geschwärmt, von unzensierter Gegenöffentlichkeit, von vorurteilsloser Verständigung nicht nur über nationale Grenzen, sondern auch über die oft viel höheren sozialen Statusschranken hinweg, gar von dem multikulturellen globalen Dorf geträumt. Kommunikation, nicht nur Basis von Arbeitsteilung, Medium zahlreicher Dienstleistungen und Voraussetzung demokratischer Mitbestimmung, sondern auch Grundlage jeder Beziehung des Menschen zu seinem Mitmenschen, weckt, wenn sie unbegrenzt und unzensiert möglich ist, verständlicherweise solche Hoffnungen. Ob diese jedoch berechtigt sind, darf, wie so oft in der Technikfolgenabschätzung, nicht nur an den mehr oder weniger theoretischen Möglichkeiten, sondern muß auch an den langfristig zu erwartenden Folgen geprüft werden.

Technik soll Handlungen unterstützen: Kommunikationstechnik soll Kommunikationen ermöglichen, erleichtern, beschleunigen. Kommunikation ist die Übermittlung von

Information von A nach B (und zurück); es gilt also, die potentiellen Kommunikationspartner zusammenzubringen, gezielt Information zu bestimmen und sie effizient, schnell und fehlerfrei zu übermitteln – so oder so ähnlich stellt sich das aus der Sicht der Technik dar: verkürzt, denn Konstruktion von Technik muß das, was technisiert werden soll, rational erfassen und seine „Funktion" möglichst eindeutig bestimmen. Genau das hat ihr den Vorwurf der „Eindimensionalität" (Herbert Marcuse) und die Verpflichtung zur „soziale Begleitforschung" beschert. Menschliche Tätigkeiten sind eingebettet in ein komplexes Handlungsumfeld, und kaum eine erfüllt wirklich nur den einen einzigen Zweck, dem sie vordergründig dient. Essen dient nicht nur der Nahrungsaufnahme, und z.B. die technische Erfindung „Waschmaschine", auf Ein-Familien-Wäscheportionen zugeschnitten, kann zwar waschen, aber nicht die soziale Funktion erfüllen, die vormals der gemeinsame Waschtag des Dorfes oder des Hofes für die Frauen auch hatte. Diese „Nebenfunktionen" sind es, die oft erst dadurch, daß die neue Technik sie nicht mehr erfüllt, bewußt werden, und die häufig viele Jahre nach Einführung der technischen Neuerungen und damit ihrer klammheimlichen Abschaffung negative soziale Nebenwirkungen hervorrufen. Sie sind nicht nur unvorhergesehen, sondern oft genug auch unvorhersehbar.

Die Gefahr unvorhersehbarer, sehr langfristiger Nebenfolgen besteht ganz besonders bei der Technisierung einer so komplexen „Handlung" wie Kommunikation. Welche „Funktion" hat unser Kommunizieren? Daß etwa der Wortwechsel am Postschalter nicht nur der Mitteilung über Art und Zahl der gewünschten Briefmarken dient, sondern eine Elektronisierung, Rationalisierung und Entpersonalisierung solcher alltäglichen Dienstleistungen mit der Abschaffung jener belanglosen Gespräche über Wetter und andere Nichtigkeiten soziale Vereinsamung zur Folge haben kann, wurde häufig warnend berichtet. Auch die Unterschiede zwischen den (ach so) effizienten „Netzagenten", die nach vorgegebenen und neuerdings sogar lernfähigen[16] Kriterien uns gezielt die gewünschte Information, die individuelle Zeitung oder die für uns interessanten Web-Sites zusammenstellen, und der Art und Weise, wie wir real, selten rational und dennoch langfristig effizient[17], unsere Informationen auswählen, werden kritisch diskutiert. Aber damit sind die Unterschiede noch längst nicht erschöpft. „Alles, was existiert, existiert nur dadurch, daß wir darüber kommunizieren", sagt der Kommunikations- und Systemtheoretiker Niklas Luhmann. Wenngleich dies in solcher Zuspitzung sicher nur für seine Anhänger gilt, so steckt darin ein allgemeingültiger Kern: Gesellschaften wie auch die eigene Identität bilden und entwickeln sich großenteils erst durch Kommunikation. Die „Wirklichkeiten, in denen wir leben"[18], sind nicht die materialen Umfelder, sondern vorrangig die Beziehungen, in denen wir stehen – Beziehungen, die sich dank des globalen Datenhighways zunehmend von unserer unmittelbaren Umgebung abkoppeln, im privaten Dienstleistungsbereich wie auch im Arbeits- und Privatleben. Wird, mit dem Medium, auch die Beziehung „virtuell"? Wie funktionieren Beziehungen zu Mitmensch und Umwelt real, wie virtuell, welche Funktionen haben sie (bzw. nicht mehr)? Die Wirklichkeit, in der wir leben, unsere Lebenswelt, ist durch Beziehungen von uns konstruiert: Schließlich erscheinen die Dinge nicht für jeden gleich, sondern gut oder schlecht, groß oder klein, autoritätsheischend oder unerheblich in Abhängigkeit von uns selbst, von unserem Verhalten den Dingen gegenüber und unseren Erfahrungen im Umgang mit ihnen. Über all diese Beziehungen bestimmen wir auch uns selbst: Egal, ob wir uns als groß oder klein, alt oder jung, klug, altmodisch, treu, emotional, unstet, verläßlich oder wie auch immer ansehen: Jede einzelne dieser Beschreibungen unseres Selbst ist immer in Bezug auf unsere Umgebung entstanden. Die Beziehungen zu den anderen um uns herum prägen nicht nur das Selbstbild, sondern ermöglichen es überhaupt. Sie bilden sich – als Individualität – in Abgrenzungen, aber genauso in Identifikationen mit anderen, etwa in Selbstzuschreibungen wie modern oder konservativ, Christ, Rollerskater, Sachse, Deutscher oder Westeuropäer, und bilden so gesellschaftliche Identität. Deutlicher als im ersten wird hier, daß solche Identitäten nur dort (und nahezu immer dort) entstehen, wo Menschen untereinander Gemeinsamkeiten feststellen; es sind Gruppenidentitäten, ist meine soziale Identität. Wird diese, mit globaler Elektronisierung, virtuell?

Virtuelle Kommunikation – virtuelle Gesellschaft?

Vor aller Technisierung konnte sich Identität nur unmittelbar aus der direkten Umgebung heraus entwickeln: Die Befriedigung aller Bedürfnisse, ob Broterwerb, soziale Kontakte oder Inanspruchnahme professioneller Dienstleistungen, erzwang ein In-Beziehung-Treten mit der unmittelbar räumlichen, regionalen Umwelt. Und soweit überhaupt eine Bezugnahme auf Entferntes möglich war, war sie meist nicht persönlich vermittelt, sondern bezog sich bereits auf Gruppenidentität, wie etwa die Bestimmung als Weißer in Abgrenzung zu Farbigen oder als ländlich-wertverhaftet im Vergleich zu städtischer Traditionslosigkeit immer meine ganze Umwelt kennzeichnet, nicht mich persönlich. Technischer Fortschritt und die auch damit erst mögliche Differenzierung der Gesellschaft gab die Chance zum Ausbruch aus dieser Provinzialität, ermöglichte nicht nur räumliche, sondern auch geistige Mobilität und war damit Grundlage unserer hochentwickelten Zivilisation. Aber immer noch spielten sich die meisten (und v. a. die wichtigsten) Erfordernisse des Alltags in der direkten Umgebung ab und bildeten das Gegengewicht zu dieser Modernisierung, nämlich feste Basis für Identität und soziale, gesellschaftliche Zugehörigkeit, deutlicher: für Gemeinschaft – eine Basis allerdings, die schon seit der Jahrhundertwende mit allmählicher Auflösung räumlicher Gebundenheit (Internationalisierung von Handel, Wissen und Werten) erodierte.

16. So gibt es Provider-Software, die nach einem eingangs erfragten Interessensprofil ähnlich interessierte Benutzergruppen zusammenstellen, deren Netzaktivitäten überwachen und web-Sites und Foren, die von einigen häufig aufgesucht werden, auch den anderen der Gruppe als für sie interessant empfehlen.
17. Effizient ist dies im Hinblick auf eine „ganzheitliche" Informiertheit, die uns oft nur zufällig erfahren läßt, was wir viel später brauchen, die unser Interesse erweitert, verändert und unsere Aufmerksamkeit manchmal auch erzwingt, wenn sie uns in Geschehen setzt, die wir eigentlich lieber „nicht wissen wollen".
18. So lautet ein Buchtitel von dem Philosophen H.C. Blumenberg, der auch den Begriff „Lebenswelt" entscheidend mitprägte.

Genau diese beiden Modernisierungstendenzen scheinen sich mir mit der Globalisierung aller Beziehungen, wie sie durch den Datenhighway in den Bereich des Möglichen rückt, zu verstärken. Einmal bietet sich die ungeahnte Chance der Reflexion traditioneller und regionaler Prägungen, der Differenzierung des Eigenen in Auseinandersetzung mit der kulturellen Vielfalt der ganzen Welt. Auf der anderen Seite aber gefährdet dieser Markt der Verortungsmöglichkeiten unserer selbst in seiner unsteten, flüchtigen Vielfalt immer mehr die Basis des zu Reflektierenden und Differenzierenden; sein breites Angebot wird zur Beliebigkeit, in dem kein fester Bezugspunkt bleibt, kein Standpunkt, keine Verortung, die so dauerhaft ist, wie unsere Identität es sein muß.

In den Newsgroups und Diskussionsforen des Web sind Identifizierungs- und Vergemeinschaftungsprozesse gut zu studieren. Gerade die noch lebendige Nähe des Netzes zu seiner Entstehung aus Insider-Kreisen, woher sich noch der persönliche, informelle Schreibstil bewahrt hat, begünstigt die schnelle Herausbildung einer Gruppenidentität, begründet durch das gemeinsame Interesse am Thema des Forums (wenn auch nicht mehr, wie früher, durch gemeinsam geteiltes Computer-„Geheimwissen" bestärkt). Solche Gruppen scheinen tatsächlich ausgesprochen viele Kennzeichen positiver, offener, reflektierter Gruppenbildung zu haben: vorurteilsfrei, ohne hohe Zugangsschranken (Netzzugang und „Netikette" einmal vorausgesetzt), wandlungsfähig und nicht hierarchisch. Ein schönes Studienobjekt war das Forum der ZEIT-homepage, das zu einem Hypertext-Literatur-Wettbewerb im Mai '96 eingerichtet wurde: Statt brav Leserbrief-Kommentare abzuliefern, organisierte sich spontan unter den Autoren und Interessierten eine durchaus (auch) ernsthafte Diskussion über die ästhetischen Qualitäten solcher Literatur; sehr viele Beiträge wurden vorab im Netz publiziert, und es fand quasi ein eigener Wettbewerb mit selbstorganisiert entstandenen Kriterien statt. Für die einzelnen Beziehungen, aus denen das Geflecht unserer sozialen Zugehörigkeit und Selbstbestimmung ja gewoben ist, ist das durchaus vorbildlich. Aber dennoch kommt dem Geflecht „realer" gesellschaftlicher Beziehungen eine ganz andere Qualität zu (und das einmal ganz abgesehen davon, daß die ausschließliche Kommunikation in Schrift und Bild die letzten in unserer rationalen, nominalistischen Welt noch vorhandenen anderen sinnlichen Dimensionen der Interaktion auslöscht). Entscheidend ist der Verpflichtungscharakter, der im elektronischen Netz verlorengeht und die Beziehung qualitativ verändert. V.a. die Philosophie hat immer den Forderungscharakter von Realität aufgezeigt, den sie uns gegenüber schon in ihrem bloßen Vorhandensein hat und durch den sie uns zur Stellungnahme, Bezugnahme und festen Abgrenzung zwingt von dem, was uns umgibt und sich mit jeder unserer Bewegungen und Handlungen verändert – zur Verortung unserer selbst, unseres Selbst. Seit der Ausbreitung von Computern ist daher deren Virtualität Gegenstand kritischer Analysen, die (Pseudo-)Macht des Users, die dieser mit dem On/Off-Schalter und dem Programmwechsel hat, die Aufhebung jeder Realität, die Beliebigkeit des eigenen Standortes.

Wird nun der Computer nicht zur Berechnung und Darstellung von Realität (resp. zum Spielen), sondern zur Kommunikation mit der „realen" Welt eingesetzt, erhält diese Macht eine doppelte Veränderung: Zum einen ist es wirklich Macht über die Welt, keine folgenlose Simulation oder Planspiel – mit jedem Mausklick bewege ich tatsächlich etwas in der Realität, teile mich mit, verschiebe Geld, treibe Handel u.a.m. Diese Teilhabe an der Welt steht mir jederzeit zur Verfügung; an jeden beliebigen Ort der zunehmend online präsenten Welt kann ich mich versetzen, weltweit mit allen Mächtigen und weniger Mächtigen kommunizieren[19]; die Welt liegt dem Netz-Surfer zu Füßen, besser: zu Händen (auf der Tastatur). Zum anderen aber ist es, eben weil es Realität ist, kein Spiel, sondern Medium der Wirklichkeit, zukünftig für immer mehr Bereiche wohl sogar einziges Zugangsmedium. Und schon gar nicht ist es mein Spiel; die online-Welt befindet sich ohne Einflußnahme und sogar in Abwesenheit des Netz-Surfers ständig im Wandel; alle ihre „Orte" – Sites, Foren, Kommunikationspartner – können in Sekundenschnelle spurlos verschwinden.

In der Wirtschaftswelt, in der schon jetzt Geschäftsbeziehungen über das universelle Medium Geld weitgehend enträumlicht und entmaterialisiert sein können und klassische Unternehmen mehr und mehr von Branchen und Orten losgelöste Holding-Konzerne, global players, sind, werden „virtuelle Firmen", Online-Banken wie auch Handels- und Dienstleistungsunternehmen, bestehende Tendenzen nur noch verstärken. Mit dem Vordringen des Web in Bereiche öffentlicher und privater Kontakte betrifft diese Entmaterialisierung und räumliche Entkopplung nun aber potentiell das gesamte Netz der Beziehungen, durch die der Einzelne mit der Gesellschaft verbunden ist, und betrifft damit den Kern der Gesellschaft, eben dieses Verbindungsnetz zwischen einer Gruppe von Individuen. Bislang war der Einzelne zwangsläufig eingebunden – man kann fast sagen: schicksalhaft verstrickt in eine Gesellschaft, die zwar im Pluralismus der Moderne nur noch ein Teil (nicht die Gesamtheit) der räumlichen Umwelt war, aber dennoch räumliche, also regionale, lokale Umwelt, und damit große Schnittmengen mit der Umwelt derer, die am gleichen Ort leben, aufwies: Man kennt vielleicht nicht mehr die Nachbarn im gleichen Haus, aber die Freunde wohnen in der gleichen Stadt; geht vielleicht nicht in das Restaurant der eigenen Straße, hat aber sein Stammlokal eine Ecke weiter, den Sportclub in der Nähe und teilt mit den anderen das Postamt, das Schwimmbad, Zeitungskiosk, Polizei und Straßen, Plätze, Stadtzentrum ... man sucht und findet, ob nun Punker oder gehobenes Bildungsbürgertum, seinen Lebensmittelpunkt in der räumlichen Umgebung. Man wohnt nicht nur, man lebt in der gleichen Stadt, dem gleichen Land; erst dies durch die täglichen Bedürfnisse erzwungene regionale Netz aus Kontakten macht aus Anwohnern Mitbürger, aus Einwohnern eine Solidargesellschaft. Erst dies Netz bewirkt ein Interesse an gemeinsamer Öffentlichkeit, am eigenen Staat, weil er den eigenen Lebensbedingungen der Rahmen setzt, und nur durch solch ein Interesse werden auch Verpflichtungen akzeptiert, sei dies nun das Einhalten von Gesetzen auch dort, wo sie nicht kontrollierbar sind, freiwillige soziale Dienste oder der „Generationenvertrag" der Altersversorgung: Erst im Bezug auf die gleiche Realität können übereinstimmende Sichtweisen, gemeinsame Wertungen, entstehen. Der Multi-Media-Mensch der Zukunft aber wird vielleicht

19. Über die vermeintliche Direktheit und Persönlichkeit elektronischer Briefe an Prominente gibt etwa das Bundestagsprojekt ... Aufschluß.

nicht nur seinen Arbeitgeber in Hongkong haben und seine Altersversicherung in Honolulu, sondern seinen Skatclub in Australien, kauft ein im virtuellen Warenhaus, konsultiert bei gesundheitlichen Problemen ein Expertensystem des Web, läßt Zeitung und Fernsehprogramm durch einen Netzagenten weltweit nach persönlichen Interessen zusammenstellen, hat Weiterbildungsseminare an einer Hochschule mit international zusammengesetzter Studenten- und Dozentenschaft, die nur durch die Web-Adresse zusammengehalten wird, eine ebensolche Psycho-Männergruppe, und verbringt ungezählte Freizeitstunden in der Online-Kneipe einer der rapide wachsenden Online-Spiele-Welten, die von Mitspielern aus der ganzen Welt bevölkert und ausgebaut werden[20]. Wo lebt dieser Nachbar?

Die vielzitierte „Aufhebung des Raumes" wird stattfinden und die Aufhebung dessen, was neuerdings verstärkt als Solidargemeinschaft und Basis nationaler sozialer Staatsordnungen eingeklagt wird. Aufhebung, nicht Vergrößerung, denn das „globale Dorf" kann kein Raum sein: Raum bestimmt sich durch Wände, durch Abgrenzung vom Außen, mithin wieder durch Beziehung zu anderem. Keine Weltgemeinschaft wird entstehen, sondern eher die Zunahme einer jetzt ortsungebunden strukturierten Ausdifferenzierung in soziale Subgruppen und Grüppchen, inklusive autoritativer Sekten und „closed shops" zu beobachten sein. Räume werden virtuell, individuell und weltweit konstruiert werden, durch Betreten, Erkunden und dauerhaftes Besuchen der Web-Sites und deren Links, den Kommunikationspartnern und -foren dieser Räume. Das nun prinzipiell „ungebundene Selbst"[21], das die wesentlichen sozialen Bedürfnisse Web-vermittelt abwickelt, wird nach verläßlichen, dauerhaften Orten suchen, denn Reflexion der eigenen Orientierung darf nur Einzelnes, nie unsere ganze Selbstbestimmung zugleich infragestellen. Sonst verliert das Ich den festen Boden unter den Füßen, die Orientierung, verliert seinen Standort oder kann nicht mehr entscheiden zwischen beliebigen Standorten, die mit jeweils anderer Perspektive auf die Dinge auch jeweils ihre eigene Wahrheit haben. Wertungen und Entscheidungskriterien müssen sich ohne Orientierung in Relativismus und Beliebigkeit verlieren[22]. Orientierung ist aber nur an Festem zu gewinnen, und dies kann nur von einem anderen sicheren Standort aus kritisch reflektiert werden – ein lebenslanger, dialektischer Prozeß, ein Sich-am-eigenen-Schopf-aus-dem-Sumpf-ziehen, ein Sich-seiner-selbst-bewußt-werden.

Die individuelle und soziale Identität, die sich in solch virtuellen Räumen entwickeln – verorten – kann, wird genau so verläßlich und dauerhaft sein wie diese virtuellen Räume, also wesentlich davon abhängen, wie alle im Web Aktiven sich verhalten. Technische Möglichkeiten und gesetzliche Bestimmungen (z.B. über Anonymität, Veröffentlichungsfreiheit in Foren und nationale Abschottung von Netzen) werden hierfür wesentliche Rahmenbedingungen setzen. Auf jeden Fall aber wird unsere Gesellschaft sich durch diesen Übergang zur Informations- und Kommunikationsgesellschaft wohl ebenso radikal verändern wie durch ihre Umwandlung in die Industriegesellschaft.

20. Nicht wenige Spieler bringen es auf über 100 Spiel-Stunden im Jahr!
21. Dies ist das (theoretische, nicht real existente) Ideal des Philosophen John Rawls, nämlich Grundlage seiner formalen, universellen und damit überkulturellen Gerechtigkeitstheorie, gleichzeitig aber Schreckensbild der v.a. in den USA starken Kommunitarier-Bewegung, die eine Stärkung von Gemeinsinn und Solidargemeinschaft fordert.
22. Das lehren uns z.B. die Weltgipfel-Debatten über Menschenrechte, die, wenn sie allen Kulturen und Religionen gleichzeitig gerecht werden wollen (also den eigenen Standort aufgeben), jede Bestimmung des Menschen überhaupt verlieren.

Michael Paetau

Sozialraum Internet?

Die Geschichte der Kommunikation ist die Geschichte ihrer Mediatisierung. Ihr eigentümlicher Doppelcharakter, erst durch Entkopplung des ursprünglich Verbundenen das soziale Band herzustellen, ist irritierend und hat immer schon zu scharfen Auseinandersetzungen bei der Bewertung kommunikativer Entwicklungen geführt. Ich möchte mich im folgenden nicht mit der These auseinandersetzen, daß informationstechnisch gestützte Kommunikation die gleiche soziale Qualität hinsichtlich sozialer Nähe, Verbundenheit etc. erzeugt, wie unmittelbare Interaktion zwischen Anwesenden. Dies wird – so weit ich die Literatur überblicke – nirgendwo behauptet, selbst nicht von Howard Rheingold. Umso erstaunlicher ist es, daß viele Autoren sich an der Widerlegung dieser nicht behaupteten These abarbeiten. Mir geht es hier lediglich um die Frage, ob und wie Sozialität unter den Bedingungen des virtuellen Raumes möglich ist. Dabei ist festzuhalten, daß es im Laufe der Jahrhunderte eine semantische Entwicklung des Raumverständnisses gegeben hat, die nicht ohne Konsequenzen für unser Verständnis von Kultur und Gesellschaft bleibt.

1. Der Raum als emergentes Phänomen

„The central event of the 20th century is the overthrow of matter". Mit diesem Satz beginnt die „Magna Charta für den Cyberspace"[23], um dann jedoch etwas abschwächend fortzufahren: „More ecosystem than machine, cyberspace is a bioelectronic environment that is literally universal: It exists everywhere there are telephone wires, coaxial cables, fiber-optic lines or electromagnetic waves". Offensichtlich läßt sich die Materie nicht ganz so einfach „über Bord werfen", wie zunächst behauptet. Aber worum es mir hier geht, ist die Hervorhebung der eigenständigen emergenten Existenz eines virtuellen sozialen Raumes, die sich nicht mehr, wie in unserem herkömmlichen Raumverständnis, auf materielle Entitäten zurückführen läßt. Raum und Materie werden als nurmehr strukturell gekoppelt charakterisiert analog zur Veränderung in der physikalischen Auffassung des Raumes durch Einsteins Relativitätstheorie.

23. http://alberti.mit.edu/arch/4.207/texts/cyberspace-dream.html

Mir geht es hier um die Frage der Bedeutung des Raumes für das Zustandekommen von Gesellschaft, von Gemeinschaft, von sozialen Systemen, kurz: von Sozialität. Schließlich sind unsere bedeutendsten Gemeinwesen, die Staaten Nationalstaaten wie auch multitethnische Unionen, Demokratien wie Diktaturen territorial, also räumlich definiert; und auch Gemeinschaften suchen sich zumeist lokale Bezugspunkte: Bürgerinitiativen fordern Räume für sich, Vereinigungen gründen Zentren, Vereine haben ihr Vereinslokal, und selbst nichtorganisierte Gruppen ihre Treffpunkte. Können Demokratien, also nicht notwendig ethnisch, ideologisch oder historisch definierte Staatsformen, ihre äußeren Grenzen und ihre innere Solidarität noch territorial begründen, wenn Vergesellschaftungen zunehmend in virtuellen Räumen stattfinden?

2. Verräumlichung des Sozialen?

Für die Erklärung von gesellschaftlichen Phänomenen hat der Raum immer eine bedeutende Rolle gespielt. Räumliche Nähe oder Ferne wurde immer als ein wichtiger Einflußfaktor für bestimmte Formen von Sozialität aufgefaßt. Sehr prägnant finden wir das im soziologischen Gemeinschaftsbegriff von Ferdinand Tönnies (1887). In Abgrenzung zum Begriff der „Gesellschaft" zeichnet sich die „Gemeinschaft" durch affektive, also nicht (nur) rational begründete Nähe ihrer Mitglieder und besonders enge Verbundenheit ab, die um ihrer selbst willen gesucht und daher von den Menschen als eine ursprüngliche Form des Zusammenlebens empfunden wird (Familie, Freundschaft, Liebe).

Auch wenn dieser Begriff in der modernen Soziologie so gut wie keine Rolle mehr spielt, stoßen wir in öffentlichen Debatten immer wieder auf einen Begriff von Kommunikation und Sozialität, der implizit dieses Gemeinschaftsverständnis zugrundelegt. Es wird von „wirklicher" und „ursprünglicher" Kommunikation gesprochen und dabei meinst eine direkte, interaktive, face-to-face-Kommunikation gemeint, in der die Kommunikationspartner sich räumlich nahe sind, ja genauer: sich am selben Ort befinden.

Auch Georg Simmel (einer der großen soziologischen Klassiker) hat sich mit der Frage des sozialen Raumes und seiner Bedeutung für das Zustandekommen sozialer Ordnung beschäftigt. Er untersucht den Raum im Hinblick auf die „Gestaltungen des Gemeinschaftslebens", die er in drei Grundformen einteilt: Erstens die „natürliche Gemeinheit", d.h. die Vereinigung von Wohnstätten unter dem Schutz von Wall und Graben, das städtische Schöffentum, durch welches die Gemeinde zur juristischen Person wurde, der kirchliche Verband der Einwohner in Pfarreien (Simmel 1908, S. 688). Alle drei okkupieren „den gleichen Bezirk in so störungslosem Zustand ... wie Lichtwellen und Schallwellen denselben Raum" (S. 688). Der Raum besitzt für Simmel keine ontische Eigenschaft, er ist „nur die menschliche Art, an sich unverbundene Sinnesaffektionen zu einheitlichen Anschauungen zu verbinden" (S. 688f.).

Dennoch hält Simmel am euklidischen Raumbegriff fest: Die Metapher vom Raum als Behälter, der das, was sich in ihm befindet die Gegenstände oder eben die Gemeinschaften erst in ihm möglich werden läßt, durchzieht seine Ausführungen zum Raum, wie ein roter Faden. Sozialer Raum ist ein von sozialen Wechselbeziehungen „erfüllter" Raum. Das isolierte Nebeneinander verschiedener Individuen in einem gegebenen Raum dagegen interpretiert Simmel als einen „unerfüllten Raum". Sobald die Personen jedoch in Beziehung treten „erscheint der Raum zwischen ihnen erfüllt und belebt". Insofern kann Simmel formulieren: „Die Wechselbeziehung unter Menschen wird – außer allem, was sie sonst ist, – auch als Raumerfüllung empfunden" (S. 689). Die Raumerfüllung liegt im „Zwischen". Durch die Wechselbeziehung wird etwas zuvor Leeres zu etwas für uns.

Auch der englische Soziologe Anthony Giddens, der eine Unterscheidung zwischen Raum und Ort vollzieht, bleibt noch der Containermetaphorik verhaftet. Unter Ort wird eine Art lokaler Schauplatz verstanden, „womit auf die im geographischen Sinne verstandenen physischen Umgebungsbedingungen gesellschaftlicher Tätigkeiten Bezug genommen wird". Die Moderne, insbesondere die Entwicklung von „Raumüberwindungstechniken" (Verkehrs- und Kommunikationstechniken) führte zu einer Dislozierung des Raumes vom Ort, „in dem Beziehungen zwischen abwesenden anderen begünstigt werden, die von jeder gegebenen Interaktionssituation mit persönlichem Kontakt örtlich weit entfernt sind". Unter Modernitätsbedingungen wird der Ort in immer höherem Maße phantasmagorisch, das heißt: Schauplätze werden von entfernten sozialen Einflüssen gründlich geprägt und gestaltet. Der lokale Schauplatz wird nicht bloß durch Anwesendes strukturiert, denn die „sichtbare Form" des Schauplatzes verbirgt die weit abgerückten Beziehungen, die sein Wesen bestimmen» (Giddens 1995, S. 30).

Nach Giddens vollzieht sich gegenwärtig eine „Verräumlichung des Sozialen". Gemeint ist die immer stärkere Trennung von (bloßem) Raum und (lokalisierbarem, bedeutungsvollem) Ort. Sie ist keine ganz neue Erscheinung (bei Giddens sogar explizit durch den Beginn der Moderne ausgelöst), wird aber durch die neuen Kommunikationsmedien in ihrer Tendenz verstärkt. Sie führt zu einem Phänomen, das Giddens „Entbettung" nennt, also das „Herausheben sozialer Beziehungen aus ortsgebundenen Interaktionszusammenhängen und ihre unbegrenzte Raum-Zeit-Spannen übergreifende Umstrukturierung" (Giddens 1995, S. 33). Was das für die Einheit der Gesellschaft, oder die soziale Ordnung bedeuten könnte, hat – hier stellvertretend für viele andere ähnliche Formulierungen – der französische Philosoph Gerard Raulet (1988) wie folgt zugespitzt: „Die technische Utopie einer durch Telekommunikation dezentralisierten Gesellschaften bedeutet dabei vor allem eine Verräumlichung der Kommunikation, dergestalt, daß sie jedwede Lokalisierung unmöglich werden läßt und dadurch die Auflösung der Bindungen und der Orte, die die traditionale Gemeinschaft über Symbole strukturierten, zum Ende bringt" (Raulet 1988, S. 286).

In diesen Ausführungen stecken zwei sich im Grunde widersprechende Aussagen: Zum einen wird behauptet, daß der Ort für die Entstehung und die Stabilisierung des Sozialen seine Relevanz verliert und der Raum an seine Stelle tritt. Implizit wird damit aber bereits unterstellt, was erst zu beweisen wäre: daß nämlich im Raum ähnlich stabile Sozialbeziehungen aufrechterhalten werden können, wie in ortsgebundenen Situationen.

Gleichzeitig wird aber auch das genaue Gegenteil behauptet, nämlich daß die Verräumlichung zu einer Auflösung der traditionellen Bindungen führt und Sozialität generell wegen des Verlustes an Unmittelbarkeit in der Interaktion erschwert wird. D.h. dem Raum wird gar nicht ernsthaft zugetraut, die Rolle des Ortes hinsichtlich der Herausbildung sozialer Ordnung zu übernehmen. In dieser zweiten Behauptung steckt implizit die Position, daß das Lokale, die körperliche Unmittelbarkeit, die face-to-face-Kommunikation die „wirkliche" und das soziale Wesen angemessen zum Ausdruck bringende menschliche Interaktion ist, und demzufolge die gegenwärtige Entwicklung eine Entartung menschlicher Kommunikation darstellt, die nur scheinbar Sozialität bewirkt, in Wahrheit aber die soziale Entropie erhöht, zumindest Entfremdung.

Vor allem diese zweite Aussage ist es, die zur Beunruhigung führt: Denn wenn Giddens These der Verräumlichung stimmt, muß die Gesellschaft sehen, wie sie sich am eigenen Schopfe aus dem Sumpf ziehen kann. Da muß man alle Hoffnung auf die neuen Medien setzen, genau auf diejenigen, die den Trend der Moderne zur De-lokalisierung bewirkt haben, und zwar in zweierlei Hinsicht:

1. Man hofft den Ort wieder zu seinem Recht zu verhelfen und damit die Einheit des Sozialen zu retten (Marktplatzmetapher, der globale Dorfplatz etc.)
2. Zum andern ist man geneigt, den Ort als zentralen Bezugspunkt für das Soziale überhaupt fallen zu lassen. Das wiederum provoziert die Frage: was soll an seine Stelle treten?

3. Sozialer Raum als relationales Netzwerk von Kommunikation

Eine zur Container-Metapher alternative Vorstellung des sozialen Raumes, müßte auf ein festes Interialsystem, das als Referenzsystem für das Soziale zur Verfügung steht, verzichten und den Raum als Produkt sozialer Operationen begreifen. Eine solche Auffassung finden wir – implizit – bei neueren soziologischen Ansätzen, die sich an der Kybernetik 2. Ordnung orientieren. Wenngleich meines Wissens noch keine explizite Theorie des sozialen Raumes vorliegt[24], kommt die Definition des Sozialen hierbei ohne Orte aus. Die Gesellschaft wird nicht mehr als eine Art Hülle betrachtet, in der verschiedene – von der Hülle zu unterscheidende – Individuen miteinander in Beziehung treten. Dementsprechend wird auch der soziale Raum nicht mehr durch geographische Aspekte (Anordnungsmuster der Standorte von Menschen und Artefakten) bestimmt. Wurde mit Hilfe der Behältermetapher in der Vergangenheit der soziale Raum oft mit politischen oder geographischen Grenzen identifiziert fokussiert man nun den sozialen Raum als ein Netzwerk von Kommunikation, das die Emergenz des Sozialen in der Vordergrund rückt.

Konstitutiv für das Soziale ist hier Kommunikation; und die macht vor keinen geometrischen Grenzen halt. Der Mensch (als körperliches Lebenwesen) ist an einen Ort gebunden, er kann entweder hier oder dort sein. Dies ist bei der Kommunikation – zumindest nach dem von ihr bislang durchlaufenden Evolutionsprozeß – nicht der Fall. Sie hat sich weitgehend von ihren körperlichen Voraussetzungen entkoppelt.

Gesellschaft ist ebenso wie der Raum ein emergentes Phänomen, daß dadurch zustandekommt, daß sich dauerhafte kommunikative Zusammenhänge herausbilden. Kommunikation ist eine soziale Realität sui generis (Fuchs 1992, S. 31), ein operatives Element in einem rekursiven Netzwerk, das Luhmann soziales System nennt. D.h. wir haben es mit einer selbstreferentiellen Definition des Sozialen zu tun: Entscheidend für die Frage des Zustandekommens sozialer Ordnung ist in erster Linie die Anschlußfähigkeit der Kommunikation. Mit Maturana könnte man dies als „Autopoiesis" bezeichnen, die Selbstreproduktion eines Systems mit den Mitteln des Systems selbst.

Für die Frage, inwieweit die Unmittelbarkeit (Ortsbezogenheit, face-to-face) der Kommunikation für die Anschlußfähigkeit wichtig ist, spielt die differenzierende Betrachtung der Kommunikation in drei voneinander zu unterscheidende Selektionen ein große Rolle: Information, Mitteilung und Verstehen. Die Differenz zwischen Information und Mitteilung wird dadurch hergestellt, daß die Mitteilung als Zeichen für eine Information genommen wird (Luhmann 1990, S. 24). Luhmann knüpft an den Informationsbegriff von Shannon und Weaver an und spricht von „Selektion aus einem (bekannten oder unbekannten) Repertoire von Möglichkeiten" (Luhmann 1984, S. 195). Die zweite Selektion bezieht sich auf die Auswahl der geeigneten Medien zur Übertragung der Nachricht und bei der dritten Selektion handelt es sich um einen Selektionsprozeß beim Empfänger, eine bestimmte Nachricht als Information zu behandeln. Soziale Systeme müssen entscheiden, was aus der Fülle der Irritationen durch die Umwelt, Informationscharakter hat und was lediglich als Rauschen mitläuft (Luhmann 1984, S. 193 ff.).

Sozialität kommt aber nicht schon durch die Einheit dieser drei Selektionen zustande, nicht allein durch eine einzelne Kommunikation, sondern erst dann, wenn es gelingt Kommunikation an Kommunikation anzuschließen und somit die Autopoiesis des sozialen Systems zu gewährleisten. Daß dies klappt, ist keineswegs selbstverständlich. Denn in dem Maße, in dem sich die lebensweltlich-gemeinsamen Realitätskonstruktionen (d.h. fraglos gegebene Gemeinsamkeiten) auflösen bzw. ausdifferenzieren, ist es nicht mehr ausgemacht, daß des einen Mitteilung überhaupt den anderen erreicht (Problem der Mitteilung), daß – selbst wenn es ihn erreicht – jener versteht, was dieser meint (Problem des Verstehens), und daß – wenn es verstanden wird – des einen Selektion auch für den anderen verbindlich gemacht werden kann (Frage der Anschlußfähigkeit bzw. des Erfolgs von Kommunikation).

Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, haben sich im Laufe der Geschichte Medien als evolutionäre Errungenschaften der Gesellschaft herausgebildet:

1. das Medium der Sprache für das Verstehen,
2. Verbreitungsmedien wie Trommeln, Rauchzeichen, Schrift, Druck, Funk, TV, etc. für die Mitteilung und

24. Auch Luhmann bleibt dort, wo er sich mit dem Raum explizit befaßt, in der euklidischen Welt befangen (z.B. Luhmann 1995, S. 179 ff.).

3. symbolisch generalisierte Medien wie Geld, Wahrheit etc. für die Anschlußfähigkeit.

Medien entkoppeln Sinnzusammenhänge. Das ist ein enormer Vorteil für die Sozialität. Das Soziale bedarf nicht unbedingt einer gleichartigen (fest-gekoppelten) Realitätskonstruktion. Individualität und Pluralität (d.h. individuelle Vielfalt innerhalb einer Gesellschaft oder Gemeinschaft) wird über Medien überhaupt erst möglich, ohne daß der Verlust der Einheit unabwendbar ist.

Die Entkopplung vollzieht sich dabei auf verschiedene Aspekte der Sinnbildung: erstens auf die Sachdimension (worum geht es? was wird geäußert?), zweitens auf die Sozialdimension (wer thematisiert was?) und drittens auf die Zeitdimension (wann geschieht etwas?).[25]

Die Geschichte der Kommunikation ist die Geschichte ihrer Mediatisierung, d.h. ihrer Entkopplung. Steigerung von Kommunikation wurde über die Verschiebung der Nutzung von Kommunikationskanälen erreicht. Kommunikation wurde immer mehr von der Nutzung sinnlicher Kommunikationskanäle gelöst und auf abstraktere Kanäle verlagert. Insofern ist die Geschichte der Kommunikation auch eine Geschichte der Ablösung der Ersetzung des Ortes durch den Raum. Daß es dennoch nicht zur Auflösung des Sozialen kam, lag daran, daß sich eine besondere Art von Medien herausbildete, die die traditionellen ortsvermittelten Bindungen durch neue Formen raumvermittelter Bindungen ersetzten. Luhmann nennt sie im Anschluß an Parsons „symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien".

Eine besonders gern und viel zitierte Analogie für die Bindewirkungen derartiger Medien ist die Entwicklung des Warentausches durch das Medium Geld. Die Delokalisierung des Warenmarktes hat gegenüber den Anfängen des Warentausches in lokalen Marktplätzen nicht weniger, sondern eher größere Stabilität herausgebildet. Allerdings geht es hierbei um besondere Formen sozialer Beziehungen. Marx hat sie in kritischer Ansicht als vergegenständlicht, dem Warenfetisch geopfert, d.h. als Entfremdung analysiert. Die moderne Soziologie spricht von funktionaler Ausdifferenzierung. Doch beide Analysen (und man könnte andere hinzufügen, wie z.B. die von Simmel) kommen zu dem Ergebnis, daß es die Herausbildung eines generalisierenden Mediums war, das die Herausbildung und Stabilität einer bestimmten Form sozialer Beziehungen ermöglichte und eine neue Sicherheit verschaffte, womit gleichzeitig aber die früheren, sozial engeren und räumlich gebundenen Tauschbeziehungen verschwanden.

Historisch betrachtet war die Herausbildung des Geldes die Voraussetzung für die Entwicklung eines Warentausches, der über lokale Märkte hinausging. also die Aufhebung der Raumgebundenheit von Handelsbeziehungen. Oder umgekehrt formuliert: die Herausbildung des delokalisierten Warenverkehrs machte die Entstehung eines spezifischen Mediums erforderlich. Geld als Medium hat in soziologischer Hinsicht einerseits eine homogenisierende Funktion, weil sich Produkte arbeitsteiliger, selbständiger, voneinander unabhängiger Privatarbeiten in einer bestimmten Form gegenübertreten: als besondere Ware, die als allgemeines Äquivalent die Tauschwerte aller anderen Waren darstellt. Andererseits führte es genau mit seiner Allgemeingültigkeit zu einer De-Lokalisierung des Warentausches, da nun möglich wurde, seine Ware auf einem Markt zu verkaufen und mit dem Erlös eine andere Ware auf einem anderen Markt zu erstehen.

4. Medien: Verbindung durch Trennung

Nach meinen bisherigen Ausführungen kann man festhalten, daß es in theoretischer Hinsicht keinen ausreichende Grund gibt, an der Möglichkeit sozial vollwertiger Kommunikation mit Hilfe computergestützter Kommunikationsmedien zu zweifeln. Eine Entwicklung, die vor Jahrhunderten begann, scheint zu einem vorläufigen Höhepunkt zu gelangen: Die Mediatisierung sozialer Kommunikation, begonnen mit der Sprachentwicklung unter Bedingungen der unmittelbaren Face-to-Face-Kommunikation, weiterentwickelt über Rauchzeichen, Trommeln, Briefe etc., führte zu der Möglichkeit von Sozialität (oder auch: sozialer Systembildung) unter Abstraktion von körperlicher Anwesenheit und ermöglichte so überhaupt erst größere Gemeinwesen wie etwa Staaten. Cyberspace erscheint so als Moment gesellschaftlicher Evolution.

Vor dem Hintergrund unserer Ausgangsfrage muß jedoch nachgekartet werden: Es reicht uns nicht eine vorüberfließende Kommunikation, die Aneinanderreihung vielfältiger und isolierter Sprachspiele, Zufallsselektionen, sondern wir fragen nach sozialen Bindungen, Systembildungen, sozialer Ordnung. Und hier stehen wir zunächst vor dem Problem, daß gleichzeitig mit der Steigerung der Möglichkeit von Kommunikation „auch die evolutionäre Unwahrscheinlichkeit erfolgreicher Kommunikation i.S. der Realisierung ihrer Verknüpfung" steigt (Gilgenmann 1994).

Erfolgreiche Kommunikation ist es aber, die wir als Voraussetzung für Sozialität annehmen müssen. Und erfolgreich heißt: Die Einheit der drei Selektionen Information, Mitteilung und Verstehen realisierend! Das ist die Mindestanforderung. Aber auch die reicht noch nicht. Denn um eine relativ dauerhafte Sozialität zu konstituieren, d.h. um zu vermeiden, daß alle Voraussetzungen der Kommunikation sich immer wieder neu aufbauen (und abbauen) müssen, ist ein Sicherungsmechanismus erforderlich, auf den ich am Beispiel des Mediums Geld hingewiesen habe.

Die Wahrung von Sozialität unter den Bedingungen einer gesteigerten Vielfalt bedarf der Herausbildung derartiger Medien in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft und den jeweiligen sozialen Systemen. Für Ferdinand Tönnies war – wie bereits erwähnt – die „Ortsbindung" eines der drei zentralen Kriterien seines Gemeinschaftsbegriffs (neben Blutsbindung und Geistesbindung). Neuere (aber auch ältere aus den 60 und 70er Jahren stammende) industriesoziologische Untersuchungen haben gezeigt, daß dieses Kriterium oft überbewertet wird. Stark ausgeprägte face-to-face-Interaktionen können faktische Isolierungen verdecken, also für einen externen Beobachter soziale Bindewirkungen vortäuschen (Paetau 1990, S. 55 ff.). Das Festhalten an der Unmittelbarkeit der Kommunikation als Idealzustand und

25. So ist beispielsweise das schriftlich Gemeinte ist nicht mehr darauf angewiesen, aktuell verstanden zu werden. Die Selektionsmöglichkeit wird erweitert. Man muß nicht sofort antworten. Man kann sich z.B. Gruppenzwängen entziehen. Damit wächst auch die Bedeutung des Sachlichen (der Sachdimension) gegenüber der Sozialdimension)

Referenztyp, an dem sich jede Sozialität fördernde Kommunikation zu messen hat, führt nahezu zwangsläufig zu der sattsam bekannten kulturpessimistischen Verdammung technisch vermittelter Kommunikation. Ihr wird das Etikett des Pathologischen angeklebt. Natürlich ist es klar, daß man eine delokalisierte Kommunikation nicht verwechseln darf mit einer traditionellen unmittelbaren Interaktion. Doch darf diese Differenz nicht dazu verleiten, die Bedeutung mediatisierter Kommunikation für die Herausbildung des Sozialen zu unterschätzen. Anstatt die Unmittelbarkeit der Kommunikation zum Referenzpunkt für die Bewertung mediatisierter Kommunikation zu machen, müßten vielmehr die einzelnen Selektionen (Information, Mitteilung und Verstehen) in den drei Dimensionen dieser Kommunikation (Zeitdimension, Sachdimension, Sozialdimension) auf Veränderungen untersucht werden. Auf diese Weise könnte man dem merkwürdigen Doppelcharakter von Entkopplung und Steigerung der Kommunikation analytisch gerecht werden.

Literatur

Charpa, U.; Grunwald, A.: *Albert Einstein*. Frankfurt am Main 1993: Campus

Fuchs, P.: *Die Erreichbarkeit der Gesellschaft. Zur Konstruktion und Imagination gesellschaftlicher Einheit*. Frankfurt am Main 1992: Suhrkamp

Giddens, A.: *Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt am Main 1995: Suhrkamp

Gilgenmann, K.: Kommunikation mit neuen Medien. *Sociologia Internationalis*. 32. Jg. (1994), Heft 1. S. 1–35

Kant, I.: *Kritik der reinen Vernunft*. Band 1. Frankfurt am Main 1781: Suhrkamp

Luhmann, N.: *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt am Main 1984: Suhrkamp

Luhmann, N.: *Die Kunst der Gesellschaft*. Frankfurt am Main 1995: Suhrkamp

Paetau, M.: *Mensch-Maschine-Kommunikation. Software, Gestaltungspotentiale, Sozialverträglichkeit*. Frankfurt am Main, New York 1990: Campus

Raulet, G.: *Die neue Utopie. Die soziologische und philosophische Bedeutung der neuen Kommunikationstechnologien*. In: M. Frank, G. Raulet, W. van Reijen (Hg.): *Die Frage nach dem Subjekt*. Frankfurt am Main 1988: Suhrkamp. S. 283–316

Simmel, G.: *Der Raum und die räumliche Ordnung der Gesellschaft*. In: G. Simmel (Hg.): Soziologie. *Untersuchungen über die Formen der Gesellschaft*. Leipzig 1908: Duncker & Humblot. S. 614–708

Dagmar Boedicker

Gegenöffentlichkeit im Internet

Durch das Internet steigt die Informationsflut – emanzipieren uns diese zusätzlichen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten? Werden wir damit unabhängiger von der öffentlichen Meinung? Was bedeutet das für unsere demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten?

In Athen entstand öffentliche Meinung auf der Agora, bei den alten Germanen auf dem Thing, in demokratischen Industriestaaten wird sie vor allem von der Publizistik gemacht. Das gilt nicht nur für Deutschland, in dem die bürgerliche Öffentlichkeit keine lange Tradition hat. Wenn man dem renommierten Linguisten und Medienkritiker Noam Chomsky glauben darf, dienen auch in den USA die Medien hauptsächlich zum *manufacturing consent*, bewirken sie *necessary illusions – thought control in democratic societies*[26].

Demokratie solle Volksherrschaft bedeuten, kritisiert Chomsky, statt dessen liege die Macht in privaten Händen, mit entsprechenden Auswirkungen auf unser Leben. Da eine Ausdehnung des Demokratieprinzips auf die Organisation von Arbeit, Investitionen, usw. nicht erwünscht sei, seien Maßnahmen entstanden, mit denen die Einmischung der Öffentlichkeit ausgeschaltet werde. Dies geschehe durch die Aushöhlung politischer Strukturen und durch ideologische Einrichtungen, die Haltungen und Gedanken in erträglichen Grenzen kanalisieren und dadurch die potentiellen Herausforderungen für etablierte Autorität und Privilegien abwehren, bevor sie erstarken und Gestalt annehmen können.[27]

Diese ernüchterte Sicht vom revolutionären Potential der öffentlichen Meinung deckt sich mit der Einschätzung Die öffentlichen Meinungs- und Willensbildungen formen in den Demokratien weitgehend das politische Schicksal.[28] Allerdings hat man wohl in der allgemeinen Demokratie-Euphorie der 1957 noch jungen Bundesrepublik dabei andere Hoffnungen und Erwartungen gehabt.

Öffentlichkeit

Öffentlichkeit kann sehr vage sein. Mal hält sie Saddam Hussein für einen zweiten Hitler, der keinesfalls an der Macht bleiben darf, dann vergißt sie ihn, jahrelang. Sie ist gewissermaßen abhängig von der Tagesform. Sie verfestigt sich aber auch, wie an den Positionen der Arbeitgeber gegenüber Politik und Gewerkschaften beim Bündnis für Arbeit zu beobachten war. Sie hängt also von Interessenlagen ab und den Möglichkeiten, ihnen Gehör zu verschaffen. Auch die Gruppenzugehörigkeit spielt eine Rolle. Wer sich zum technokratisch-liberalen Milieu gehörig fühlt, bildet eine andere Öffentlichkeit als die Angehörigen des alternativen Milieus. Die öffentliche Meinung gibt es nicht, nur öffentliche Meinungen im Plural.

öffentlichkeit sollte den Prozeß politischer Entscheidungen kontrollieren und alle beteiligen, die von den Entscheidungen betroffen sind. Daher die Erwartung an die Medien: Sie sollen die vierte Gewalt in der Demokratie darstellen. Wir sehen sie in der Pflicht, die drei Gewalten Legislative, Exekutive und Judikative zu kontrollieren, und wir erwarten, daß sie durch Information dazu beitragen, eine lebendige Demokratie zu prägen, in der mündige Bürgerinnen und Bürger ihr Gemeinwesen mitgestalten. Außerdem sollen die Massenmedien den Kommunikationsbedarf gesellschaftlicher Gruppen decken, indem sie verbreiten, was diese Gruppen – zu denen auch die Verfechter von Alternativen

26. Herstellen von Konsens; notwendige Illusionen – Gedankensteuerung in demokratischen Gesellschaften (Titel eines Films über und eines Buchs von N. Chomsky)
27. Necessary Illusions, N. Chomsky, Boston, MA, 1989, S. vii f (Übersetzung von mir)
28. Staat und Politik, E. Fraenkel und K. D. Bracher, Frankfurt a. M., 1957, S. 207

zum bestehenden System gehören – der Öffentlichkeit mitteilen wollen. Tun sie das?

Der weit überwiegende Teil heutiger Nachrichten wurde nicht recherchiert, sondern vielmehr lanciert, dabei wiederum vorwiegend von Unternehmen, die aus eigenen Abteilungen für Öffentlichkeitsarbeit regelmäßige Pressemitteilungen herausgeben. Computer- oder Autozeitschriften wären ohne diese Beiträge aus der Industrie nicht lebensfähig. – Es gibt verschiedene Formen von Manipulation: einerseits die Unterdrückung unerwünschter, anderseits die Verbreitung von falschen, bewußt einseitigen oder schädlichen Meldungen. In Frankreich bekam eine leitende Redakteurin des Magazins Le Point, das dem Alcatel-Alsthom-Konzern gehört, nach einer Chinareise Balladurs zu hören: Ich habe euren Hauptaktionär wissen lassen, daß wir uns nicht für Exportverträge einsetzen, um nachher negative Artikel zu lesen.[29]

Außerdem ist die Teilhabe an der Massenkommunikation ungleichgewichtig. Wer sich politisch engagiert und sich jemals bemüht hat, Öffentlichkeit über die Massenmedien zu erreichen, weiß, wie schwierig das ist und wie abhängig von schlecht einzuschätzenden Faktoren.

Wer wirkt auf die öffentlichen Meinungen ein?

Vernetzung ist global, es empfiehlt sich also sicher, neben den nationalen oder regionalen auch die internationalen Aspekte zu betrachten. Fangen wir kleinräumig an: So wie Tageszeitungen oder lokale Rundfunk- und TV-Anbieter durch Art und Themen ihrer Berichterstattung und konzentrierte Besitzverhältnisse erheblichen Einfluß auf die Kanalisierung öffentlicher Meinungen in den Bundesländern haben, so sind national die Verleger und Anbieter elektronischer Medien weitgehend verflochten. Ein gutes Beispiel ist Leo Kirch. Er hat Filmproduktions-, Filmhandels- und Filmverwertungsunternehmen, Fernsehstationen und Werbeagenturen, kann also gewünschte Inhalte von der Konzeption über die Produktion in die Ausstrahlung oder den Verleih bestimmen und dabei noch die Werbung im Umfeld vermarkten. Der Gegenspieler Bertelsmann ist weltweit die Nummer 2 der Medienkonzerne. Hier sind also die Macher von der lokalen bis zur globalen Dimension beteiligt.

Da müßte es doch ein leichtes sein, beispielsweise europäische Öffentlichkeit herzustellen. Viele Themen wirken sich auf alle Mitgliedstaaten aus, und – erinnern wir uns – Öffentlichkeit sollte den Prozeß politischer Entscheidungen kontrollieren und alle beteiligen, die von den Entscheidungen betroffen sind. Wo aber ist der breite öffentliche Diskurs über die Agrarpolitik, über eine europäische Verfassung, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik? Wer berichtet über europäische Betriebsräte, und wo mischen sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein? Öffentliche Meinung ist nur in Ausnahmefällen international. Eine nicht vorhandene europäische Öffentlichkeit kann nicht kontrollieren, dagegen ist das Kapital international noch stärker als national:

Das im internationalen Kapital organisierte und frei flottierende Privatinteresse setzt ... den durch binnengesellschaftliche Konkurrenz vermittelten Funktionsmechanismus nationaler Kontrolle durch eine politisch fungierende Öffentlichkeit spielend außer Kraft. Dem grenzübergreifenden Kapitalverkehr entspricht nicht in gleicher Weise eine grenzübergreifende Kontrolle durch zwischenstaatlich organisierte politische Öffentlichkeit.[30]

29. Journalisten als Handlanger der Mächtigen Fredy Gsteiger, Die Zeit, 17.11.95, S. 79

Netzbeziehungen und -erlebnisse

Hier hätten wir also ein zukünftiges Feld für Informationen, die von der Medienlandschaft unabhängiger machen könnten. Organe der Europäischen Union bieten ihre Materialien auch jetzt schon online an. Nur finden muß man sie – ein Wissen, das bisher hauptsächlich die Wirtschaft und größere Lobbies mitbringen.

Empirische Daten zur Internet-Nutzung sind bisher rar, kommen meist aus den USA und beziehen sich auf begrenzte Gruppen. Klar ist aber: Die Mehrzahl der Netzbeziehungen findet in Wirtschaft und Forschung unter Bedingungen der Arbeitswelt mit entsprechenden Abhängigkeiten und Zwängen statt. – Welcher Art sind die Erlebnisse und Beziehungen, die das Netz außerdem bietet?

Laut Expertenaussagen auf dem ersten Welt-Kongreß gegen kommerziellen sexuellen Mißbrauch von Kindern (August 1996) werden auf den ca. 40-50 Millionen Seiten im Internet durchschnittlich eine Million Seiten mit Kinderpornographie geboten. Laut einer Studie von Harold Thimbley, Professor an der Middlesex University, bezieht sich knapp die Hälfte der 11 000 häufigsten Internet-Suchfragen auf Pornographie. [31]

Chats und Spiele sind ebenfalls beliebt, aber kaum geeignet, Öffentlichkeit zu erzeugen. Die bildet sich in Newsgroups, Foren und ähnlichem, aber wie das Fernsehen ist auch elektronische Kommunikation nur zur Vermittlung eingeschränkter Inhalte geeignet: Dokumente austauschen, Bilder von Sachen übermitteln, über Preise und Produkte informieren, das kann sie. Aber menschliche Gefühle, Leben, eine Aura[32], das kann sie nicht übermitteln. Es ist eben nicht dasselbe, ob ich meine Erfahrung mit dem lebendigen Menschen mache oder einer Übertragung seines Gesichts per Video, es ist ein Unterschied, ob ich schwarze Flecken im Watt sehe und berühre oder mir das Mitglied einer Bürgerinitiative Rettet das Watt darüber berichtet oder ein Foto auf den Bildschirm sendet. Wenn ich mitarbeiten will in der Initiative, dann empfiehlt es sich, das Watt aus eigener Anschauung zu kennen, sonst werde ich wohl kaum die Ausdauer und Überzeugung haben, meine Zeit dafür einzusetzen. Wer seine Zeit vor dem Bildschirm verbringt, beraubt sich der unmittelbaren Erfahrung, aus der allein die Bereitschaft zum Handeln kommt. Euphorische Web-Surfer, die vor lauter Information in PC-gestützter Untätigkeit erstarren, sind mir Anschauungsmaterial.

Netzbeziehungen sind eben auch unverbindlicher. Mit Menschen gemeinsam zu handeln, die ich nie leibhaftig erlebt habe, das hat andere Bedeutung als die Nachbarschaftshilfe, in der ich wöchentlich für Frau Müller einkaufe und eine Vertretung organisiere, wenn ich mal nicht kann.

30. Otwin Massing: Öffentlichkeit, Handbuch Soziologie – Zur Theorie und Praxis sozialer Beziehungen, S. 413
31. Hackers called in as cyber cops Jon Henley in The Observer, 1.9.96
32. im Sinne Walter Benjamins in: „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit"

Wer muß draußen bleiben?

Das Medium Internet hat nicht nur solche technischen und gefühlsmäßigen Einschränkungen. Seine politischen Beschränkungen sind vergleichbar mit denen bisheriger elektronischer und Printmedien. Mit seiner zunehmenden Kommerzialisierung verläßt es die Sphäre wissenschaftlicher Kommunikation, für die es ausgezeichnet geeignet ist. Auch im Netz schlagen sich organisationsinterne, aber nicht-öffentliche Prozesse der Willensbildung nieder, beispielsweise von Verbänden, auch hier wirken Lobby-Arbeit und Ideologieproduktion. Noch treffen sie vorwiegend auf ein männliches, akademisch gebildetes Publikum aus dem Technokraten-Milieu. In Deutschland kann eine Mehrheit mit dem Begriff Internet nach wie vor nichts anfangen. Randgruppenmeinungen werden relativ selten gehört, allein die Masse des Angebots läßt Gegenöffentlichkeit unauffällig werden. Wirtschaftlich schwache Akteure werden auch im Internet Schwierigkeiten haben, die Aufmerksamkeit auf ihre Anliegen zu richten.

Wer Englisch nur mäßig oder gar nur passiv beherrscht, wird ohnehin zum Konsumenten reduziert. Randgruppen bleiben aus finanziellen und Bildungsgründen auf absehbare Zeit ausgeschlossen, nicht nur aus der Rolle der Anbieter, auch aus der der Konsumenten. Es besteht die Gefahr, daß das Angebot traditioneller Informationsquellen, das ihnen zur Verfügung steht, wie beispielsweise von Zeitschriften und Büchern aus kostenloser Ausleihe, ausgehungert wird durch die billigeren elektronischen Angebote. Werbeeinnahmen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gehen schon seit Einführung der Privaten zurück, auch die Finanzierung aus Gebühren ist langfristig gefährdet, wenn Digital Broadcasting überhandnimmt.

Es ist dennoch sicher realistisch, im Internet eine Chance auch für gesellschaftlich nicht ausreichend repräsentierte Gruppen zu sehen. Nichtregierungs-Organisationen beispielsweise im Bereich Menschenrechte oder Umweltschutz nutzen die internationalen Netze, um untereinander schnell zu kommunizieren und an unterschiedlichen Stellen des Erdballs die Öffentlichkeit zu erreichen. Leider sind China oder Singapur Beispiele dafür, daß eben dies von den Mächtigen nicht gewünscht wird.

Der Mangel an Informationen über beispielsweise die Situation von Wohnungslosen (in Deutschland allein gibt es ca. 900 000) und anderen Armen ließe sich durch internationale Zusammenarbeit der Wohlfahrtsverbände (wenigstens in der Europäischen Union) korrigieren, Maßnahmen könnten zielgerichteter erfolgen. Migranten haben durch die Telekommunikation bessere Möglichkeiten, mit den Ereignissen in ihren Heimatländern, mit Familie und Freunden in Kontakt zu bleiben. Für Senioren und Behinderte gibt es Chancen, sich dank der Telematik aktiver und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Ich kann aber nur vor überzogenen Hoffnungen warnen: diese Art von technisch gestütztem sozialen Fortschritt ist teuer, und das Klima für teure Maßnahmen schon seit einiger Zeit denkbar ungünstig. Obendrein hat die Bundesregierung auf ihre Möglichkeiten verzichtet, Anbieter von Telekommunikations-Dienstleistungen für die Finanzierung von Angeboten heranzuziehen, die preiswert oder kostenlos auch benachteiligten potentiellen Nutzern zu Gute kämen.

Vom Denken zum Handeln

Bei allen bekannten Einschränkungen sollten wir vor allem nicht vergessen, daß öffentliche Meinungen erst wirksam werden, wenn aus ihnen politisches Handeln erwächst. – Ich sehe keine Anhaltspunkte dafür, daß die jetzigen Netz-Teilnehmer/-innen eher dazu prädestiniert wären als frühere Mediennutzer. Es bleibt der alte Widerspruch: Öffentlichkeiten lassen sich beeinflussen, ganz gleich über welches Medium. Und sie werden beeinflußt von denen, die eigene Interessen durchsetzen können. Solchermaßen manipulierte Öffentlichkeiten sollen dann aber kontrollieren und politisch handeln?

Das Internet erleichtert politisch aktiven Gruppen die Arbeit, es führt aber auch zu einer weiteren Beschleunigung. Es ist möglich, Meinungen und Information aufzustöbern, die in den traditionellen Medien kaum einen oder gar keinen Platz haben. Reaktionen können schneller erfolgen. Angesichts des Entscheidungsdrucks im globalen Wettbewerb könnte das aber auch dazu führen, daß der gesellschaftliche Diskurs verkürzt wird. Die Entscheidungsfindung zu komplexen Zusammenhängen steht auch jetzt schon unter Zeitdruck, beispielsweise bei Genehmigungsverfahren.

Gezielte Information ist zwar möglich, wenn sie aber schnell zu konsequentem Handeln führen soll, ist es besonders wichtig, daß sich ihre Verlässlichkeit und Relevanz richtig einschätzen lassen. In den Netzen sind die Filter für ihre Qualität aber durchlässiger und weniger zuverlässig. Die ambivalente Rolle der Journalisten als Gatekeeper fällt bei vielen Angeboten weg. Selbst bei elektronischen Äquivalenten zur Zeitung fehlt meist eine lokale Redaktion mit Ansprechpartnern, die man auch kennenlernen kann. Es gibt kein verläßlichen Traditionen (welch suspektes Wort für Progressive) bei den neuen Informationsquellen. Orientierung ist schwierig. Nur verläßliche Informationen bieten aber eine ausreichende Grundlage für (politisches) Handeln. Mehrheiten zu mobilisieren, braucht immer noch Zeit, Überzeugungsarbeit ist immer noch langwierig. Alternativen zum bestehenden System brauchen Protagonisten auf allen Ebenen, nicht nur der elektronischen. Wir können immerhin hoffen, daß sie in Zukunft ein breiteres Auditorium finden.

Zum Schluß eine Einschätzung von Hans Magnus Enzensberger aus seinem Baukasten zu einer Theorie der Medien[33]: „Die Verheißungen der Medien ... antworten auf das massenhafte Bedürfnis nach immaterieller Vielfalt und Mobilität (das seine materielle Verwirklichung im privaten Autobesitz und im Tourismus sucht) und beuten es aus. Ebenso mächtig und eindeutig emanzipatorisch sind andere kollektive Wünsche, die das Kapital oft früher erkennt und richtiger einschätzt als seine Gegner, natürlich nur, um sie einzufangen und ihrer Sprengkraft zu berauben: das Bedürfnis nach Teilnahme am gesellschaftliche Prozeß im lokalen, nationalen und internationalen Maßstab; das Bedürfnis nach neuen Formen der Interaktion, nach Befreiung von Ignoranz und Unmündigkeit, das Bedürfnis nach Selbstbestimmung."

33. in Medienforschung, Band 2, Dieter Prokop, Hrsg., Frankfurt am Main, 1985, S. 483

Roland Alton-Scheidl

Gehsteignetz an der Datenbahn – Bericht über den Feldversuch „Grätzltelefon“

„Der Rundfunk ist aus einem Distributionsapparat in einen Kommunikationsapparat zu verwandlen. Der Rundfunk wäre der denkbar großartigste Kommunikationsapparat des öffentlichen Lebens, ein ungeheures Kanalsystem, das heißt, er wäre es, wenn er es verstünde, nicht nur auszusenden, sondern auch zu empfangen, also den Zuhörer nicht zu isolieren, sondern ihn in Beziehung zu setzen.“

Bert Brecht (Radiotheorie, 1927)

Digitale Städte, lokale Online-Dienste oder der Feldversuch „Grätzltelefon“ geben Anlaß zur Hoffnung, daß Telekommunikationsmedien den Diskurs zu lokalpolitischen Themen unterstützen können und eine Integrationsfunktion haben. Interaktive Telefondienste mit akustischen Informations- und Diskussionsforen ergänzen den lokalen Medienmix in einer sozialverträglichen Form, um lokale Kommunikation zu fördern und greifbarer zu machen. Mit einer integrativen Technikbegleitforschung anhand eines Pilotprojektes in Wien sind Gestaltungsvorgaben für ein Audiotex-System erarbeitet und in einem interdisziplinärem Team für einen Feldversuch umgesetzt worden, die nun in weiteren spin-off Projekten quasi weiterleben. Bei der Anwendung interaktiver Telefondienste darf jedoch auf verbindliche Querverbindungen zur Realpolitik nicht vergessen werden, denn sonst bleibt die elektronische Demokratie auch weiterhin bloß eine leere Worthülse.

Telekommunikationsdienste und Demokratie

Neue Telekommunikationsdienste wie Online-Dienste, Mailboxen, Internet, Audiotex[1] oder Fax-on-demand geben vielerorts Anlaß zu Hoffnungen, daß bei der Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung, im Prozeß der Bürgerbeteiligung und der Erneuerung der Demokratie solche Dienste positive Effekte auf die Transparenz politischer Entscheidungen und Möglichkeiten der Mitbestimmung haben. Nicht zu übersehen sind die zahlreichen Versuche sowohl auf Seiten von Stadtverwaltungen als auch durch kommerzielle und non-profit Organisationen, diese neuen Medien zur Verbesserung der lokalen Kommunikation zu nützen: prominente Beispiele hierfür sind digitale Städte in Europa oder die Community-Net Bewegung in den USA.

Im Rahmen eines TA-Forschungsprojektes wurden eine Bestandsaufnahme diesbezüglicher Projekte durchgeführt und auch dazugehörige bisherige Erfahrungen gesammelt, einige politiktheoretische Überlegungen angestellt und ein Feldversuch mit einem interaktiven Telefondienst als Beispiel für einen sozialverträglichen Kommunikationsservice durchgeführt und ausgewertet. Das Forschungsprojekt wurde an der Forschungsstelle für Sozioökonomie der österreichischen Akademie der Wissenschaften mit Unterstützung der Stadtplanung und der Kulturabteilung der Stadt Wien durchgeführt und im Juni 1995 abgeschlossen. In diesem Beitrag werden die wichtigsten Ergebnisse dargestellt.[2] Insbesonders wird der Beschreibung des Feldversuches, der mit einem Audiotexservice realisiert worden ist, besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Einleitend wäre noch anzumerken, daß es gelungen ist, das Projekt auch nach dem Abschluß der Begleitforschungen weiterzuführen, indem wesentliche Projektergebnisse für weitere Anwendungsbereiche interaktiver Telefondienste von PUBLIC VOICE[3] in einen kommerziellen Rahmen und dem PUBLIC VOICE Labor in einem nichtkommerziellen Rahmen umgesetzt und erweitert werden. So wurde etwa Ende 1995 der interaktive Telefonservice Wien@Telefon 58930 mit wesentlichen Elementen des Feldversuchs als Pendant zu einer Digitalen Stadt im Internet eingerichtet.

Informationssysteme für einen lokalen Bereich haben bereits Tradition. In den 70er-Jahren bestand die Zielsetzung darin, besseren und kompetenteren Service für die Benutzer der öffentlichen Verwaltung durch besser informierte Beamte zu gewährleisten. Daher richteten sich diese Informationssysteme an die Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bürger, also an Verwaltungsbedienstete im Parteienverkehr. In den 80er-Jahren wurden in vielen Ländern über nationale Videotex-Systeme[4] lokale Informationsdienste eingerichtet. Doch mit Ausnahme einiger Dienste in Frankreich erlangte kein Projekt ausreichende Akzeptanz und Verbreitung.

Erst in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre waren neue Voraussetzungen für das Erscheinen eines neuen Typs von kommunalen Informationssystemen gegeben. Das Aufkommen von Personalcomputer und einfacher Telekommunikationssoftware erlaubten die Inbetriebnahme von Mailboxen, Online-Diensten und Audioboxen. Weiters erlangten erst jetzt Bürgerinitiativen und Bewohnerkomitees eine aktive Position im lokalpolitischen Prozeß, die neue Formen der technischen Kommunikation erproben, bei denen die Differenz zwischen Sender und Empfänger entsprechend der Arbeitsstruktur solcher Gruppen aufgehoben war, um ihre Arbeiten zu koordinieren.

Mitte der neunziger Jahre gelangen Lokalinformationen auch auf das weltweit größte Datennetz: das Internet. Nun

1. Als Audiotexdienste bezeichnet man jene Telefondienste, die über das herkömmliche Verbinden zweier Fernsprechteilnehmer hinausgehen. Dies umfaßt etwa die Möglichkeit, Informationen durch Tastendruck akustisch abrufen zu können, eine Nachricht zu hinterlassen, die entweder für eine bestimmte Person oder für alle Anrufer hörbar ist oder ein Faxdokument zu bestellen. In diesem Sinne ist das Grätzltelefon ein Audiotexdienst.
2. Die Studie „Politische Beteiligung per Telekommunikation“ von Roland Alton-Scheidl und Gerhard Lukawetz ist erhältlich beim PUBLIC VOICE Verlag, Riglergasse 6/3, A-1180 Wien, Telefon (+43 1) 4704680, Fax (+43 1) 4704680-4.
3. Weitere Information im World Wide Web: http://www.public.co.at/public/
4. Als Videotex gelten alle bildschirmorientierten Telekommunikationsdienste mit nationaler Netzinfrastruktur, also etwa in Österreich der Bildschirmtextdienst bzw. PAN oder in Frankreich der Teletel-Dienst mit dem Minitel als Endgerät.

sind es wieder zumeist die Stadtverwaltungen selbst, die Grundinformationen über die Kommune bereitstellen, wobei hier der größte Nutzen wieder am verwaltungsinternen Gebrauch liegt, denn die Anzahl der Bürger, die das Internet nutzen, liegt wohl in den meisten europäischen Städten noch unter zwei Prozent.[5]

Für telematisch basierte Stadtinformationssysteme lassen sich viele weitere Anwendungsbereiche finden: von Nachbarschaftshilfe bei der Kinder- und Altenbetreuung über Car-Sharing-Börsen und den Versuch der Integration neuer Bewohner in einem Stadtviertel durch erweiterte Erstkontaktmöglichkeiten bis hin zur Etablierung lokaler Währungssysteme[6]. Digitale Städte sind Versuchsräume zur Herstellung neuer lokaler Kommunikationsstrukturen auf der Datenbahn Internet. Daß hierfür auch das einfache Telefonnetzwerk verwendet werden kann, wollten wir in diesem Forschungsprojekt zeigen.

Die Funktionsweise von Audiotexdiensten

Audiotexdienste haben eine niedrige Zugangsschwelle – sowohl technisch kein Computer und Modem muß zur Verfügung stehen, wie sozial sie bedürfen nicht der Schriftform. Eine wesentliche Vorgabe für die Gestaltung eines interaktiven Mediums für Bürgerkommunikation lautete ja, prinzipiell möglichst wenige Personen auszuschließen. Sogar öffentliche Terminals sind für Audiotexdienste als Telefonzellen bereits vorhanden. Somit ist heute eine Reichweite vergleichbar mit herkömmlichen elektronischen Medien erzielbar.

Ein herkömmliches Telefon genügt, um bei einem Audiotexdienst Informationen anzuwählen, private Nachrichten auszutauschen oder an einer virtuellen Diskussion teilzunehmen. Nahezu alle Möglichkeiten, die das Internet bietet, sind auch akustisch und mittels Steuerung über Telefontasten oder Stimme erzielbar und wurden in diesem Projekt realisiert.

Freilich gibt es auch bei Audiotexmedien Zugangsbarrieren, etwa die sprachliche Ausdrucksfähigkeit. Sprachboxen eignen sich vor allem für kleinere, überschaubare Bereiche thematisch wie örtlich zu verstehen und vermitteln mehr sprachliche wie nichtsprachliche Konnotationen.

Der Feldversuch „Grätzltelefon[7] für den Raum Aspern"

Die Zielsetzung des Feldversuches war es, einen Telefonservice einzurichten, der es jedem Anrufer ermöglicht, lokalspezifische Informationen auszuwählen, diese akustisch oder per Fax abzurufen oder einen Diskussionsbeitrag abzusetzen. Die erste Phase war gekennzeichnet durch die Ausarbeitung eines Servicekonzeptes für einen Audiotexdienst, das vor allem dem Anspruch einer einfachen Bedienbarkeit genügen sollte. In lose gekoppelter Zusammenarbeit mit einem Softwareentwicklungsteam und Medienspezialisten entstand ein Werkzeug, mit dem die Einrichtung auch komplexer Funktionsabläufe für einen Telefonservice auf mehreren Leitungen realisiert werden konnte. Insofern gab es seitens der technischen Machbarkeit vorab keine Einschränkungen bzw. konnten spezielle Wünsche, wie etwa ein Mechanismus zur Bewertung von Beiträgen durch die Anrufenden, rasch auch einer technischen Lösung zugeführt werden.

Anlage des Feldversuches und Funktionen des Grätzltelefons

Als Testfeld wurde ein Stadterweiterungsprojekt ausgewählt, bei dem zwar wesentliche Planungsentscheidungen bereits getroffen waren, aber in Detailfragen etwa der Grünraumgestaltung noch Spielraum vorhanden war. Zudem konnten wir die Dynamik eines solchen Mediums nicht abschätzen und wir vermieden es daher, Themen aufzubringen, die eine hohe Betroffenheit auslösen (etwa die Verkehrsproblematik), da diese Themen bereits von lokalen Arbeitsgruppen im Rahmen von Bürgerbeteiligungsverfahren bearbeitet wurden. Es war jedoch vorgesehen, auf Wunsch der Anrufer auf spezielle Themenbereiche einzugehen, etwa in der Form, daß neue Diskussionsbereiche eröffnet werden oder die Arbeitsgruppen des Bürgerbeteiligungsverfahrens über das Medium ihre Arbeitsweisen und Ergebnisse präsentieren können sollten.

Die Entscheidung fiel auf das Stadterweiterungsgebiet Langobardenstraße, wo im Jahr 1995 2.700 neue Wohnungen fertigzustellen waren. Dieses Testfeld bot als wesentlichen Vorteil, daß wir auf bestehende Strukturen zurückgreifen konnten, da im ausgewählten Stadterweiterungsgebiet in einem Randbezirk Wiens bereits Maßnahmen für die Mitgestaltung etwa in Form eines eigenen Büros („Stadttreff Aspern") und für die verbesserte Kommunikation der Beteiligten in Form einer Stadtteilzeitung (mit dem bezeichnenden Titel „hier fehlt noch was") getroffen waren. Gleichzeitig zu einer Wanderausstellung über die Bauvorhaben wurde vom November 1994 bis Februar 1995 das Grätzltelefon unter einer herkömmlichen Ortstarifnummer eingerichtet, das folgende Funktionen erfüllte:

- Lokal spezifischer, preiswerter Informationskanal, über den Verwaltung und Politik zu geplanten Projekten informieren, Widerstände und Problembereiche orten und unmittelbar darauf reagieren können,
- Bereitstellung von Informationen über die geplante Fertigstellung der Bauvorhaben,
- Möglichkeit für die Anrufer zum Anbringen von Kommentaren über die Stadterweiterung,
- Einbindung der Anrufer in einen rationalen Diskurs zwecks Abbau von Vorurteilen einerseits und Ausdrucksmöglichkeit für Gefühle zu Bauvorhaben andererseits,

5. In Österreich betrug die Anzahl der Internet-Nutzer in Österreich zu Beginn 1995 etwa 100.000 Personen, wobei die Mehrzahl Studierende und Mitarbeiter an Universitäten sind. Vgl. hierzu: Seidel, Haacker, Alton-Scheidl: Österreich Online – Ein interaktives Handbuch. PUBLIC VOICE Verlag, S. 16.
6. Das Konzept lokaler Währungssysteme verspricht eine Stärkung lokaler Wirtschaftsräume bei gleichzeitiger Aufhebung mancher Nachteile des konvertierbaren monetären Währungssystems (Akkumulation, fehlende Bewertung von Umweltressourcen oder von reproduktiver Arbeit, usf.). Im PUBLIC VOICE Labor wird mit der Metapher der Blume als ein Maßstab für Online-Kompetenz gearbeitet und soll für andere Anwendungsbereiche erweitert werden. Zum Konzept der LETS (Local Economic Trade System) siehe: http://www.aus.xanadu.com/GlassWings/utopia/lets.html .
7. Als Grätzl wird im Sprachgebrauch des Osten Österreichs ein kleiner Ortsteil bezeichnet.

- Stimulierung der lokalen Kommunikation und Herausforderung der Möglichkeit, sich „auch mal so" kennenzulernen,
- Verstärkung von horizontalen Dialogebenen (z.B. alteingesessene Bevölkerung – Zuzügler) und vertikalen (z.B. Bezirksvertretung – Bevölkerung),
- Integration einerseits des einzelnen Bewohners oder Haushaltes in das soziale Gefüge des Stadtteils, andererseits Integration in aktuell laufende Prozesse, wie zum Beispiel Bürgerbeteiligungsverfahren,
- Erreichbarkeit rund um die Uhr mit jedem Telefonapparat.

Bei der Gestaltung des Telefondienstes sollte vor allem berücksichtigt werden, daß die Kommunikationsvorgänge transparent verlaufen. Dies wurde durch die Einrichtung eines virtuellen öffentlichen Gemeinplatzes (das Bassenatratscherl[8]) versucht, der nicht nur eine erste Stätte der Begegnung ist und die Möglichkeit zum Ausprobieren bietet, sondern wo auch Metainformationen, etwa die Einrichtung eines neuen Forums innerhalb des Telefonservice, transportiert werden können.

Bei der akustischen Gestaltung wurde darauf geachtet, eine angenehme Atmosphäre zu schaffen und eine Sprache zu wählen, die den Anrufer direkt anspricht, wobei auch umgangssprachliche Elemente verwendet wurden. Für die Gestaltung der Texte wurde ein professioneller Werbetexter engagiert.

Zur Erhöhung der Attraktivität wurden Elemente der Unterhaltung und ein Service-Bereich eingebaut. Daher wurde ein Wettbewerb für „die besten Geschichten und das lustigste Geräusch aus dem Grätzl" eingerichtet, bei dem die aktiven Teilnehmer selbst Jury sind. Weiters wurde der Versuch unternommen, einen Platz für lokale Nachrichten anzubieten, eine Börse für Mitfahrgelegenheiten für den Weg zur und von der Arbeit einzurichten und Werbeflächen für die lokalen Wirtschaftstreibenden zur Verfügung zu stellen.

Am 8. November 1994 startete das Grätzltelefon mit einer Kapazität von vier Telefonleitungen. Zielgruppe waren 50.000 Personen des „Marchegger Asts", wobei insbesondere die Bewohner des Stadtteil Aspern (15.000 Einwohner), in dem die meisten Bautätigkeiten stattfinden, erreicht werden sollten.

Inhalte im „Grätzltelefon für den Raum Aspern"

Der Teilnehmer wählt die Nummer 589 30 22. Für den Anrufer fallen lediglich Telefongebühren zum Ortstarif an. Nach einer musikalischen Begrüßung wird der Apparat des Anrufenden daraufhin überprüft, ob die Steuerung mit Tasten möglich ist, ansonst wird die Sprecherkennung eingeschalten. Sodann hört der Anrufer einen akustischen Wegweiser und hat die Möglichkeit, unter folgenden Angeboten auszuwählen:

An der Bassena: Gleich das erste Forum ist die Bassena. Hier kann jeder Benützer sagen, was ihm oder ihr wichtig ist. Das können Berichte über Alltagsprobleme sein, Verbesserungsvorschläge oder Frust ablassen. Vielleicht meldet sich jemand mit einer guten Idee oder einem Vorschlag.

8. Bassenatratscherl: das Gespräch an der Wasserentnahmestelle im Stiegenhaus. Eine Bassena gibt es noch in vielen älteren Zinshäusern.

Informationen zum neuen Langobardenviertel: Hier wird erklärt, was alles im und rund ums neu entstehende Langobardenviertel passiert: was gebaut wird, welche Infrastrukrureinrichtungen neu hinzukommen, aber auch wie man dort zu Wohnungen kommt. Interessierte können Namen und Adresse aufsprechen um weitere Informationen zugeschickt zu bekommen.

Mitreden beim Planen und Gestalten: Hier stellt sich der Stadttreff, die Koordinationsstelle für alle Bürgerbeteiligungsprojekte in diesem Viertel vor und gibt Termine von Planungsveranstaltungen und Workshops bekannt. Im Grätzltelefon werden nach Bedarf Diskussionsbereiche zu verschiedenen Themen wie „Verkehr", „Grünraumgestaltung" oder „Ausbildung" eingerichtet.

Servicehotline: Das ist die Service- und Ankündigungsabteilung des Grätzltelefons. Hier sollen alle wesentlichen Informationen für den Alltag im Grätzl zu finden sein. Öffnungszeiten von Einrichtungen, die diensthabende Nachtapotheke, Ambulanzzeiten des Sozialmedizinischen Zentrums Ost, aber auch wann der nächste Bauernmarkt stattfindet und wo das nächste Schülerberatungszentrum zu finden ist. Hier waren einige Grundinformationen ständig vorhanden, jeder konnte aber seine persönliche Ankündigung oder ihren Hinweis aufsprechen. Weiters war eine Börse für „car sharing" eingerichtet, damit die Autos über die Donaubrücken besser ausgelastet werden.

Der Geschichten- und Geräuschewettbewerb: Die Gesamtaktion war von einem Wettbewerb begleitet, der vor allem Jugendliche ansprechen soll. Die Bewohner sollten mit Cassettenrecorder Geräusche und Geschichten aus ihrem Grätzl sammeln und ins Grätzltelefon einspielen.

Ergebnisse des Feldversuches

Der Feldversuch „Grätzltelefon für den Raum Aspern" lief von November 1994 bis einschließlich Februar 1995. In diesem Zeitraum wurden 1998 Anrufe registriert.

Die Anzahl der Versuche der Anrufer, im Auswahlbereich „Bassenatratsch" einen Beitrag einzubringen, beläuft sich auf 80, wovon tatsächlich 37 Nachrichten erfolgreich aufgesprochen worden sind. Bei den anderen wurde entweder gleich aufgelegt oder der Anrufer hat die Nachricht selbst wieder gelöscht. Also 20% der insgesamt 394 Besucher des Bassenatratsch starteten einen Aufnahmevorgang und 10% hinterließen tatsächlich eine für andere Anrufer abhörbare Nachricht.

Der Bassenatratsch war quasi ein Auffangbecken für lokale Anliegen. Drei Nachrichten (davon zwei sehr lange und gut argumentierte von Frauen) bezogen sich auf die Verkehrsproblematik: 10.000 Autos mehr durch neue Wohnungen; Notwendigkeit einer neuen Brücke; Appell an faires Verkehrsverhalten. Drei Anrufer beklagten sich über die komplizierte Bedienungsweise, drei fanden das Grätzltelefon eine tolle Sache. Ein Teilnehmer äußerte sich über den geplanten Bau eine Moslemfriedhofes insofern, als bei anderen Religionen auch keine separaten Friedhöfe gebaut würden. Ein Herr, der auch Namen und Telefonnummer preisgibt, beschwerte sich über die Wasserqualität. Ein Anrufer schlägt vor, im Jugendzentrum Hirschstetten einen Sprit-

zencontainer aufzustellen, wie schon anderswo praktiziert. Zwei äußerten sich mißgünstig über die Wiener als solche. Ein Jugendlicher beschwerte sich, daß ein Baseballkorb schlechter Qualität montiert worden ist. Jemand bietet Freizeitbetätigungsmöglichkeiten an und schlägt auch Langlaufen vor, worauf jemand erwidert und den Schneemangel bemängelt. Ein Anrufer hat eine bekannte Stimme erkannt und ruft „Servus Leo", der ihm jedoch nur hätte zeitversetzt antworten können. Ein Beitrag lautet mißtrauisch „Hier ist ja keine Zuspielung echt". Nicht zuletzt ist auch ein kurzes herzliches Lachen zu hören.

Die Möglichkeit der Bewertung hatten die Anrufer kaum angewendet, da durch regelmäßige Moderation versucht worden ist, passende Beiträge vorzureihen um so mehr Übersichtlichkeit zu schaffen.

Das „Grätzltelefon" wurde von der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit des Magistrats das die Stadterweiterungsaktivitäten koordiniert, als brauchbares Medium zur Kontaktaufnahme und Bereitstellung detaillierter Informationen für eine lokale Zielgruppe bewertet. Es wurde jedoch seitens der Stadtverwaltung nicht als Instrument verwendet, mit der betroffenen Bevölkerung über das Medium in Kontakt zu treten. Hierzu hätten weitere Vereinbarungen getroffen werden müssen, etwa daß Magistratsbeamten regelmäßig die neuen Beiträge abhören und zu lokalpolitischen Fragen Stellung nehmen. Dieser Aspekt wurde in der Planungsphase des Grätzltelefons wiederholt diskutiert; tatsächlich erklärten sich auch ein Beamter der Planungsabteilung und ein Mediator des lokalen Bürgerbeteiligungsverfahrens bereit, diese Aufgabe zu übernehmen. Aufgrund der geringen lokalpolitisch gefärbten Beiträge, die auf die Stadterweiterung Bezug nahmen, schien ein Eingreifen jedoch nicht notwendig.

Interesse an den Diskussionsinhalten gab es auch seitens der Bezirkspolitiker, die sich eine statistische Auswertung der Beiträge erwarteten, jedoch wenig Bereitschaft zeigten, sich selbst als Teilnehmer im Grätzltelefon einzubringen. Dies mag auch an einer falschen Einschätzung des notwendigen Zeitaufwandes oder an einem falschen Verständnis der Funktionsweise gelegen haben.

Das Grätzltelefon kann mit einer Auswahl der wichtigsten Beiträge auch nach dem Feldversuch unter der Wiener Telefonnummer (+43 1) 5893022 angewählt und abgehört werden. Eine Weiterführung dieses Dienstes für mehrere Bezirke wird mit dem Bürgerdienst der Stadt Wien verhandelt.

Schlußfolgerungen

Telematische Medien wie das Internet, Mailboxen oder Sprachboxen sind „interaktiv" auf zweierlei Art: sie gestatten das Auswählen von Informationsbereichen, erlauben also direkte Interaktion mit dem System, und gestatten zusätzlich den Austausch von Nachrichten mit anderen Personen (Interaktion zwischen Subjekten). Diese bidirektionalen Massenmedien eignen sich vor allem dort für politische Partizipation, wo Betroffenheit herrscht: im unmittelbaren Lebensbereich, also dort wo die Menschen leben und arbeiten. Die Chance, mittels Telekommunikation den Diskurs über die Gestaltung der eigenen Umgebung zu verstärken, sollte angesichts der Krise der traditionellen Demokratieformen genützt werden.

In bestehende Bürgerbeteiligungsprojekte einbinden

Telematische Medien müssen Bestandteil und Mittel eines größeren gesellschaftlichen Projekts sein nicht deren Ziel und Inhalt. Das übersehen viele enthusiastische Befürworter der neuen Kommunikatonstechnologien. Technikgetriebene Projekte werden so zurecht zur Zielscheibe der Kritik ernsthaft um demokratische Anliegen besorgter Menschen.

Die Medien sind daher am besten im Rahmen umfassend angelegter partizipatorischer Aktionen einzusetzen. Dieser Überlegung sind wir auch bei der Konzeption des Grätzltelefons gefolgt, das in das Bürgerbeteiligungsprojekt in Aspern eingebettet war.

Auch im Vorfeld von Volksabstimmungen oder Lokalwahlen würde sich ein solcher Telefondienst eignen, um zu Sachthemen eine zusätzliche Medienebene für einen rationalen Diskurs anzubieten, an dem jeder teilnehmen kann.

Beteiligung möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppen

Voraussetzung für einen erfolgreichen und verbindlichen Diskurs ist, daß alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen daran teilhaben können: die zuständigen Stellen einer Stadtverwaltung, öffentlich tätige Initiativen und Vereine aber auch die etablierten Interessensvertretungen, einzelne Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner und wirtschaftliche und kulturelle Gruppierungen.

Neue Benutzerkreise durch sprachbasierte Systeme erschließen

Eine wichtige Erfahrung zum Themenkreis der sich anbietenden Kommunikationstechnologien läßt sich aus dem Versuch mit dem Asperner Grätzltelefon ableiten: Mit neuen Medien wie Sprachboxsystemen läßt sich der Benutzerkreis der telematischen Informationssysteme massiv erweitern. Es erhalten Bevölkerungsschichten Zugangsmöglichkeiten, die sonst nicht in der Lage wären, bidirektionale Dienste zu nutzen. Der im Rahmen des Projekts durchgeführte Feldversuch zeigte eine für das anspruchsvolle Thema Stadtplanung überaus befriedigende Beteiligungsquote, obwohl praktisch kein Werbebudget zur Verfügung stand.

Hohe Reichweite und funktionelle Vielfalt durch Medienmix

Jedes Medium besitzt seine Charakteristika, Stärken und Schwächen. Vor allem aber erreichen sie unterschiedliche Zielgruppen. A priori ist demnach keines auszuschließen, sondern im Optimalfall ein Zusammenspiel der jeweils unterschiedlichen Funktionen in einem idealen Medienmix anzustreben.

Zeitgemäße Stadtinformationssysteme sollen daher auf eine möglichst breite technologische Basis gestellt werden. Gemischte Gesamtsysteme erreichen viel mehr Menschen als jede einzelne Technologie, gleichzeitig bieten sie insgesamt den größtmöglichen Funktionsumfang.

Publizistische Gestaltungserfordernisse beachten

Viele Stadtinformationsprojekte erreichen ihre gesteckten Ziele nicht oder haben keine Relevanz. Dieses Scheitern darf

nicht nur in der geringen Akzeptanz der Medientechnologie gesucht werden. Vielmehr sind die angebotenen Inhalte, ihre Aufbereitung und nicht zuletzt ihre Aktualisierung wesentliche Diffusionskriterien. Die publizistische Aufbereitung umfaßt Selektion von Informationen, aktuelle, dem jeweiligen Medium adäquate Aufbereitung und nicht zuletzt eine aktive publizistische Rolle, bei der Themen selbsttätig aufgerollt und Medienereignisse produziert werden. Nicht nur Informationsangebote müssen aufbereitet werden, sondern auch die Möglichkeiten zu aktiver Kommunikation und Austausch. Telematische Medien müssen daher von den Betreibern als publizistische Medieninstrumente gesehen werden. Sonst bleiben sie das ausschließliche Interessensfeld eines kleinen technologiebegeisterten Publikums.

Organisatorische und wirtschaftliche Planung des fortlaufenden Medienbetriebs

Ein beträchtlicher Teil ehrgeiziger Stadtinformationsprojekte ist trotz anfänglich guter Resonanz der Benutzer schon nach wenigen Monaten unbrauchbar oder nur mehr in sehr eingeschränkter Funktionalität verfügbar geworden. Der Grund liegt häufig in der fehlenden Planung und vor allem fehlenden Budgetierung des laufenden Betriebs. Nur ein Teil der notwendigen Aufwände für derartige Systeme sind Errichtungskosten. Ein beträchtlicher Teil fällt später, im laufenden Betrieb als Arbeitskraftkosten für die Wartung, Moderation und Aktualisierung der Datenbestände und des Informationsangebots an.

Verbindliche aktive Teilnahme der Politik notwendig

Die Teilnahme der politischen Repräsentanten ist unverzichtbar. Diese können Nutzen aus dem Prozeß ziehen, wenn sie ihr Interesse für Bürgeranliegen durch unmittelbare Reaktionen (durch Wortmeldungen oder durch konkrete Maßnahmen und Eingriffe) unter Beweis stellen. Unterbleibt diese Reaktion und Teilnahme, verlieren das Medium und die Politik an Glaubwürdigkeit.

Keine überzogenen Hoffnungen wecken

Trotz aller Möglichkeiten, die die Telekommunikation bietet, ist sie immer nur ein Mittel, ein Medium. Das kann nur wirksam werden, wenn es auf ein politisches Umfeld trifft, in dem es den Willen zur Partizipation und die Rahmenbedingungen dazu vorfindet. Es kann die Eintrittsschwelle in den politischen Prozeß verringern, indem es den Informationsaustausch erleichtert oder attraktiver macht. Es müssen aber die Rahmenbedingungen wie Kooperationsbereitschaft von Politik und Verwaltung sowie die Bereitschaft zum Diskurs bei allen Beteiligten gegeben sein. Medien können hierzu eine gestaltete Struktur wie Themenforen oder regelmäßige Online-Treffs vorgeben, die den Ablauf der Kommunikation vorzeichnen und unterstützen.

Damit erhalten telematische Medien die Rolle einer neuen zusätzlichen Ebene im demokratischen Prozeß. Diese bietet mehr Menschen Artikulationsmöglichkeiten als herkömmliche Massenmedien, sind aber eingebettet und abhängig von den anderen Ebenen der politischen Auseinandersetzung. Diese Einbettung ist die Voraussetzung für gesellschaftspolitische Relevanz. Quasi autistisch geführte Diskurse wie sie in vielen Bereichen des Internet geführt werden bleiben bedeutungslos für die Außenwelt.

Den interaktiven Medien eilt ein Ruf voraus, sie würden das Zeitalter der elektronischen Demokratie einleiten. Entscheidungsträger verwenden diese Metapher um Fortschritt zu demonstrieren oder Investitionen und Förderungen im High-Tech Sektor zu rechtfertigen. Doch ähnlich der Metapher „Datenautobahn", die eine falsche Analogie in Anbetracht der Vielfalt der Telekommunikationsnetze erzeugt, lassen sich demokratische Verfahrensregeln nicht einfach durch elektronisch vermittelte Kommunikationsvorgänge ersetzen.

Der Einsatz neuer Medien im Zuge einer demokratischen Erneuerung erfordert die Bereitschaft seitens der Politik und Verwaltung, Veränderungen etwa im Ablauf von Planungs-, Entscheidungs- und Verwaltungsvorgängen an diese Medien anzupassen und letztlich deren Direktheit und Horizontalität auszunützen. Die Lösung besteht hier gewiß nicht in der Einführung einer Technologie, sondern in einer Förderung eines organischen Wachstums neuer Medien, inklusive der Herstellung von Verbindungen zu den herkömmlichen Medien. Audiotexdienste können in besonderem Maße den Diskurs zu lokalpolitischen Themen unterstützen und Integrationsfunktion wahrnehmen, sofern Gestaltungserfordernisse beachtet werden, die in dem vorgestellten Projekt über einen interdisziplinären und integrativen Ansatz beispielhaft erarbeitet worden sind.

Jeff Johnson

Des Teufels Information Highway

Ein Worst-Case-Szenario

aus dem Amerikanischen von Ute Bernhardt

Wie bei vielen neuen Technologien, wird auch der Information Highway von denjenigen besonders beworben, bei denen viel Geld auf dem Spiel steht. So hören wir in der Hauptsache etwas über die Vorteile, die uns der Information Highway bringt, und sehr wenig über die entstehenden oder sich vergrößernde Probleme. Außerdem konzentrieren sich viele Promotoren auf eine bestimmte Vision, der direkteren Vernetzung von Big Business und Konsumenten, und drängen alle alternativen Visionen des Information Highway an den Rand.

An dieser Stelle möchte ich eine worst-case-Analyse des *Information Highway* entwerfen. Dies aus drei Gründen:

- Um ein Gegengewicht herzustellen. Nachdem ich bisher einige recht optimistische Visionen des *Information Highway* präsentiert habe (Johnson, 1994), basiert meiner Meinung nach der vorherrschende Diskurs zu stark auf Übertreibungen und Wunschdenken. Es sind schlechte Ingenieure oder Vertreter aus der Politik, die Entwürfe und Planungen allein auf der Grundlage optimistischer Analysen machen.

- Als Warnung vor besorgniserregenden Trends bei der Entwicklung des *Information Highway*. Eine sinnvolle und gute Vision mag ein *Information Highway* sein, der mit der Absicht geschaffen wird, die Lebensqualität zu verbessern, anstatt entfesselte Märkte für Unternehmen zu schaffen. Ich fürchte allerdings, daß dies zunehmend unwahrscheinlicher wird.
- Wir Computerexperten sehen den Schwerpunkt in der Erhaltung des freien und offenen Charakters unseres ach so wertvollen Internets. Im Gegensatz dazu wird der andere *Information Highway* – mit dem die meisten Leute zu tun haben werden – auf einem ganz anderen Modell beruhen, das mit dem ursprünglichen Internet nicht mehr viel zu tun hat.

Um eine Vorstellung von „Des Teufels *Information Highway*" zu geben, reicht es, einen Blick auf die verschiedenen Dienstleistungsnetzwerke zu werfen, die Telekommunikations-, Kabel-, Unterhaltungs- und Handelskonglomerate zur Zeit überall in den Vereinigten Staaten testen. Stolz präsentieren beispielsweise Vorstandsmitglieder von Time-Warner Inc. ein Video über das *Full Service Network*, das derzeit in Orlando, Florida erprobt wird. Das Video zeigt glückliche Vorstadtfamilien, die per Set-top-box spielen, Filme ansehen, in Online-Magazinen blättern, Pizzas bestellen oder eine Schlafzimmereinrichtung kaufen. Dieser angeblich umfassende Netzwerkservice bietet weder Email, schwarze Bretter noch die Möglichkeit, in irgendeiner Form mit Personen zu kommunizieren.

Als Extrapolation dieses „umfassenden Netzwerkservices" und einige andere dieser Art möchte ich jetzt genauer die hervorstechendsten Eigenschaften des *Information Highway*, wie sie die meisten Amerikaner in etwa 10 Jahren erleben werden, darstellen.

In der Tat wird der *Information Highway* nicht eine singuläre Einheit sein, wie der Name suggeriert. Stattdessen wird es eine Ansammlung von vielen verschiedenen Netzwerkteilen sein – lokal, national, ein- und zweiweg, Punkt-zu-Punkt, sternförmig, kabelbasiert, kabellos – die eine Vielzahl von Diensten anbieten. Überdies werden die meisten der Netzwerke nicht miteinander verbunden sein, wenigstens anfangs nicht und möglicherweise für eine lange Zeit.

Nichtsdestoweniger werden bestimmte Eigenschaften und Dienstleistungen dominieren. Ebenso wie bereits jetzt das kommerzielle Fernsehen und Radio völlig den amerikanischen Rundfunk- und Fernsehmarkt beherrscht, auf denen öffentliche Sender unbedeutende Marktanteile haben, wird die vorherrschende Komponente des *Information Highways* ein hochgradig kommerzielles Top-down-System sein, bei dem dafür bezahlt werden muß, um Konsumenten mit Infotainment und Werbung zu überfluten, und vor allem, ihre Bestellungen aufzunehmen. Die meisten Menschen werden überhaupt nicht wissen, daß es auch andere Möglichkeiten gibt, z.B. Netzwerke für Bürger, die von gemeinnützigen Organisationen betrieben werden, noch weniger werden sich daran beteiligen.

Der *Information Highway* wird von den Unternehmen der Fortune 500-Liste kontrolliert werden, die ihn zu ihrem eigenen Gewinn gestalten. Dieser *Information Highway* wird uns als Kunde betrachten, anstatt uns als Bürger miteinander zu vernetzen. Monopole werden in hohem Maße die Auswahl der Konsumenten beschränken. Das in den 30 Jahren in den USA entwickelte Konzept des *common carriage*, bei dem Telekommunikationsunternehmen weder eine Kontrolle darüber ausüben, noch eigene Interessen daran haben, was transportiert wird, wird derzeit durch verschiedene „Reformen" der Telekommunikationsgesetzgebung zerstört. Innerhalb der nächsten zehn Jahre werden diese öffentlichen Systeme verschwunden sein. Auf den meisten Märkten werden nur noch ein paar Firmen nicht nur das Netzwerk kontrollieren, sondern vor allem die Angebote bestimmen. Sie werden kleinere Unternehmen und Individuen als Anbieter von Informationen ausschließen. Geräte und Programme, die die Abonnenten für den Zugang benötigen, veralten schnell, und müssen kontinuierlich erneuert werden, um online zu bleiben.

In ökonomischen Begriffen eines *market pull* oder *market push* gesprochen, wird der *Information Highway* Informationen zu den Konsumenten „pushen". Theoretisch kann jeder auf einem gut gemachten *Information Highway* Informationen ins Netz geben, die von anderen suchen und nach Bedarf aus dem Netz holen können – als *pull*. Kunden können blättern, suchen, vergleichen und auswählen. Kurz, ein *Information Highway* könnte uns näher an einen wirklichen Marktplatz bringen, wie er in ökonomischen Lehrbüchern beschrieben wird, und in begrenzter Form nur in einem Straßenmarkt bestand. Über die passiven „gelben Seiten" hinaus gäbe es keinen Bedarf an Werbung, wie wir sie heute kennen und damit keine Unternehmen, die zu Werbezwecken Daten über Haushalte und Kunden sammeln und mißbrauchen. Doch ist ein *pull*-orientiertes Netzwerk nicht das, was wir bekommen werden. Big Business ist nicht an freien Märkten interessiert, sondern an eingeschränkten Märkten: Konsumenten, die aufgrund von Gewohnheiten kaufen und keine Informationen über Wettbewerber haben.

Der *Information Highway* wird für gefesselte Märkte gestaltet. Der heutige *push*-orientierte Markt wird in Form von Online-Märkten mit ihren viel größeren Möglichkeiten nachgebildet.

Auch das Internet ist dagegen nicht immun. Das World-Wide-Web war eigentlich rein *pull*-orientiert: Leute surfen in ihm, schauen bzw. laden sich die gewünschten Informationen herunter. Mit der Kommerzialisierung des Webs kamen *push*-Mechanismen hinzu. Viele Web-Seiten von Unternehmen verlangen von den Benutzern, sich registrieren zu lassen, um Zugang zu erhalten. Die Registrierung beim „Besuch" einer Webseite gibt nicht nur die Email-Adresse, sondern auch die Vorlieben und Interessen preis – genau die Angaben, die man braucht, um jemanden auf die Direkt-Marketingliste zu setzen.

Mit dem Internet wird das Sammeln von Kundendaten weitergeführt. In weitere Hauptbestandteile des *Information Highway* wird es von Beginn an eingebaut. In der glorreichen Zukunft wird das Datensammel-Potential von Online-Transaktionen voll und ganz ausgebeutet werden. Was immer wir auf dem *Highway* tun, wird zumeist aufgezeichnet und analysiert, um es später gegen uns zu verwenden, z.B. um uns gezielt mit Anzeigen und Telefonanrufen zu bewerben, unsere Versicherungsgebühr zu bestimmen, unsere Eignung für Arbeitsstellen zu bewerten. Der schon üppige Markt für Kundendaten wird signifikant anwachsen. Viele Dienste des *Information Highways* werden in erster Linie Köder sein, die Kunden mit Gutscheinen oder Diensten anlocken. Das eigentliche Geschäft wird aber mit dem Verkauf von Kundendaten an andere Unternehmen gemacht. Die heutigen Datenschutzvorschriften, die den Zweck haben, die Nutzung

von personenbezogenen Informationen einzuschränken, empfinden diese Unternehmen heute schon als hinderlich fürs Geschäft. Diese Vorschriften werden vergehen.

Ein Ergebnis dieses Sammelns und Handelns mit Kundendaten wird sein, daß Werbung auf dem *Information Highway* allgegenwärtig und unmittelbar sein wird. Wer sich heute von *junk mail* belästigt fühlt, wird in der glorreichen Zukunft mit unglaublichen Mengen von junk mail überschwemmt.

Auf dem *Information Highway* wird sich nicht nur die Privatheit seltener, sondern auch Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und andere Grundrechte werden schonungslos begrenzt. Diskussionen von Ärzten über Anatomie führen zu Verhaftungen, weil sie „pornographische" Informationen verteilt haben. Netzwerkbetreiber werden private Emails und Beiträge in schwarzen Brettern zensieren. Anstatt Cyberspace als neues Kommunikationsmedium zu betrachten, in dem die US-Verfassung gilt, betrachten es die Vertreter der Politik als ein spezielles Gebiet, in dem die Verfassung nur begrenzt anwendbar ist. Auf dem *Information Highway* gilt für die Bürgerrechte nur eine „Verfassung *light*".

Der *Information Highway* wird die Demokratie untergraben. Der populäre Ausdruck einer „elektronischen Demokratie" suggeriert, daß der *Information Highway* Demokratie vergrößert, weil er seinen Bürgern erlaubt, direkt mit den Abgeordneten zu kommunizieren und sich effektiver an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Das wird es vielleicht in einigen Fantasiewelten geben, aber nicht in dieser. Um ein Beispiel zu geben: Ohne Email, Diskussionsgruppen oder überhaupt die Möglichkeit, Texte einzugeben, kann das Time-Warner *Full-Service Network* die partizipative Demokratie nicht unterstützen. Die größte Übertreibung bei der „elektronischen Demokratie" ist die Möglichkeit, schneller auf elektronischem Wege zu wählen, was Netzwerke wie Time-Warners zwar unterstützen. Diese Art des Wählens aber ist eine degenerierte Version von Demokratie, eine „Politik durch Akklamation" (Hadden, 1996). Echte Demokratie beinhaltet Diskussion und Bedächtigkeit und ist schon von der Definition her langsam. Sie benötigt Debatten, nicht das Anklicken von „Dafür"- oder „Dagegen"-Buttons. Statt Demokratie bekommen wir „Oprahcracy" – auf deutsche Verhältnisse übersetzt: „Schreinemakratie".

Der *Information Highway* ist schädlich für Kinder. Die Bedrohung geht nicht von der Pornographie auf dem Internet aus – diese Gefahr wurde stark übertrieben. Für die meisten Amerikaner wird das Internet nicht der *Information Highway* sein, sondern vielmehr die Serviceangebote, die sie per Set-top Box empfangen. Diese Dienste werden den Verstand von Kindern mit einem Sperrfeuer von Werbung betäuben. Einiges davon ist als Unterhaltungs- oder Schulungsmaterial verkleidet, aber nur gemacht, um Kinder zu Konsummaschinen zu trainieren. Eine Flucht davor wird unmöglich, selbst an Plätzen wie Bibliotheken, Schulen und Kirchen, die früher vor einer Kommerzialisierung geschützt waren.

Um zu verstehen, warum sich der *Information Highway* leicht so entwickeln wird, sei auf das Fernsehen verwiesen. In den Fünfzigern, als die Unternehmen den Kauf von TV-Geräten anheizten, überflutete uns die Presse mit leuchtenden Vorhersagen über den sozialen Nutzen des Fernsehens. Stattdessen bekamen wir Serien wie Gilligan's Island, Beavis und Butthead, O.J. Simpson und Nachrichtensendungen, die mehr dazu gemacht waren, Reifen zu verkaufen, als zu informieren, unterbrochen von insgesamt 12-15 Minuten Werbung pro Sendestunde. Einige Leute beschweren sich darüber, bejammern das „Fernsehen könnte so viel besser sein, wenn nur der „Inhalt" sich verbessern würde." Nein, das kann es nicht. Fernsehen wurde entwickelt und vermarktet aus rein kommerziellen Interessen. Der Inhalt von Fernsehen ist nicht das Programm; das Programm ist nur der Köder. Der wahre Gehalt ist die Werbung. Fernsehen mußte eine Einöde aus dummem Geschwätz, Gewalt, Geschäften mit Sex, Sensationshascherei und Werbung werden, weil seine Absicht nicht darin bestand zu bilden und zu informieren, sondern allein um Produkte zu verkaufen. Der *Information Highway* wird da keinen Unterschied machen.

Einige der Leute, die sich über das Scheitern des Fernsehens im Vergleich zu seinen „Möglichkeiten" beklagen, glauben, daß computerisiertes Fernsehen – interaktiv und Tür zum *Information Highway* für jeden – das Fernsehen aus der Ödnis befreit. Diese Ansicht ist extrem naiv. Fernsehen wird nicht computerisiert, sondern Computer werden dem Fernsehen nachgebildet.

Es gibt eine Alternative zu dieser Vision. Ein *Information Highway* könnte allen geöffnet sein, gerade auch für kleine Unternehmen und Individuen, die Informationen anbieten wollen. Er könnte hauptsächlich pull-orientiert statt push-orientiert sei. Er könnte andere Austauschformen, als nur den von Konsumartikeln unterstützen. Er könnte öffentliche Leistungen genauso unterstützen wie private. Er könnte uns erlauben, unsere Privatheit zu behalten, wenn wir es wünschen. Er könnte die Kommunikation in der Nachbarschaft vergrößern. Er könnte uns verbinden, statt uns als Marketing-Ziel zu sehen. Kurz, er könnte mehr wie das Seattle Gemeinde Netzwerk sein oder das französische Minitel System und weniger wie das Time-Warner *Full-Service Network*. Anbieter von Infrastruktur könnten verdienen, indem sie Kommunikationsverbindungen und Bandbreite verkaufen, anstatt Schmuck aus Zirkonium, Filme und Pizzen. Ein solches System würde mehr volkswirtschaftliche Werte schaffen, ein höheres Bruttosozialprodukt und einen besseren Lebensstandard erzielen, als ein von Unternehmen dominierter „*Highway*", wie oben angedeutet.

Aber die Fortune 500 kümmern sich nicht um das Allgemeinwohl oder das Vermögen der Allgemeinheit; sie sorgen sich nur um ihren eigenen Wohlstand und Besitz. So treiben sie den *Information Highway* voran, der nicht das öffentliche Wohl, sondern den eigenen erwarteten Gewinn maximiert. Natürlich können ihre Erwartungen auch falsch sein. Wie Barlow (1995) und andere aufzeigten, gibt es Hinweise, daß die Unternehmensvisionen sich nicht mit denen der Öffentlichkeit vertragen. Unglücklicherweise gibt es auch Hinweise, daß die Vorstände der Unternehmen so engstirnig sind, keinerlei Notiz davon zu nehmen. Sollen wir solange warten, bis sie ihre höllische Vision vorantreiben, bis sie mißglückt oder – schlimmer – Erfolg hat? Ich meine nicht, daß wir das sollten.

Literatur

Barlow, John Perry: Death from Above. *Communications of the ACM*, May 1995, 38(5), 17–20.

Hadden, Susan Ginsberg: Democracy on the Electronic Frontier. In Gary Chapman (ed.): *Beyond the Endless Frontier*. Erscheint 1996, The MIT Press.

Johnson, Jeff: Scenarios of People Using the NII. *The CPSR Newsletter*, Fall, 1994.

Ute Bernhardt, Ingo Ruhmann

Wissen ist Macht und wird es bleiben

Häufig wird so getan, als hätte die Nutzung von Computern für Demokratie erst mit dem Internet begonnen. Ungeachtet der Erfahrungen bei der Nutzung von Computern im demokratischen Prozeß seit den 70er Jahren, werden dem Internet Potentiale zur „Regeneration der Demokratie" zugeschrieben[9], wird es mit der griechischen Agora verglichen, auf der die Bürger gleichberechtigt über die Geschicke ihrer Polis debattierten. Doch an dieser Parallele stimmt allenfalls, daß am Internet wie ehedem an der antiken Versammlung die Mehrheit nicht teilhat.

Vergleiche dieser Art sind nicht nur bemerkenswert ungenau und ahistorisch, hinter ihnen steckt oft eben nicht mehr, als die bestehende technische und organisatorische Struktur elektronischer Netze mit den vermuteten Wünschen einer wann immer auch erreichten größeren Zahl von Nutzerinnen und Nutzern zu vermengen. Technische Vergangenheit und gesellschaftliche Zukunft derartig durcheinanderzuwirbeln und daraus mutige Schlüsse zu ziehen, bleibt jedoch ein zweifelhaftes Unterfangen.

Ziel dieses Beitrag ist es, anhand von politischer Praxis und Erfahrung mit der Nutzung von Computern im politischen Prozeß die These elektronischer Demokratie zu überprüfen.

Elektronische Demokratie in der Debatte

Die Informationsgesellschaft als Konzept wird seit nunmehr dreißig Jahren debattiert. Ein Höhepunkt in der Analyse lag in den 70er und 80er Jahren, „seitdem hat sich dieses sozialwissenschaftliche Paradigma verschlissen, die Diskussion ist zunehmend unergiebig"[10]. Die derzeitige Phase der Debatte um die Informationsgesellschaft ist auf das Internet und darauf abrufbare multimediale Angebote zentriert.

Als hätte es die Vergangenheit nie gegeben, verkündet die Bundesregierung, das „Zusammenwachsen von Computertechnik, Telekommunikation, Unterhaltungselektronik und audiovisuellen Medien" habe die Diskussion um den „Wandel zur Informationsgesellschaft ausgelöst"[11]. Selten wird überhaupt gefragt, warum dieses Thema heute diese hohe Bedeutung hat, was Ursprünge und Hintergründe sind[12].

Als ein wichtiger Aspekt werden heute die Chancen elektronischer Demokratie hervorgehoben. Auch diese Debatte ist nicht neu, nur kam es in den letzten Jahrzehnten zu deutlichen Wandlungen. Schon in den 70er Jahren ging es um die Rolle von Information in der Politik. Kevenhörster untersuchte vor allem die Folgen einer wachsenden Informationsflut auf demokratische Entscheidungen[13]. Zu dieser Zeit ging es um besser informierte politische Entscheidungsträger einerseits und – im technokratischen Sinne – rationalere politische Entscheidungen andererseits. So wurden seit 1973 in den USA und 1977 in der Bundesrepublik von der Exekutive modellgestützte Planungs- und „Entscheidungssysteme" zur Entscheidungsfindung genutzt, die den informationellen Vorsprung der Exekutive vergrößerten. Ein Beispiel dafür ist die Modellierung der BAFöG-Zahlungen für das Ministerium mit dem in den 70er Jahren entstandenen BAFPLAN-Modell[14]. Zur Behebung des durch diese Technik ausgeweiteten „Informationsvorsprungs der Regierung" sollte die „Informationskrise des Parlaments" durch deren Aufrüstung mit Computern beseitigt werden[15].

Der Folgenabschätzung für den Parlamentarismus standen Ideen vor allem Krauchs einer befragungsorientierten „Computer-Demokratie" gegenüber[16]. Ausgangspunkt für Veränderungen ist für ihn ebenfalls eine Informationskrise für die Politik in einer immer komplexeren Welt. Computertechnik soll einen Übergang von parlamentarischer zu direkter Demokratie ermöglichen und die Beteiligung von Bürgern an Planungsprozessen erlauben. Entscheidend sei die Veränderung der von Manipulation nicht freien öffentlichen Meinung hin zu einer sich selbst regulierenden und Mehrheitsergebnisse produzierenden Form[17]. Mittel war eine öffentlich ausgetragene Kontroverse um Themen (Orakel), an der Vertreter alle betroffenen Gruppen teilnehmen sollten und mit einer Befragungstechnik gekoppelt werden sollte.

Die Debatte der 80er Jahre war dagegen eher bestimmt von Risiken von Computern für Individuum und Gesellschaft, Arbeitsplatzabbau durch Rationalisierung und vor allem die Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger durch schrankenlosen Datenaustausch[18]. Zwar sah Haefner Möglichkeiten zu einer „Entfaltung von Freiheit und Demokratie"[19] und der durch Computer möglichen direkteren Demokratie durch besser informierte Bürger mit Anhörungsrecht, größerer Gerechtigkeit, Schutz der Privatsphäre und erweitertem Recht auf Meinungsäußerung. Zu derartigen Hoffnungen gab Bull zu bedenken, ob es diesen Ideen einer „Telekommunikativen Traum-Demokratie" nicht schon an den wichtigsten Verwirklichungsbedingungen fehle[20]. Die Technik ermögliche vieles, doch weder werde die parlamentarische Arbeit erleichtert, noch gebe es Informationszugang für die Allgemeinheit noch Mittel und Wege zu Partizipation.

9. Claus Leggewie: Netizens oder: der gut informierte Bürger heute. Ein neuer Strukturwandel der öffentlichkeit? Vortrag auf der Konferenz „Macht Information" am 9.9.96, S. 42.
10. Hans J. Kleinsteuber: Das Elend der Informationsgesellschaft, in: E. Bulmahn u.a. (Hg): Informationsgesellschaft – Medien – Demokratie, Marburg, 1996, S. 23–33, S. 26f.
11. Bundesministerium für Wirtschaft: Info 2000. Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Bonn, 1996, S. 8.
12. Zu politischen Hintergründen: Reinhard Keil-Slawik: Ein schwerer Brocken oder: Bangemannen gilt nicht; in: Fiff-Kommunikation 2/1995, S. 20–22; oder: Christian German: Politische (Irr-) Wege in die globale Informationsgesellschaft; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/96, S. 16–25. Zu den Akteuren: Ingo Ruhmann: Die Akteure auf dem Weg in die Informationsgesellschaft; in: E. Bulmahn u.a. (1996), S. 184–189. Zu wirtschaftlichen Hintergründen und Verheißungen Ute Bernhardt, Ingo Ruhmann: Revolution von oben; in: Fiff-Kommunikation 2/1995, S. 8–14.
13. Aufarbeitet in: Paul Kevenhörster: Politik im elektronischen Zeitalter, Baden-Baden, 1984.
14. Siegfried Dickhoven: Modellgestützte Planung in der Regierungspraxis; in: Jürgen Taeger: Die geplante Volkszählung, Reinbek, 1983, S. 195–218.
15. Paul Kevenhörster: Der Einsatz von Computern in der Demokratie; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/89, S.15–24.
16. Helmut Krauch: Die Computer-Demokratie, München, 1977.
17. ebd., S. 44
18. Beispielhaft die Beiträge in: Hessendienst der Staatskanzlei: Informationsgesellschaft oder Überwachungsstaat, Wiesbaden, 1984, Gutachten, S. 203ff, sowie im Protokoll der Tagung.
19. Klaus Haefner: Grundrechtsentfaltung durch Informationstechnik; in: A. Roßnagel (Hg.): Freiheit im Griff, Stuttgart, 1989, S. 31–40.
20. Hans Peter Bull: Telekommunikative Traum-Demokratie; in: A. Roßnagel (Hg.): Freiheit im Griff, Stuttgart, 1989, S. 41–48.

Sehr viel weiter ist die heute in Zeitschriften und Journalen geführte Debatte um elektronische Demokratie nicht. Peter Glotz etwa sieht „emanzipatorische Potentiale"[21]. Klaus Haefner stellt seine alte Vision einer „direkteren Demokratie"[22] der Bewertung des Forschungsministers Rüttgers gegenüber[23]. Der findet die Argumente für direktere elektronische Demokratie „nicht überzeugend" und sieht die demokratischen Potentiale skeptisch[24]. Einigkeit scheint lediglich darüber zu herrschen, daß es sich beim derzeitigen Wandel um eine technisch ausgelöste Revolution handelt, die keine Revolution von unten ist[25].

Mit Demokratie hat die offizielle Seite der 1990 initiierten gegenwärtigen Phase der Debatte um die Informationsgesellschaft nur wenig zu tun, analysiert man die offiziellen Papiere auf nationaler wie internationaler Ebene. Im grundlegenden Papier der US-Administration „The Global Information Infrastructure"[26] geht es um technologischen Wettbewerb und deregulierte Märkte, doch nur in einem Absatz um Demokratie und Partizipation. Noch entmutigender ist die Suche in den europäischen und deutschen Gegenstücken zu diesem Papier. Im sogenannten Bangemann-Report „Europa und die globale Informationsgesellschaft"[27] findet sich Demokratie ebensowenig wie in der BMBF-Dokumentation „Multimedia – Chancen und Herausforderungen"[28]. Allein der Bericht des Rats für Forschung, Technologie und Innovation thematisiert Demokratie. Er warnt vor den Gefahren direkter elektronischer Partizpation für die repräsentative Demokratie und sieht praktische Einsatzmöglichkeiten allenfalls auf kommunalpolitischer Ebene[29].

Demokratie gehört nicht zu den Zielen der Macher der Informationsgesellschaft. Dennoch haben nach dem Vorbild der USA mittlerweile auch bundesdeutsche Ämter und Regierungsstellen das Internet als Vertriebsweg für ihre in HTML konvertierten Werbeblätter entdeckt. Mit sechsstelligen Zahlen von Zugriffen auf ihre Webseiten dokumentieren die Anbieter, daß viele gerne dasselbe am Bildschirm lesen, was sie sich über die eingefahrenen Verteilwege ebenso hätten bestellen können. Auf der Suche nach den verschwundenen Mitgliedern hat die SPD gar einen virtuellen Ortsverein gegründet, andere Parteien bieten mehr oder weniger umfangreiches Informationsmaterial an. Unklar bleibt bislang, ob sich die Politikverdrossenheit durch die technische Erreichbarkeit von Behörden und Parteien vermindern läßt oder ob es dabei nur um neue Vertriebswege geht.

21. Peter Glotz: Änderung des Schaltplans; in: Die Zeit, 10.11.95, S. 58.
22. Klaus Haefner: Mensch und Computer im Jahr 2000, Basel, 1984, kurz in: ders: Grundrechtsentfaltung durch Informationstechnik; in: A. Roßnagel: Freiheit im Griff, Stuttgart, 1989, S. 31–40.
23. Klaus Haefner: Wo bleibt die Politik der „Informationsgesellschaft"?; in: Frankfurter Rundschau, 20.10.95, S. 20.
24. Jürgen Rüttgers: Politikfähigkeit medial bestimmter Demokratien; in: Alfred Herrhausen Gesellschaft: Multimedia – Eine revolutionäre Herausforderung, Stuttgart, 1995, S. 115–125, S. 123ff.
25. Ute Bernhardt, Ingo Ruhmann: Mit den Konzepten von gestern in die Gesellschaft von morgen; in: Frankfurter Rundschau, 15.11.95, S. 15, vgl auch: Ingo Ruhmann: Der Gesellschaft Beine machen. Die Akteure auf dem Weg in die Informationsgesellschaft; in: E. Bulmahn u.a. (1996), S. 184–189.
26. R. Brown, L. Irving, A. Prabhakar, A. Katzen: The Global Information Infrastructure: Agenda for Cooperation, Version 1.0, Feb. 1995.
27. Europa und die globale Informationsgesellschaft: Empfehlungen für den Europäischen Rat, Brüssel, 1994.
28. BMBF: Multimedia – Chancen und Herausforderungen, Bonn, 15.3.95
29. Der Rat für Forschung, Technologie und Innovation: Informationsgesellschaft – Chancen, Innovationen und Herausforderungen, Bonn, Dez. 1995, S. 48ff.

Bei der internationalen Konferenz „Macht Information" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im September 1996[30] ging es um das Verhältnis zwischen der kommerziellen Zukunft des Internets und elektronischer Demokratie. Demokratie ist dem Kommerz dann nützlich, wenn sie Meinungsaustausch, ja hitzige Kontroverse verheißt. Das bringt die Kunden zum Internet-Surfen und damit den Anbietern von Online-Zeit Gewinne. Ist Demokratie also gleich Umsatz?

Demokratie und ihre realen Bedingungen

Bei der Debatte um elektronische Demokratie gibt es kein einheitliches Konzept. Es geht vorrangig um Kommunikation und den Übergang von repräsentativer zu direkter, plebiszitärer Demokratie. Wiederum stehen denen, die technisch vorhandene demokratische Potentiale entwickeln wollen jene gegenüber, die nach den realen Bedingungen fragen, für eine solche Entwicklung zu berücksichtigen wären.

Hilfreich ist, sich Klarheit über den Begriff Demokratie zu verschaffen. Demokratie ist durch das Volk legitimierte Herrschaft, die durch Wahl der Regierung oder weitergehende Formen der Beteiligung des Volkes entsteht und der Kontrolle durch das Volk unterworfen ist. Demokratie ist also Beteiligung an und Kontrolle von Herrschaft, die an territorial verfaßte Gemeinwesen gebunden ist. Auch Internet-Demokratie transnationaler Gruppen richtet sich an höchst reale Regierungen. Fragen der Demokratie virtueller Gemeinwesen sind daher solange verfehlt, wie wir es noch nicht mit der Wahl zum Präsidenten von „Virtualien" zu tun haben.

Elektronische Demokratie aber kann wie ihr reales Gegenstück nur so gut sein, wie ihre Bedingungen. Das Internet ist davon bestimmt, daß die Netz-Infrastruktur kommerzialisiert wird. Zur Zeit bezahlt zumeist der Staat – über die Universitäten, Forschungsinstitute und auch heute noch in Teilen durch Militärs – das Internet. Diese Institutionen finanzieren die Leitungen, über die der Verkehr abgewickelt wird, sowie Software und Personal, die diesen Verkehr steuern. Das ist bald vorbei. Das Internet wandelt sich extrem rapide. Der Backbone des Internets in den USA ist bereits kommerzialisiert, weitere Teile werden folgen. Und das ist der Sinn der Informationsgesellschaft: Wenn Information zum Produktionsfaktor wird, hat sie auch ihren Preis. Daten, Informationen und Meinung werden zum Rohstoff auf dem Marktplatz der digitalen Zukunft und wir werden dafür zahlen müssen. Nutzer kommerzieller Dienste haben schon heute kaum Möglichkeiten, in ihrem Dienst Diskussionsforen zu initiieren. Unter kommerziellen Bedingungen folgt auch das agenda-setting im Internet wieder kommerziellen Regeln. Was wir also heute für demokratieförderlich halten, wird es morgen kaum noch geben[31].

Informationbedürfnisse per Internet zu befriedigen, führt schon heute zu nicht unerheblichen Zusatzkosten. Folgerichtig wird daher zwischen den „haves" und „have-nots" einer Informationsgesellschaft unterschieden und vor einer informationell abgekoppelten Unterklasse dieser Gesellschaft gewarnt. Informations-Grundversorgung wird heute an

30. vgl. den Beitrag „Deus Meus" von U. Bernhardt in diesem Heft
31. vgl. den Beitrag „Des Teufels Information Highway" von Jeff Johnson in diesem Heft

öffentlich-rechtlichen Maßstäben gemessen. Zur Informationskultur gehört ein verminderter Mehrwertsteuersatz für gedruckte Information ebenso wie Ablieferungsverpflichtungen an öffentlich zugängliche Bibliotheken. Der aus diesen Regelungen logisch folgende Schritt nach Formen informationeller Grundversorgung auch bei elektronischen Netzen wird selten gefordert, und schon gar nicht vollzogen.

So bleiben elektronische Netze zur Zeit Domäne einer sehr gut ausgebildeten, kaufkräftigen und männlichen Minderheit aus hochindustrialsierten Staaten. Frauen, Ältere, Ärmere und erst recht Farbige aus armen Ländern sind kaum vertreten. Elektronische Demokratie wäre damit heute elitär, nicht repräsentativ und ein Rückschritt in eine Klassengesellschaft. Diese demographische Struktur der Nutzung elektronischer Netze zu ändern, ist die allererste Grundvoraussetzung für eine echte Demokratie, die elektronische Netze nutzt.

Ein auf den technischen Zugang zielendes Mittel zur Eindämmung von Ungleichgewichten ist die Definition eines Universaldienstes in der Telekommunikation, der zu geringen Kosten den Anschluß an Informationsangebote und damit eine informationelle Grundversorgung anbietet. In den USA wird damit experimentiert, in der Bundesrepublik wurde dies von der Bundestagsmehrheit abgelehnt. Dahinter steht die Konzentration auf die kommerziellen Seiten elektronischer Netze, die in vollem Gange ist.

Mit diesen Schlüssen endet die Analyse der meisten, die sich mit elektronischer Demokratie befassen. Darüberhinaus befaßt sich die – auch in diesem Heft repräsentierte – wissenschaftliche Debatte mit Kommunikationsstrukturen oder virtuellen Gemeinschaften.

Politische Praxis elektronischer Demokratie

Sind WWW-Seiten der Ministerien schon Merkmale für elektronische Demokratie, bieten sie dem Volk die Möglichkeit zur Kontrolle ihrer Regierung? Eine kurze empirische Probe aufs Exempel zeigt, daß so viel nicht hinter den WWW-Angeboten kommunaler, nationaler oder europäischer Regierungsserver steckt[32].

Krauch, Kevenhörster und Bull waren sich darin einig, wie schwierig es für Bürgerinnen und Bürger ist, an Informationen zu kommen. Selbst das Parlament hat Probleme, seine privilegierten Informationsrechte durchzusetzen. Kevenhörster hielt deshalb die Nutzung von Computern im Bundestag für eine Verbesserungsmöglichkeit. Hat sich diese Hoffnung bewahrheitet und was folgt daraus für eine allgemeinere elektronische Demokratie?

Informationen sind im Bundestag um so schwieriger zu beschaffen, je wichtiger sie sind. Information, ihre Verteilung und deren Zeitpunkt sind hochpolitische Faktoren von Macht und Einfluß. Informelle Faktoren wie persönliche Kontakte und das Wissen, welche Person woran arbeitet, sind die Voraussetzungen, um Informationsquellen zu erschließen. Wichtigstes technisches Instrument ist das Telefon, weil es im Gegensatz zu E-Mail direkte Zwiesprache erlaubt. Die Hauspost per Bote schließlich ist deshalb so praktisch, weil sie das Verschicken anonymisierter Daten ohne Datenspuren so zuverlässig leistet. Letztlich aber gibt es sehr schnell Grenzen, an Informationen zu gelangen. Die Regierung läßt sich in ihr wichtigen Fragen nicht in die Karten schauen. Es bedarf dann der konsequenten Durchsetzung von Informationsrechten des Parlaments.

Aus der parlamentarischen Praxis heraus fällt als Nutzer elektronischer Netze auch die große Distanz der dort geführten Debatte zur politischen Praxis auf. Selten debattiert die Netzöffentlichkeit über ähnliche Themen wie die politische öffentlichkeit und wenn, dann selten zur selben Zeit. Die Zahl politischer Newsgruppen oder Websites ist – im Vergleich zur Gesamtzahl – gering. Die Themen – Netzzensur oder Kryptographie – sind häufig netzspezifisch. Kundige Analyse von Fakten und deren realistische Bewertung ist selten. Substantielle Beiträge stammen von wenigen, handlungsleitende Beiträge sind rar, wie die Debatte um die Gebührenerhöhung der Telekom zeigte – Protest regte sich erst, als sie akut wurde, nicht aber, als die Informationen bekannt wurden. Im Gegensatz etwa zu den Neuen Sozialen Bewegungen wie die Umweltbewegung, hat das Internet keine politische Aktionsform hervorgebracht, keinen Druck auf die Regierenden ausgeübt oder Wahlen beeinflußt.

Was bewirkt Information für Demokratie? Information kann prinzipiell die Funktion direkter Demokratien befördern. Ebenso unterstützt sie die Arbeit der Elemente heutiger repräsentativer Demokratien. Diese lassen sich aufteilen in Regierung, Parlament und die auf beide einwirkenden Interessengruppen. Ein Problem dabei ist der Informationsvorsprungs der Regierung gegenüber den anderen Beteiligten. Die Nutzung von Computern innerhalb der Strukturen repräsentativer Demokratie bietet aufschlußreiche Erfahrungen. Ohne dies hier in der nötigen Breite tun zu können, sollen hier Rückschlüsse auf die Validität von Hoffnungen gewonnen werden, die mit elektronischer Demokratie verbunden werden.

Kontrolle der Regierung: PARLAKOM

Um Ungleichgewichte wenigstens zwischen der Regierung und dem Parlament als ihrem gewähltem Kontrollorgan zu vermindern, sollte in den 80er Jahren die Arbeit des Parlaments durch Computerhilfe verbessert werden. Neben einer durch PCs vereinfachten Büroarbeit wurden als Ziele des Projekts PARLAKOM (parlamentarisches Informations- und Kommunikationssystem) genannt:

- Zugriff auf Daten in Ministerien – etwa Haushaltsinformationen,
- Zugriff auf Datenbanken bei den Ausschüssen
- Zugriff auf Datenbanken der Fraktionen
- Anbindung an elektronische Pressedienste
- Anbindung an den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages
- E-Mail und elektronische Kommunikation zwischen Bundestags- und Wahlkreisbüro
- Zugang zu einem Vorgangsverfolgungssystem für Aufgaben der Ministerien auf Ausschußebene[33].

Was existiert davon zehn Jahre später? Die Büros der Abgeordneten verfügen über PCs mit Zugang zu elektronischen Pressediensten, einer Datenbank über die Drucksachen des Bundestages und seit einigen Monaten über E-Mail mit Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Büros in Bonn und im Wahlkreis. Die Bundestagsverwaltung zauderte

32. vgl. den Beitrag von Frank Helten: Demokratie und Internet? in diesem Heft

33. Erich Vorwerk, Knut Bahr, Siegfried Dickhoven, Hans König, Peter Mambrey, Heinz Sarbinowksi, Joerg Schmid, Gerhard Wurch: PARLAKOM Endbericht, St. Augustin, 1986, S. 17ff.

lange mit der E-Mail-Anbindung. Die Kopplung von Abgeordnetenbüros mit den Netzen ihrer Fraktionen wurde entweder in Eigenregie (CDU) durchgeführt oder bislang verhindert (Bündnis 90/Grüne). Der Zugang zu Datenbanken der Ausschüsse ist für die nächsten Jahre projektiert. Er soll aber nur den Zugriff auf die Tagesordnung der Sitzungen und das bislang in Papierform verteilte Material bieten.

Wichtiger ist aber: Keines der Projekte, die auf die Kontrolle der Regierungsarbeit abzielten, wurde auch nur ansatzweise weiterverfolgt. Der Zugriff etwa des Forschungsausschusses auf die Datenbank des BMBF oder auf die Haushaltsdaten findet nicht statt. Tabellen erhält der Haushaltsausschuss grundsätzlich in Papierform. Aktuelle Informationen erhalten die Abgeordneten allein durch Fragen. Die Bundesregierung verschanzt sich hinter der Mindestanforderung des Artikels 43 Grundgesetz, der nur die persönliche Anwesenheit der Kabinettsmitglieder bei einer Befragung durch das Parlament vorschreibt. Eine Anpassung verfassungsmäßiger Informationsrechte der Abgeordneten an elektronische Formen, eine Weiterentwicklung gar, fand also nicht statt. Die elektronische Kontrolle der Regierung durch das Parlament muß damit bislang als gescheitert betrachtet werden.

Wenn schon die verbrieften Kontrollrechte der Parlamentarier trotz guter Vorsätze, Projekten und Geldern nicht umgesetzt wurden, was läßt sich daraus bei völlig fehlenden Kontroll- und Informationsrechten der BürgerInnen für direkte elektronische Demokratie folgern?

Demokratie müßte heißen, daß die Bundesregierung Informations-Verpflichtungen gegenüber ihren BürgerInnen hat. Noch immer gilt das Prinzip, „daß das Wissen der Exekutive geheimzuhalten ist und nur in Ausnahmefällen, kraft besonderer Rechtfertigung den Beteiligten oder Dritten zur Verfügung gestellt wird"[34]. Im Gegensatz zu den USA und verschiedenen europäischen Ländern haben Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik kaum Rechte, ihre Akten einzusehen. Bürgeranhörungen in Planungsverfahren wurden durch das Verfahrensbeschleugigungsgesetz wieder eingeschränkt. Die europäische Richtlinie zu Umweltdaten wurde in der Bundesrepublik in solch undemokratischer, auf die Wahrung von Amtsgeheimnissen erpichten und kostentreibender Weise umgesetzt, daß sich die Bundesregierung gar eine Rüge der EU-Kommission einhandelte. Wer aber seine Regierung nicht kontrollieren kann, ist per Definitionem wichtiger demokratischer Rechte beraubt. Nötig ist daher zunächst ein Recht auf Akteneinsicht, das erst einen Anspruch auf Informationszugang für die Allgemeinheit begründet.

Herrschaftswissen liegt nicht auf der Straße

Bürgerinformationssysteme, die ausgewählte Daten in elektronischer Form abrufbar machen, täuschen oft über den Mangel eines Bürgerrechts auf Daten hinweg. Es geht derzeit ja nicht einmal darum, die die Bürgerinnen und Bürger interessierenden Daten in der für sie optimalen Form anzubieten, sondern darum, daß sie meist nicht einmal wissen, welche Informationen die Exekutive nutzt und wozu dies geschieht. Internet-Kommunikation in der derzeitigen Form führt also nicht zu Demokratie. Der Zugang zu Informationen aber ist kein technisches, sondern ein politisches Problem. Macht manifestiert sich auch durch die Verfügung über Information. Kein technisches Medium wird dies ändern.

Die Erfahrungen mit Projekten zur Bürgerbeteiligung zeigen eins besonders deutlich: Kooperation zwischen – meist kommunalen – Stellen und Bürgern wird gesteuert von dem, was die machtbesitzende Seite zuläßt. Nichtbeachtung der vorgegebenen Kooperations-Agenda führt zur Drohung mit der Beendigung der Kooperation nach dem Prinzip von Zukkerbrot und Peitsche[35]. Selbst Erfahrungen betrieblicher Projekte partizipativer Systementwicklung, die immerhin eine schmale rechtliche Basis für Informationen nutzen können, zeigen diese Probleme prägnant auf. Information und Partizipation und damit Demokratie kommen nicht von selbst, sie bedürfen spezieller Formen[36].

Wer elektronische Demokratie fordert, muß die abstrakte Debatte verlassen und sich Gedanken über die konkreten Mittel und Wege machen, wie sie zu erreichen ist. Derartige Forderungen sucht man jedoch meist vergebens. Die derzeit verfügbaren Informationshäppchen für ein Mittel zur demokratischen Teilhabe oder Kontrolle von Herrschaft, gar echte Partizipation zu halten, ist ein Trugschluß. „Mit Technik kann man keine Ideale durchsetzen. Sie bildet die Wirklichkeit nur ab."[37] Was für PARLAKOM gilt, ist ebenso valide für eine direkte elektronische Demokratie. Von gläsernen Ministerien sind wir noch weit entfernt.

Technischer Zugang, kompetente Nutzung und Recht auf Daten sind im technokratischen verhaftete Kriterien, die weder zu Legitimation oder Beteiligung an, noch zu Kontrolle von Herrschaft führen. Sie sind notwendige Voraussetzungen elektronischer Demokratie. Zu ihrer Umsetzung aber ist die Nutzung und Weiterentwicklung partizipativer Verfahren nötig. Des Internets selbstorganisierte Debatte hat bisher keine neuen Formen politischer Aktion hervorgebracht. Noch gibt es keine Adaption von Konzepten wie Planungszellen oder Laienräte für die Formen des Internets.

Vor fast 20 Jahren wurde gewarnt vor Perfektionierung der Bürokratie, Aushöhlung der Partizipationschancen und einem Ausbau staatlicher Überwachung. Heute mag als Wunschbild herhalten, daß Abermillionen Wählerinnen und Wähler dieses Landes dem Kanzler einmal ganz direkt in sachkundigen Beiträgen und brilliant argumentiert per Email die Folgen seiner Politik aufzeigten, der Kanzler – überwältigt von der Flut – daraufhin beschämt zurücktritt und sich fortan der Kocherei widmet. An seiner statt direkt gewählt wird eine vorher völlig Unbekannte, deren beeindruckende elektronische Diskussionsbeiträge Wege zu einer besseren Zukunft für alle aufzeigten.

Daß das Volk es besser weiß als die Regierenden und die Dinge selbst in die Hand nimmt, ist Traum vieler und Alptraum all jener, um deren Posten es geht. Demokratie – ob elektronisch oder nicht – bedeutet nicht mitreden, sondern mithandeln im politischen Prozeß. Bis dies erreicht ist, bedarf es jedoch wesentlicher Anstrengungen.

34. Hans Peter Bull: Telekommunikative Traum-Demokratie; in: A. Roßnagel (Hg.): Freiheit im Griff, Stuttgart, 1989, S. 41–48, S. 44.

35. vgl. Peter Bachrach, Morton S. Baratz: Macht und Armut, Frankfurt, 1977

36. Probleme partizipativer Verfahren beschreiben: P. Mambrey, R. Oppermann, A. Tepper: Computer und Partizipation, Opladen, 1986; C. Floyd, W. M. Mehl, F. M. Reisin, G. Wolf: PETS – Partizipative Entwicklung transparenzschaffender Software für EDV-gestützte Arbeitsplätze, Düsseldorf, 1990. Zu allgemeinen Partizipationsverfahren vgl.: Peter C. Dienel: Die Institutionalisierung partizipativer Politikberatung; in: U. Bernhardt, I. Ruhmann: Computer, Macht und Gegenwehr, Bonn, 1990, S. 83–92

37. so P. Mambrey in: N. Mappes-Niediek: Das programmierte Parlament, in: Die Zeit, Nr. 27, 28.6.1991, S. 13–15, S. 15

Lesen

Neues für den Bücherwurm – kurz belichtet

DGB Technologieberatung e.V

„Der richtige Bildschirm"

Sechste, völlig neu bearbeitete Auflage

Für viele Menschen ist der Computermonitor eines der wichtigsten Arbeitsmittel geworden. An vielen Arbeitsplätzen sind aber Bildschirme im Einsatz, die ergonomischen Mindestanforderungen nicht genügen. Gesundheitliche Schäden wie Augenbeschwerden, Kopfschmerzen oder Muskel-Skelett-Beschwerden sind die Folge. Auch an diesen Arbeitsplätzen könnte mit der Umsetzung der EU-Bildschirmrichtlinie in nationales Recht, mit der bis zum Ende des Jahres zu rechnen ist, einiges in Bewegung geraten. Die Richtlinie fordert nämlich, daß beim Einsatz von Bildschirmen am Arbeitsplatz die neuesten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse berücksichtigt werden müssen. Das Thema Bildschirmergonomie ist also hochaktuell.

Leider ist es für Benutzer und Käufer von Monitoren nicht einfach, im Dickicht von technischen Details und Marketingargumenten der Hersteller den Überblick zu behalten. Hier leistet die Broschüre, die anläßlich ihrer 6.Auflage eine vollständige Neubearbeitung erfuhr, mit fundierten Informationen und Ratschlägen Hilfestellung.

In verständlicher Art und Weise wird die Funktionsweise von Computermonitoren und das Zusammenspiel von Rechner und Bildschirm dargestellt. Die technischen Fachbegriffe, die in den Datenblättern der Hersteller eine Rolle spielen, werden so im Zusammenhang erklärt. Darauf aufbauend werden die wichtigsten ergonomischen Probleme von Computerbildschirmen dargestellt: wie sie entstehen, welche Auswirkungen sie haben und wie sie gelöst werden können. Danach widmet sich ein Kapitel den wichtigsten ergonomischen Prüfplaketten für Bildschirme. Die Zahl dieser Plaketten, mit denen sich Monitore schmücken können, hat in den letzten Jahren ständig zugenommen. Ihre Bedeutung bleibt jedoch für viele Käufer (und Verkäufer) weitgehend im Dunkeln. Dies ist um so bedauerlicher, als viele dieser Prüfzeichen für informierte Kunden eine wertvolle Entscheidungshilfe darstellen. Eine umfangreiche Marktübersicht ergonomisch empfehlenswerter Bildschirme rundet die Broschüre ab. *(Prof. Friedrich-L. Holl)*

CPSR

„Infohighway und Demokratie"

Die neueste Ausgabe des CPSR Newsletter vom Sommer 1996 - dem auch der Beitrag von Jeff Johnson aus diesem Heft entstammt - beschäftigt sich mit der National Information Infrastructure und Demokratie in den USA. Das Heft enthält Beiträge, die sich mit den Folgen und Problemen des elektronischen Wählens beschäftigen sowie mit Erfahrungen über öffentliche Bürgernetzwerke. Ein weiterer Artikel stellt kurz das Informationssystem der Kongreßbibliothek THOMAS - benannt nach Thomas Jefferson - vor, das der öffentlichkeit einen Zugriff auf historische Dokumente (Unabhängigkeitserklärung, Verfassung), Gesetzestexte und Übersichten über aktuelle Hearings und Debatten ermöglicht. Ein anderer Beitrag versucht, Anforderungen an eine „Democracyware" für eine demokratische Gemeinschaft zu formulieren. Dieser optimistische Beitrag, der sich unter bestimmten Voraussetzungen eine Revitalisierung der Demokratie verspricht, wird durch den Beitrag von J. Johnson mit seiner negativen Vision der Zukunft des Information Highways ergänzt. Das Heft kann beim cpsr (cpsr@cpsr.org) bestellt werden.

(Ute Bernhardt)

Fricke, E.; Fricke, W. (Hrsg.)

Zukunft der Industriegesellschaft

Wenn die Industriegesellschaft eine Zukunft haben soll, dann sind angesichts der doppelten Krise, in der sie sich gegenwärtig weltweit befindet, soziale Reformen und eine grundlegende ökologische Modernisierung erforderlich. Das dabei die Informatisierung der Industriegesellschaft eine wichtige Rolle spielt, wird in den vielen Aufsätzen zur Informationsgesellschaft klar: Mosdorf (MdB, Vorsitzender der Enquete zur Infogesellschaft) skizziert die ökonomie der globalen Informationsgesellschaft; Kubicek diskutiert die (im Buch abgedruckte) „Magna Charta des Cyberspace"; Mooser stellt die Chancen des Skatens auf dem Datenhighway dar; Klumpp fragt nach verträglichen Infrastrukturen für die Infogesellschaft; Stransfeld stellt die „Privacy"-Diskussion in den USA vor; Büscher untersucht das Wechselspiel zwischen Infogesellschaft und Beschäftigung; Schließlich analysieren Wedde und Wolff das Thema „Arbeit in der Infogesellschaft" aus verschiedenen Perspektiven.

Der Großteil des Buches diskutiert das Thema „Zukunft der Industriegesellschaft" aber unter nicht-informatischem Fokus - was bei der Breite dieses Themas klar ist: Es geht von der Globalisierung und zukunftsfähiger Wirtschaft über neue gesellschaftliche Entwürfe und die Diskussion um das „Bündnis für Arbeit" bis zur ökologischen Modernisierung der Industrie-, Energie und Steuerpolitik. Im Detail wird diese globale und nationale Diskusion schließlich heruntergebrochen auf Nordrhein-Westfalen (dort hat die herausgebende Friedrich-Ebert-Stiftung ihren Sitz). *(Claus Stark)*

Hammer, V. (Hrsg.)

Sicherheitsinfrastrukturen – Gestaltungsvorschläge für Technik, Organisation und Recht

In diesem Sammelband werden die Ergebnisse des Projektes „Soziale und politische Implikationen einer künftigen Sicherheitsinfrastruktur" vorgestellt, die die Darmstädter Provet-Gruppe 1994 abgeschlossen hat (Provet = Projektgruppe verfassungsverträgliche Technikgestaltung unter Leitung von Alexander Roßnagel): Können Sicherheitsinfrastrukturen helfen, das Steuerungs-, Kontroll- und Demokratieproblem umfassend zu lösen? Gibt es reale Gestaltungsoptionen, die wahrgenommen werden können? Was heißt „Vertraulichkeit" in der Informationsgesellschaft? Muß sich eine „Sicherheitskultur" etablieren? Das Buch soll über den Stand der Diskussion informieren.

(Claus Stark)

Bündnis 90 / Die Grünen

Die Zukunft der Medien ist Sache aller BürgerInnen

Nach all den ganzen Broschüren der Bundesregierung zum Thema „Informationsgesellschaft" tut es gut, nun auch mal eine andere Meinung zu hören: Die grüne Bundestagsfraktion hat mit ihrer Schrift endlich ihre (z.T. sehr guten) Ideen für den demokratischen Weg in die Infogesellschaft vorgestellt - gerade ihre „Leitgedanken zur Zukunft der Informationsgesellschaft" sind für FIFFerlinge sehr informativ. Die Mär der „technikfeindlichen Grünen" muß nun wohl endgültig begraben werden (in der Hoffnung, daß diese Schrift auch für „die Grünen" repräsentativ ist). *(Claus Stark)*

FIfF e.V. FIfF

FIFF–Vorstand

- **Prof. Dr. Reinhard Keil-Slawik (Vorsitzender)**
  U-GH Paderborn,
  Fürstenallee 11
  33102 Paderborn
- **Ute Bernhardt (stellv. Vorsitzende)**
  Paulstraße 15,
  53111 Bonn
- **Peter Bittner**
  Aschbacherhof 3,
  67661 Kaiserslautern
- **Johannes Busse**
  Derendingerstraße 106,
  72072 Tübingen
- **Prof. Friedrich-Lothar Holl**
  Hektorstraße 7,
  10711 Berlin
- **Prof. Dr. Hans-Jörg Kreowski**
  Uni Bremen,
  FB 3,
  Postfach 33 04 40,
  28334 Bremen
- **Werner Moritz**
  Uhlandstraße 17,
  27576 Bremerhaven
- **Ingo Ruhmann**
  Paulstraße 15,
  53111 Bonn
- **Jürgen Ditz Schroer**
  Graf-Schenck-Straße 4a,
  82299 Türkenfeld
- **Dr. Cornelia Teller**
  Kittlerstraße 27,
  64289 Darmstadt

Beirat

Prof. Dr. Wolfgang Coy (Berlin); **Prof. Dr. Leonie Dreschler-Fischer** (Hamburg); **Prof. Dr. Christiane Floyd** (Hamburg); **Prof. Dr. Klaus Fuchs-Kittowski** (Berlin); **Prof. Dr. Thomas Herrmann** (Dortmund); **Prof. Dr. Wolfgang Hesse** (Marburg); **Prof. Dr. Michael Grütz** (Konstanz); **Dr. Rolf Günther** (München); **Ulrich Klotz** (Frankfurt); **Prof. Dr. Herbert Kubicek** (Bremen); **Prof. Dr. Hans-Peter Löhr** (Berlin); **Dipl.-Ing. Werner Mühlmann** (Oppung); **Prof. Dr. Frieder Nake** (Bremen); **Prof. Dr. Rolf Oberliesen** (Hamburg); **Dr. Hermann Rampacher** (Bonn); **Prof. Dr. Arno Rolf** (Hamburg); **Prof. Dr. Alexander Roßnagel** (Kassel); **Prof. Dr. Gerhard Sagerer** (Bielefeld); **Dr. Gabriele Schade** (Ilmenau); **Prof. Dr. Britta Schinzel** (Freiburg); **Prof. Dr. Dirk Siefkes** (Berlin); **Dr. Marie-Theres Tinnefeld** (München); **Prof. Dr. Josef Weizenbaum** (Freiburg/Cambridge, Mass.); **Dr. Gerhard Wohland** (Wankheim)

Regionales: Tübingen

Prof. H.Klaeren, Fak. f. Informatik, Uni Tübingen, hat in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Fernstudien-Forschung (DIFF) Tübingen ein Projekt gestartet mit dem Titel „Fernstudium Informatik und Gesellschaft". Mit dem zu entwickelnden Fernstudien-Angebot soll u.a. die Lehre in IuG auch in Universitäten gefördert werden, die derzeit noch keine eigene Professur für das Fach IuG anbieten können.

Wir, die Tübinger FIfF-Regionalgruppe, glauben daß das Projekt u.a. auch uns und unseren langjährigen Bemühungen, IuG an unserer Uni salonfähiger zu machen, zuzurechnen ist. Zwar sind wir nicht ungeteilter Freude – sollte das Angebot etwa die versprochene Professur ersetzen? – sehen aber auch die Vorteile eines Frenstudien-Angebots: Ein breites Publikum wird mit didaktisch gut aufbereiteten Lehrmaterialien erreicht.

Ausführliche Informationen über das Projekt unter:
http://www-pu.informatik.uni-tuebingen.de/users/klaeren/iug.html

FIfF-Ansprechpartner:
Dipl.-Inform. Johannes Busse, Fakultät fuer Informatik,
AB Programmierung,
Telefon 07071 / 29 - 7 59 57, Telefax 07071 / 61 03 99S and 13,
72076 Tuebingen, Germany
busse@informatik.uni-tuebingen.de

Termine

11.1.1997

Bonn, Vorstands- und Beiratssitzung, Infos im FIFF-Buero

Fortsetzung Lesen

Leuthardt, B.

Leben online – Von der Chipkarte bis zum Europol-Netz – Der Mensch unter ständigem Verdacht

In diesem kleinen Taschenbüchlein wird die ganze Diskussion der um sich schreitenden Verdatung aller Lebensbereiche – für Laien verständlich – knapp und gut dargestellt. Europol, Online-Dienstleister und Adressenhandel, Chipkarten und Datennetze sind nach der Lektüre für ihn keine Fremdworte mehr. Es werden auch Hintergründe und Interessen beleuchtet, so daß sich der Leser eine eigene Meinung über die Potentiale und Gefahren der „durchcomputerisierten Gesellschaft" bilden kann. *(Claus Stark)*

Einkaufsliste:

- **„Der richtige Bildschirm"**; Diese Broschüre kostet 10.- DM und kann bei der DGB Technologieberatung e.V., Kleiststr 19-21 in 10787 Berlin bestellt werden.
- **„Infohighway und Demokratie"** – CPSR Newsletter vom Sommer 1996, erhältlich über den CPSR, cpsr@cpsr.org.
- **Zukunft der Industriegesellschaft** – Jahrbuch Arbeit + Technik 1996 – Fricke, E.; Fricke, W. (Hrsg.), Dietz, 35,- DM, ISBN: 3-8012-4071-1
- **Die Zukunft der Medien ist Sache aller BürgerInnen** – Medienpolitisches Programm plus Leitgedanken zur Zukunft der Informationsgesellschaft; Diese Broschüre kann kostenlos angefordert werden bei der Bundesgeschäftsstelle: B'90/Die Grünen, Baunscheidtstr. 1a, 53113 Bonn, Tel.: 0228 / 9166-0
- **Sicherheitsinfrastrukturen** – Gestaltungsvorschläge für Technik Organisation und Recht; Hammer, V. (Hrsg.), Springer, 68,- DM, ISBN: 3-540-60081-7
- **Leben online** – Von der Chipkarte bis zum Europol-Netz – Der Mensch unter ständigem Verdacht; Leuthardt, B., Rowohlt, 14,80 DM, ISBN: 3-499-13765-8

Vielzweck-Schnipsel

Kopieren, ausfüllen und einsenden an: FIFF e.V., Reuterstraße 44, 53113 Bonn

F.I.f.F.

Das möchte ich:

- ❒ ***Ich möchte*** ❒ ***aktives*** / ❒ ***förderndes Mitglied des FIFF werden*** *(Mindestjahresbeitrag ist für Verdienende* ***100,- DM,*** *für Studierende und Menschen in vergleichbarer Situation* ***25,- DM*** *pro Jahr. Mitglieder in den neuen Bundesländern zahlen* ***60%*** *des Beitrags.)*
- ❒ ***Ich möchte die FIFF-Kommunikation zum Preis von 25,- DM jährlich frei Haus abonnieren.***
- ❒ ***Ich überweise den Mitglieds- bzw. Abobeitrag auf das Konto 480 00 798 bei der SPK Bonn, BLZ 380 500 00.***
- ❒ ***Der Mitglieds- bzw. Abobeitrag soll per Lastschriftverfahren von meinem Konto abgebucht werden*** *(siehe unten).*
- ❒ ***Ich möchte meine neue/korrigierte Anschrift mitteilen*** *(siehe unten).* ***Meine alte/falsche Anschrift:***

  Straße: _____ *Wohnort:* _____
- ❒ ***Ich möchte dem FIFF etwas spenden:***
- ❒ *Verrechnungsscheck über* _____ *DM liegt bei* ❒ *Spendenquittung am Ende des Kalenderjahres erbeten*
- ❒ ***Ich möchte mehr über das FIFF wissen, bitte schickt mir:*** _____
- ❒ ***Ich möchte gegen Rechnung, zuzüglich Portokosten, bestellen:*** _____
- ❒ ***Ich möchte das FIFF über einen Artikel/ein Buch informieren:*** ❒ ***Zitat*** *(siehe unten)* ❒ ***Kopie*** *(liegt bei)*
- ❒ ***Ich möchte zur FIFF-Kommunikation beitragen mit:*** ❒ ***einem Manuskript zur Veröffentlichung*** *(liegt bei)* ❒ ***einer Anregung*** *(siehe unten)*

  Bemerkungen/Ergänzungen: _____
- ❒ ***Ich möchte einen richtigen Brief schreiben. Der Vielzweck-Schnipsel ist nichts für mich.***

Die/der bin ich:

Name: _____ *Straße:* _____

Wohnort: _____ *ggf. Mitgliedsnummer:* _____

Telefon (privat): _____ *(Arbeit):* _____ *E-Mail:* _____

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich das FIFF e.V. widerruflich, meinen Mitgliedsbeitrag durch Lastschrift einzuziehen. Wenn das Konto keine Deckung aufweist, besteht keine Verpflichtung des Geldinstituts, die Lastschrift auszuführen.

Name: _____ *Jahresbeitrag:* _____ *DM, erstmals* _____

Konto-Nr.: _____ *BLZ:* _____ *Geldinstitut:* _____

Straße: _____ *Wohnort:* _____

Datum: _____ *Unterschrift:* _____

(Wir werden Ihre Daten nach §28 BDSG nur für eigene Zwecke verarbeiten und keinem Dritten zugänglich machen.)

Was will das FIFF?

Im Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIfF) e.V. haben sich InformatikerInnen zusammengeschlossen, die sich nicht nur für die technischen Aspekte, sondern auch für die gesellschaftlichen Auswirkungen ihres Fachgebiets verantwortlich fühlen und entsprechende Arbeit leisten wollen:

- *Kritik üben, denn wir haben das Know-how dazu*
- *uns für eine Abrüstung der Informatik engagieren*
- *uns am Diskurs über Technik und Wissenschaft beteiligen*
- *die Öffentlichkeit warnen, wenn wir Entwicklungen in unserem Fachgebiet für schädlich halten*
- *möglichen Gefahren eigene Vorstellungen entgegensetzen*
- *die Informations- und Kommunikationstechnik nicht gegen, sondern für den Menschen gestalten*
- *uns für eine zivile und gerechte Welt einsetzen; eine Welt, in der die Grundrechte aller Menschen gewahrt werden, eine Welt, die menschenwürdig ist*
- *last not least nicht alles machen, was machbar ist*

Geplante

Themen-schwerpunkte

für die FIFF-Kommunikation im Jahr 1997:

1/97 **»Vom Internet zum Information-Superhighway«**
zuständig: *Hans-Jörg Kreowski*

2/97 **»Datenschutz«**
zuständig: *Werner Moritz*

3/97 **»Sicherheitsinfrastrukturen«**
zuständig: *Kathrin Schier, Claus Stark*

4/97 **»Arbeit«**
zuständig: *Ditz Schroer, Friedrich Holl*

Die FIFF-Kommunikation bittet um Beiträge!

Die FIFF-Kommunikation lebt von der aktiven Mitarbeit ihrer LeserInnen! Interessante Artikel sowie Fotos und Zeichnungen zur Illustration (mit Quellengaben) sind immer herzlich willkommen. Die Bearbeitung wird erleichtert, wenn Beiträge elektronisch und zusätzlich auf Papier der Redaktion zugehen. Die Redaktion behält sich Kürzungen und Titeländerungen vor.

Impressum

Die FIFF-Kommunikation ist das Mitteilungsblatt des »Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V.« (FIfF). Die Beiträge sollen die Diskussion unter Fachleuten anregen und die interessierte Öffentlichkeit informieren. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die jeweilige AutorInnen-Meinung wieder. Nachdruck genehmigung wird nach Rücksprache mit der Redaktion in der Regel gerne erteilt. Voraussetzung hierfür sind die Quellenangabe und die Zusendung von zwei Belegexemplaren. Für unverlangt eingesandte Artikel übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Heftpreis: 6 DM. Der Bezugspreis für die FIFF-Kommunikation ist für FIFF-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können die FIFF-Kommunikation für 25 DM/Jahr (inkl. Versand) abonnieren.

Erscheinungsweise: einmal vierteljährlich

Erscheinungsort: Bonn

Auflage: 2000

Herausgeber: Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIFF)

Verlagsadresse: FIFF-Geschäftsstelle, Reuterstr. 44, 53113 Bonn, Tel. (0228) 21 95 48

ISSN 0938 – 3476

Druck: Printwerkstatt Rambow, Auguststr. 10, 53229 Bonn, Tel. (0228) 46 22 14

Layout: Markus Hoff

Titel: Markus Fleck & Markus Hoff

Redaktionsadresse: FIFF-Kommunikation, Reuterstr. 44, 53113 Bonn, Tel. (0228) 21 95 48, Fax (0228) 21 49 24, E-Mail: fiffko@uni-paderborn.de

FIFF-Überall: In dieser Rubrik der FIFF-Kommunikation ist jederzeit Platz für Beiträge aus den Regionalgruppen und den überregionalen AKs. Aktuelle Informationen bitte per E-Mail an: hubert.biskup@sdm.de

Lesen, Schluß-PFIFF: Beiträge für diese Rubriken bitte per Post an Claus Stark (Heilbronn) oder per E-Mail an: stark@fh-heilbronn.de

Redaktionsschluß für die Ausgabe 1/97: 31.01.1997

Redaktions-Team FIFF-Kommunikation 4/96: Ute Bernhardt, Hubert Biskup, Markus Hoff, Hagen Kliemann, Ingo Ruhmann, Claus Stark, Harald Selke (verantwortlich)

Hinweis: Postvertriebsstücke wie die FIFF-Kommunikation werden von der Post auch auf Antrag nicht nachgesandt, daher bitten wir alle Mitglieder und Abonnenten, dem FIFF-Büro jede ***Adreßänderung*** rechtzeitig bekanntzugeben!

Adressen

Berlin
Irina Piens
Schmidtstraße 3
10179 Berlin
piens@prz.tu-berlin.de

Bonn
Manfred Domke
Am Wildpfad 12
53639 Königswinter
manfred.domke@gmd.de

Braunschweig
TU Braunschweig
Fachschaft Informatik
AStA-Fach
Katharinenstraße 1
38106 Braunschweig

Bremen
Prof. Dr. Hans-Jörg Kreowski
Uni Bremen
FB Informatik/Mathematik
Postfach 330440
28334 Bremen
Tel.: (0421) 218-2956
fiff@informatik.uni-bremen.de
http://www.informatik.uni-bremen.de/~res/fiffhb.html

Darmstadt
Dr. Cornelia Teller
Kittlerstraße 27
64289 Darmstadt
CTE@software-ag.de

Erlangen/Fürth/Nürnberg
Klaus Thielking-Riechert
Sommerstraße 10
90762 Fürth
k.thielking@link-n.cl.sub.de

Frankfurt
Ingo Fischer
Dahlmannstraße 31
60385 Frankfurt am Main

Hamburg
Simone Pribbenow
Hein-Köllisch-Platz 5
20359 Hamburg
Tel.: (040) 54715-366
pribbeno@informatik.uni-hamburg.de

Hannover
Bernhard Pfitzner
Rosenbergstraße 14a
30163 Hannover

Heilbronn
Claus Stark
Fachhochschule Heilbronn
FB Medizinische Informatik
Max-Planck-Straße 39
74081 Heilbronn
Tel.: (07131) 504-354
(07135) 7625
stark@fh-heilbronn.de

Kaiserslautern
Frank Leidermann
Moltkestraße 58
67655 Kaiserslautern
f_leider@informatik.uni-kl.de

Karlsruhe
Dietmar Seifert
Gartenstraße 7
76344 Eggenstein-Ludwigshafen
Tel.: (0721) 9831387 (d)
(0721) 707897 (p)

Kiel
Hans-Otto Kühl
Alte Kieler Landstraße 118
24768 Rendsburg
Tel.: (04331) 201-2187

Koblenz
Dr. Michael Möhring
Uni Koblenz-Landau
FB Informatik
Rheinau 3–4
56075 Koblenz
Tel.: (0261) 9119477
Fax: (0261) 37524
moeh@infko.uni-koblenz.de

Köln
Manfred Keul
Landsbergstraße 16
50678 Köln
Tel.: (0221) 317911
100031.12@compuserv.com

Konstanz
Volker Schuchardt
Jungerhalde 78
78464 Konstanz

Lübeck
Lukas Faulstich
Inst. f. prakt. Informatik
Uni Lübeck
Wallstraße 40
23560 Lübeck
Tel.: (0451) 7030-420
faulstic@informatik.mu-luebeck.de

München
Bernd Rendenbach
Leerbichlallee 19
82031 Grünwald
Tel.: (089) 6410547

Münster
Werner Ahrens
Hohe Geest 120
48165 Münster
Tel.: (02051) 3054 (p)
(0251) 491-429 (d)

Oldenburg
Universität Oldenburg
Fachschaft Informatik
Ammerländer Heerstraße
26129 Oldenburg
Fachschaft.Informatik@informatik.uni-oldenburg.de

Paderborn
Harald Selke
Heinz Nixdorf Institut
U-GH Paderborn
Fürstenallee 11
33102 Paderborn
Tel.: (05251) 606518
hase@uni-paderborn.de

Regensburg
Paul Hilmer
Zollerstraße 13
93053 Regensburg
Tel.: (0941) 706542
Fax: (0941) 706540
P.Hilmer@LINK-R.de

Stuttgart
Kurt Jaeger
Schozacher Straße 40
70437 Stuttgart
Tel.: (0711) 8701309
(0711) 90074-23
Fax: (0711) 7289041
pi@lf.net

Tübingen
AK Informatik und Gesellschaft
Jochen Krämer
Sand 13
72076 Tübingen
Tel.: (07071) 29-5957
iug@informatik.uni-tuebingen.de
http://www-iug.informatik.uni-tuebingen.de/:8080

Ulm
Universität Ulm
Fachschaft Informatik
Bernhard C. Witt
Oberer Eselsberg
89081 Ulm
wittbe@pcpool1.informatik.uni-ulm.de

Überregionale Arbeitskreise

AK »RUIN« (Rüstung und Informatik)
Ingo Ruhmann
Paulstraße 15
53111 Bonn
Tel.: (0228) 634816
fiff@fiff.gun.de

AK »FIFF in Europa«
Dagmar Boedicker
Daiserstraße 45
81371 München
Tel.: (089) 7256547

AK »Informationstechnik für eine lebenswerte Welt«
Ralf Klischewski
Universität Hamburg
FB Informatik
Vogt-Kölln-Straße 30
22527 Hamburg
Tel.: (040) 54715-367
Fax: (040) 54715-311
klischew@informatik.uni-hamburg.de

FIFF-Mailingliste
Beiträge an:
fiff-l@dia.informatik.uni-stuttgart.de
An- und Abbestellungen an:
fiff-l-request@dia.informatik.uni-stuttgart.de

FIFF-WWW-Seiten
http://hyperg.uni-paderborn.de/~FIFF

FIFF-Geschäftsstelle
Reuterstraße 44
53113 Bonn

Tel.: (0228) 219548
Fax: (0228) 214924

E-Mail: fiff@fiff.gun.de

Dienstags 9 bis 15 Uhr,
Donnerstags 16 bis 19 Uhr

Kontoverbindung: 48000798
Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00

Multipler Landesverrat

von Detlef Borchers, mit freundlicher Genehmigung

Im Internet erschien vor wenigen Tagen ein geheimes Schreiben der Europäischen Union. Darin begründen EU-Juristen, warum bestimmte Dokumente, den Aufbau des Polizeiinformationssystems Europol betreffend, keinesfalls an die Öffentlichkeit gelangen dürften. Ein paar dieser Dokumente sind allerdings ebenfalls schon im Internet zu lesen. Sie liegen auf einem schwedischen Netzrechner aus. Damit nicht genug: Das Geheimschreiben der EU kann man ohne weiteres per E-Mail beim schwedischen Justizministerium beziehen. Eine kleine Geschichte aus dem Europa des Jahres 1996.

Es fing an mit einer schlichten Idee: Die beiden schwedischen Journalisten Christoph Andersson und Michel Bajuk wollten testen, wie leicht man in der Europäischen Union an Dokumente herankommt, die womöglich alle Bürger etwas angehen. Als Objekt ihrer Recherche wählten sie das System Europol, in dem nicht nur europaweit Daten über Straffällige gespeichert werden sollen, sondern beispielsweise auch über Menschen, die Zeugen einer Straftat geworden sind.

Die Journalisten erbaten sich zwanzig Dokumente. Zwei davon wurden ihnen ausgehändigt, zwei weitere folgten, nachdem die beiden in aller Form Protest eingelegt hatten. Die restlichen Dokumente hielt Brüssel zurück: Gemäß dem Beschluß 93/731/EC des Europäischen Rates bestehe zwar eine allgemeine Informationspflicht, nicht aber im Falle von Dokumenten, die geeignet seien, die öffentliche Sicherheit zu gefährden.

Eines dieser Dokumente handelt übrigens davon, daß die Antidrogeneinheit von Europol fünf zusätzliche Laptops und etwas Mobiliar für ihre Niederlassung in Den Haag begehrt. Ein anderes legt entwurfsweise fest, daß allen europäischen Bürgern auf Anfrage mitzuteilen sei, ob Daten über sie gespeichert sind. Ein drittes formuliert das Recht der Bürger, diese Daten zu korrigieren, falls sie falsch sein sollten.

Die penible Geheimhaltung, wie sie der Europäische Rat betreibe, sei in diesem Sinne ein schlechter Anfang, fanden die beiden Journalisten. Sie hatten die fraglichen Dokumente indessen nicht nur bei der EU bestellt, sondern auch beim schwedischen Justizministerium. Dort bekamen sie anstandslos achtzehn der zwanzig Geheimpapiere ausgehändigt. Nur zwei Dokumente hielten die Behörden zurück, da es sich um Kommentare der deutschen und der holländischen Regierung in Sachen Europol handelte.

Die beiden Journalisten haben vor dem Europäischen Gerichtshof Klage gegen den Rat eingereicht. Unterstützt werden sie nicht nur von ihrer Gewerkschaft, sondern auch von den beiden großen Tageszeitungen Dagens Nyheter und Aftonbladet. Der Rat reagierte mit einer umfangreichen Verteidigungsschrift, in der er sich unter anderem bitterlich über die schwedische Regierung beschwert. Sie habe, indem sie die Dokumente herausrückte, gegen geltendes EU-Recht verstoßen, denn der Rat habe zu solchen Fragen noch keinen Beschluß gefaßt.

Es handelt sich dabei um eben jenes Geheimdokument, das nun vom schwedischen Justizministerium bezogen werden kann. Auszüge liegen im Internet zum Abruf bereit (http://www.jmk.su.se/dig/jour-vs-eu/euestatement.html).

Die Regierungen Schwedens, Dänemarks und der Niederlande haben jüngst beschlossen, ebenfalls beim Europäischen Rat zu intervenieren. In diesen Ländern ist der Zugang zu amtlichen Dokumenten sehr liberal geregelt. Nun geht dort die Sorge um, im vereinigten Europa könnte bald ein anderer Wind pfeifen.

© beim Autor / »DIE ZEIT«. Alle Rechte vorbehalten.

Geeignete Texte für den Schluß-PFIFF bitte mit Quellenangabe an Claus Stark (Adresse siehe Adreßverzeichnis) senden.